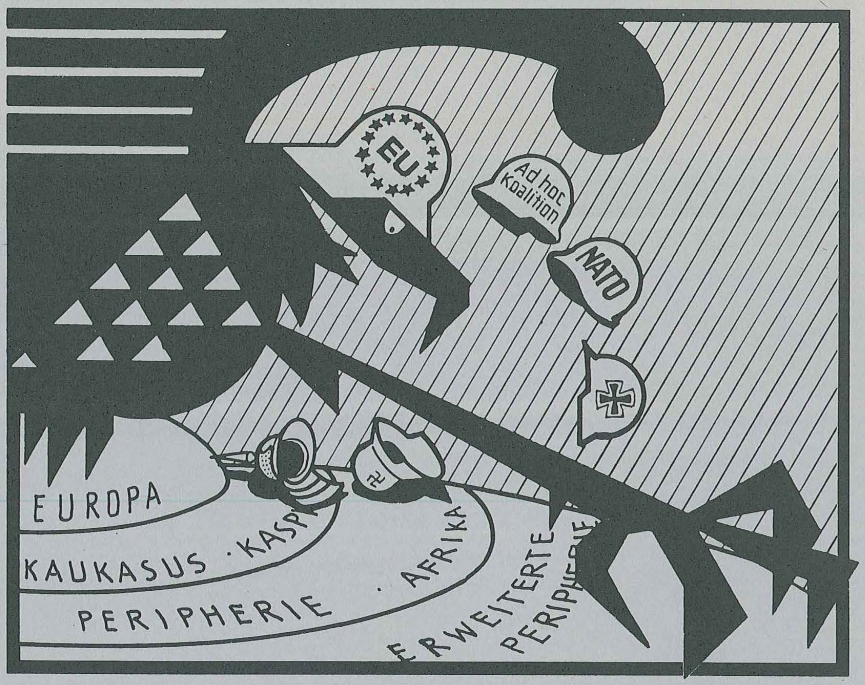
Arno Neuber

ARMEE FÜR ALLE FÄLLE

Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee



Bundeswehrdebatte: Viel Streit und wenig Differenzen
Weizsäcker-Papier und Scharpings "Eckpfeiler"
Das Bündnis mit der Rüstungsindustrie
EU-Militarisierung
Von der nationalen Konsolidierung zur "Europäisierung" der Rüstungsindustrie

iSW REPORT NR. 44
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.
In Zusammenarbeit mit der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Inhalt

Viel Streit – wenig Differenzen 1
Der Krieg gegen Jugoslawien und die Schlussfolgerungen der Militaristen 3
Das Weizsäcker-Papier 3
Das Papier des Generalinspekteurs von Kirchbach 7
Scharpings Eckpfeiler 7
Die Haltung der GRÜNEN 8
CDU-Positionen 10
Scharpings Rüstungs-Prioritätenliste 11
Das Bündnis mit der Industrie 15
Mehr Macht für die Generäle 17
Sparen kostet 17
Militarisierung des Gesundheitswesens 19
Die EU auf dem Weg zur Union für Militärinterventionen 20
Die Europäisierung der LRI – eine Chronologie 28

Dokumentiert: Mögliche Krisenräume und Einsatzkriterien 5
Exkurs: Bonn, Berlin und die Bombe 21

Impressum

isw-report 44, August 2000
Herausgeber: isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
80639 München, Johann-von-Werth-Str. 3, Tel. 089/130041 Fax: 168 94 15
email: isw_muenchen@t-online.de
Konto: Sparda Bank München, Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Fred Schmid
grafiken: Arno Neuber, Titelblattgrafik: Bernd Bücking
layout: Monika Ziehaus
Redaktionsschluß: 31. Juli 2000
Druck: Das Freie Buch, München Schutzgebühr DM 5,-

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Genehmigung des Isw e.V.
Isw-grafiken können unter Angabe der Quelle in Flugblättern verwendet werden. Bitte Belegexemplar an Isw e.V

Viel Streit – wenig Differenzen

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen war im Herbst 1998 vereinbart worden, eine "Wehrstrukturkommission" einzusetzen, die bis zur Mitte der Legislaturperiode "auf der Grundlage einer aktualisierten Bedrohungsanalyse und eines erweiterten Sicherheitsbegriffs Auftrag, Umfang, Wehrform, Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte überprüfen und Optionen einer zukünftigen Bundeswehrstruktur" erarbeiten sollte. Am 2. Mai 1999 wurde das Gremium von Scharping eingesetzt. Sein Name war inzwischen in "Kommission Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr" umbenannt worden. Zum Vorsitzenden wurde der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker bestimmt.

Damit die Kommission sich auch in die richtige Richtung bewege, bekam sie eine von der Bundeswehrführung erarbeitete, 4.000 Seiten starke "Bestandsaufnahme – Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert" mit auf den Weg. Darin waren bereits im Vorwort des Ministers die wesentlichen Schlussfolgerungen vorgegeben. Zum Einen hieß es: "Die grundlegende Veränderung der sicherheitsspolitischen Lage in Europa erfordert ... eine Anpassung der Fähigkeiten unserer Streitkräfte an das erweiterte Aufgabenspektrum der Allianz und die zunehmende Teilnahme an Friedenseinsätzen." Damit war die Richtung schon festgelegt und die lautete Umbau der Bundeswehr zur Truppe für weltweite Einsätze. Immerhin hieß es da noch "Friedenseinsätze", was allerdings spätestens mit der Teilnahme der Bundeswehr am NATO-Krieg gegen Jugoslawien seine wahre Bedeutung enthüllte. Zum Anderen wurde festgehalten, was die Bundeswehr hinderte, in noch größerem Umfang an internationalen Militäroperationen teilzunehmen, nämlich "der begrenzte Umfang und die Zusammensetzung der Krisenreaktionskräfte; das zunehmende personelle Fehl im Führercorps; die unzureichende Materiallage und die fehlende finanzielle Vorsorge im Verteidigungshaushalt."

Am 23. Mai 2000 legte die Weizsäcker-Kommission ihren Bericht der Öffentlichkeit vor. Schon Wochen zuvor waren einzelne Daten aus dem Papier in die Medien lanciert worden. Für Schlagzeilen eigneten sich vor allem Zahlen zum Gesamtumfang der Bundeswehr, die Anzahl der Wehrpflichtigen und die Dauer des Wehrdienstes. Nachdem aus allen Bundestagsfraktionen eigene Papiere zur Zukunft der Bundeswehr veröffentlicht wurden, Scharping selber mit jeweils anderen Zahlen operierte und der Verteidigungsminister zusätzlich noch seinen ranghöchsten Soldaten, den Generalinspekteur, mit einem Parallelpapier beauftragt hatte, entstand in der Öffentlichkeit das Bild einer breiten, kontroversen, ja ausufernden Debatte.

Dieses Bild ist allerdings reine Fiktion. Eine wirkliche Diskussion fand gar nicht statt, denn die Kernfragen blieben ausgeblendet.

Braucht dieses Land überhaupt eine Armee? Und wenn, wozu? Das wären die Fragen, die tatsächlich zu klären wären. Dazu bedürfte es einer breiten gesellschaftlichen Debatte. Kein Parlament allein, schon gar keine Expertenkommission oder eine geheime Kungelrunde kann diese Frage klären.

Die Konsequenz, mit der diese Debatte seit zehn Jahren sowohl von der Kohl- als auch von der Schröder-Regierung verweigert wird, zeigt zweierlei: Die Macht und den Einfluss militaristischer Kreise im BRD-Kapitalismus und die Unsicherheit darüber, wie weit die Bereitschaft der Bevölkerung wirklich geht, einen interventionistischen außenpolitischen Kurs mitzutragen.

Die Signale, die bei den Herrschenden dazu in den letzten Jahren eingingen, sind durchaus nicht eindeutig. Zwar hat die Friedensbewegung im Krieg gegen Jugoslawien keine Massen mobilisiert, gleichzeitig gelang es aber trotz rüdester Propaganda den Kriegsbefürwortern nicht, echte und dauerhafte Mehrheiten für die deutsche Kriegsbeteiligung sicherzustellen. Während die Anzahl der Kriegsdienstverweigerer alljährlich neue Rekordmarken erreicht und Scharpings "Eckpfeiler"-Papier selber davon ausgeht, dass künftig 40 Prozent eines Jahrgangs deshalb für den Kriegsdienst nicht zur Verfügung stehen, gelingt es der Bundeswehr nicht, ihre Berufs- und Zeitsoldatenposten vollständig zu besetzen. Ausdrückliches Hindernis dabei ist das Risiko, bei Auslandsoperationen eingesetzt zu werden. Die "Heimatfront" steht also noch keineswegs stramm.

Hinter den Nebelschwaden der verschiedensten Zahlenspielereien und Strukturmodelle blieb eine parteiübergreifende große Koalition verborgen, die sich in fast allem einig war und ist, was für die Umstrukturierung der Bundeswehr von Gewicht ist. CDU und CSU, FDP, SPD, Grüne, die Weizsäcker-Kommission und der Generalinspekteur, Scharping und die Vertreter der Rüstungsindustrie – alle wollen

- sich von einer Bundeswehr zur Landesverteidigung praktisch verabschieden;
- den Umbau der Bundeswehr zu einer internationalen Eingreiftruppe;
- die Aufstockung der Krisenreaktionskräfte oder Einsatzverbände;
- eine High-tech-Armee mit Spionagesatelliten und sogenannten Präzisions- und Abstandswaffen;
- die Umschichtung des Rüstungshaushalts in Richtung weniger Personalausgaben und mehr Geld für Waffen und Ausrüstung.

Gestritten wird um Fragen, die sich aus diesem breiten, interventionistischen und militaristischen Konsens ergeben. Wieviele Wehrpflichtige sollen künftig eingezogen werden oder soll die Wehrpflicht ganz abgeschafft werden? Wieviel Rüstungshaushalt ist den Menschen angesichts ständiger Rotstiftoperationen gegen Arbeitslose, Rentner und Sozialhilfeempfänger und eines allgemeinen "Sparklimas" zumutbar?

Falsch ist auch der Eindruck, mit den Entscheidungen des Jahres 2000 werde eine völlige Neuausrichtung der Bundeswehr betrieben. Tatsächlich wird von der SPD-Grüne-Regierung eine Richtung mit deutlicher Tempoverschärfung fortgesetzt, die bereits unter den CDU-Verteidigungsministern Stoltenberg und Rühe eingeschlagen wurde. Insofern kann der Einschätzung der Weizsäcker-Kommission nicht zugestimmt werden, unter Scharpings Vorgängern seien nur "kleine Anpassungsschritte" gegangen worden, jetzt aber gehe es um eine "grundlegende Umgestaltung".

Der entscheidende Richtungswechsel erfolgte bereits nach 1990. Mit dem "Stoltenberg-Papier" vom Februar 1992 und den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom November 1992 wurde die Strategie der Bundeswehr auf Interventionismus ausgerichtet, mit dem Aufbau der Krisenreaktionskräfte die strukturellen Grundlagen für Kriegseinsätze out-of-area gelegt. Mit Rühes Salamitaktik wurde ein Tabu nach dem anderen abgeräumt, die Öffentlichkeit an deutsche Soldaten im Auslandseinsatz gewöhnt. Entsprechende Beschaffungsmaßnahmen für Bewaffnung und Ausrüstung der Krisenreaktionskräfte sind lange vor Scharping eingeleitet worden. Unter Rühe wurde das "Kommando Spezialkräfte" in Calw aufgestellt, eine Spezialeinheit für Sabotage und Spionage "hinter den feindlichen Linien" unter rein nationalem Kommando.

Trotz der weitgehenden Übereinstimmung aller Bundestagsparteien mit Ausnahme der PDS wurden sogar die Scharmützel unter Gleichgesinnten von Scharping sofort gedeckelt. Bereits am Tag der Veröffentlichung des Weizsäcker-Papiers wurde deutlich, dass Scharpings Konzept schon steht. Generalinspekteur Kirchbach wurde unmittelbar nach Ablieferung seines Parallelpapiers in den Ruhestand versetzt und durch einen Mann nach Scharpings Geschmack ersetzt. Scharping hatte bereits ein drittes Papier, "Die Bundeswehr sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf", von einer Kungelrunde um General Kujat, Kirchbachs Nachfolger als oberster Soldat, ausarbeiten lassen. Am 14. Juni passierte Scharpings Papier das Bundeskabinett. Nach der Sommerpause soll die Öffentlichkeit mit einem Weißbuch beglückt werden, in dem die Ergebnisse der "Diskussion" zur Zukunft der Bundeswehr zusammengefasst werden.

Die Eile dürfte damit zusammenhängen, dass den verschiedenen Interessengruppen keine Zeit gegeben werden soll, sich zu formieren. Eine "Mäkelkoalition", die sich an den Kürzungen im Bereich des Zivilpersonals, an Standortschließungen u.ä. aufhängt, könnte für schlechte Presse sorgen. Dazu kommen Scharpings Allüren, als größter "Militärreformer" in die deutsche Geschichte einzugehen. Wichtiger dürfte allerdings sein, dass die Bundeswehr als Instrument der Einflussnahme in internationalen Gremien dient. Und wo "deutsche Interessen" auf dem Spiel stehen, ist Tempo angesagt und sind demokratische Spielregeln nur bedingt gefragt.

Um den Umbau der Bundeswehr richtig einordnen und bewerten zu können, müssen verschiedene, miteinander verwobene Interessenkonflikte im Zusammenhang betrachtet werden.

1.

Mit dem neuen strategischen Konzept vom April 1999 hat sich die NATO auf ihrem Washingtoner Gipfel öffentlich von einem Verteidigungsbündnis (das sie so nie war) verabschiedet und zu einem Bündnis proklamiert, das gemeinsame Interessen weltweit notfalls auch militärisch durchsetzen will. Die Stichworte zu diesem Konzept lauten: Aufbau von schnellen Eingreiftruppen, Ausbau von militärischen Fähigkeiten für Interventionen, relativ unbestimmtes Einsatzgebiet, gegebenenfalls Selbstmandatierung für militärisches Eingreifen ohne Rücksicht auf den UN-Sicherheitsrat, Drohung mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen.

Dieses Konzept wird in weiten Teilen der Welt als das verstanden, was es zweifellos auch ist, als Kampfansage. Zwangsläufig sind Bemühungen, sich der globalen Vormacht entgegenzustellen und "antihegemonistische" Bündnisse zu schmieden. So treffen sich seit 1996 die Staatschefs von China, Russland, Kirgisien, Kasachstan und Tadschikistan regelmäßig als "Fünfergruppe von Shanghai". Ihr Ziel ist es, einen Gegenpol gegen die NATO- und US-Hegemonie zu schaffen. Sie treten für eine "multipolare" Weltordnung ein.

2.

In den europäischen NATO-Staaten wird immer offener die Führungsmacht USA herausgefordert. Die verschiedenen Vorhaben auf dem Gebiet der Rüstung oder bei der Aufstellung eigener Eingreiftruppen sowie der Aufbau diverser europäischer Organe, die sich mit Militärpolitik befassen, sind dafür Beleg.

3.

NATO-Europa ist keineswegs ein homogener Block. Der Krieg gegen Jugoslawien hat hier etliches Anschauungsmaterial geliefert. Frankreich fordert ganz offen eine Emanzipation von den USA. Großbritannien profitiert weiterhin von seinen atlantischen Sonderbeziehungen, hat aber unter Blair den Versuch unternommen, gleichzeitig mit in das europäische Boot zu steigen. Deutschland bemüht sich, auf allen Hochzeiten zu tanzen; noch ist es nicht stark genug, die USA allzu offen herauszufordern. Aber immer öfter ist von einer Achse Berlin-Paris die Rede. Die kleineren NATO-Länder haben ihre eigenen Interessen. Vor allem wollen sie sich nicht gänzlich vor den Karren Berlins, Londons oder Paris' spannen lassen.

4.

Parallel dazu vollzieht sich der Umbau der europäischen Rüstungsindustrie. Ziel ist es, durch europäische Zusammenschlüsse die Vorherrschaft der amerikanischen Konzerne zu brechen. Gleichzeitig geht es aber auch um die Vormacht in Europa. Derzeit haben sich zwei Zentren der europäischen Rüstungsindustrie herausgebildet. Eines um die DASA und die französische Aerospatiale, die sich im europäischen Rüstungsriesen EADS zusammengeschlossen haben, und ein weiteres um British Aerospace.

Der Krieg gegen Jugoslawien und die Schlussfolgerungen der Militaristen

Der Krieg gegen Jugoslawien wurde von der Bundeswehrführung, von Rüstungskreisen und vom "Verteidigungs"minister genutzt, um immer wieder auf den notwendigen Umbau der Bundeswehr, auf die Verstärkung der Einsatztruppen, auf neue Waffen zu drängen. Scharping hämmerte der Öffentlichkeit immer wieder das Schlagwort von der angeblich mangelnden "Bündnisfähigkeit" ein, was übersetzt schlicht bedeutet, die Bundeswehr sei noch zu sehr eine Armee zur Landesverteidigung und zu wenig Interventionsstreitmacht. Bei Bedarf wurde es ergänzt durch das Urteil "nicht europafähig", was auf Kriegseinsätze unter europäischer Flagge anspielt. Schlagwort Nummer drei war und ist der angebliche Investitionsstau bei der Bundeswehr, der mal auf 15 Mrd. DM, mal auf 20 Milliarden und bei Bedarf auch auf höhere Beträge veranschlagt wird.

Während des Krieges flogen deutsche ECR-Tornados 390 Einsätze. Sie schossen dabei 244 "Harm"-Flugkörper auf jugoslawische Ziele ab. Aufklärungs-Tornados flogen 46 Einsätze (Dokumentation des Verteidigungsministeriums: Der Kosovo-Konflikt, 11.6.99). Nun ist es Fakt, dass die USA einen Großteil der Kampfjets und Bomber, der Marschflugkörper, der Kriegstechnologie insgesamt stellten. Fakt ist aber auch, dass dieser Krieg ein völkerrechtswidriger Aggressionskrieg war, dass er teilweise mit geächteten Waffen geführt wurde, dass er Formen eines Umweltkrieges annahm, dass er insbesondere gegen die Zivilbevölkerung, gegen die Infrastruktur Jugoslawiens geführt wurde, dass er keine "humanitäre Katastrophe" verhinderte, sondern selber diese Katastrophe war.

Unmittelbar nach dem Einmarsch der NATO-Truppen ins Kosovo begannen die Militärs mit der Veröffentlichung von Analysen und Forderungen für das nächste Mal. "Es wird ein nächstes Mal geben, obwohl ich nicht weiß, wann und wo", schrieb der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr und damalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Klaus Naumann, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Der Krieg gegen Serbien war ein Erfolg, FAZ, 1.10.99).

Naumann empfahl, die "Verlegefähigkeit" der gesamten NATO und der Bundeswehr zu verbessern. "Es ist verhältnismäßig einfach, Bataillone einzuschiffen und auf die Hohe See zu verlegen. Dann sind sie ganz nahe dran am Geschehen, und der Bundestag kann kurzfristig entscheiden, ob und wann sie an Land gehen." (Europäische Sicherheit 11/99). Er war begeistert von den Angriffen auf Fernsehstationen und Industrieanlagen, die "mit phantastischer Präzision zerstört" worden seien. "Wir sollten auch sehr deutlich auswerten, welches Potential unbemannte Flugkörper uns geben können. Drohnen oder Cruise Missiles sind ein phantastisches Mittel, nicht nur für Aufklärung, sondern auch für Angriffsoptionen." (ebenda). Naumann forderte mehr europäische Marschlugkörper. "Warum sollten wir nicht so etwas wie 'European Cruise Missiles Forces' haben als multinationale Truppe, eventuell auch seegestützt?" Er drängte auf Kapazitäten zur Betankung von Flugzeugen aus der Luft, auf Spezialverbände, um abgeschossene Piloten zu befreien. "Wir lernen das nicht über Nacht. Wir müssen damit jetzt anfangen, damit wir es in drei Jahren können." Und: "Die Europäische Union muss endlich auch begreifen, dass sie eine globale Macht ist und nicht nur im Hinterhof agieren kann." (Europäische Sicherheit 11/99)

Deutschland stieg im Laufe des Krieges gegen Jugoslawien in den inneren Führungszirkel der NATO-Strukturen auf, wurde "lead nation" in einem eigenen Sektor des NATO-Protektorats Kosovo. Auch das hat die Debatte um den Umbau der Bundeswehr bei Männern wie Scharping beflügelt "Wir haben auf dem Balkan ... gesehen, dass internationaler Einfluss in der Sicherheits- und Außenpolitik von den eigenen sicherheitspolitischen Beiträgen abhängt" verkündete er auf dem Forum Sicherheitspolitik am 25. Januar 2000 in der neuen Hauptstadt. Und internationaler Einfluss ist nur eine vorsichtige Umschreibung für Macht.

Ein gefundenes Fressen war der Krieg gegen Jugoslawien für die Rüstungsindustrie, insbesondere für die Luftfahrtindustrie. Für sie war jeder Luftangriff ein gewaltiger Werbefeldzug für ihre mörderischen Produkte. Wenn sie über das Morden reden, geschieht das genauso cool, als ginge es um Autoverkehr. "Die Analyse der Konflikte im letzten Jahrhundert zeigt einen klaren Trend zur Hightech-Konfliktbewältigung auf der Basis von Aerospace Power. Die Vorteile liegen auf der Hand: große Reichweiten, schnelle Machtpräsenz, hohe Flexibilität und ein Höchstmaß an politischer Steuerbarkeit bezüglich Eskalation und Deeskalation, präzise Kampfführung auf große Distanz, damit hohe Überlebensfähigkeit bzw. geringe Verluste, Informations- und Luftüberlegenheit sowie relativ geringer Streitkräftebedarf bei hoher Effektivität." (DASA-Vorständler Werner Heinzmann: Sicherheit mit Zukunft. Plädoyer für eine moderne Bundeswehr, April 2000)

Und die entsprechenden "Konfliktlöser" gibts alle bei DaimlerChrysler, als Komplettlösung quasi. "Gerade hier bieten Systeme der Luft- und Raumfahrt substanzielle Beiträge und ein überzeugendes Profil. Diese Industrie verfügt über Aufklärungs-, Kommunikations- und Navigationssatelliten, wir besitzen eine ganze Kategorie maßgeschneiderter Abstandflugkörper wie Taurus oder Polyphem, wir haben Plattformen wie AWACS, Eurofighter oder Tiger, verfügen mit FTA (Transportflugzeug, A.N.) und NH90 (Transporthubschrauber, A.N.) über Systeme zur strategischen Mobilität und bieten Drohnen, Radare, Electronic Warfare sowie Führungs- und Informationssysteme zur Informationsüberlegenheit." (ebenda)

Das Weizsäcker-Papier

"Gemeinsame Sicherheit in Europa ist das Kernstück der Sicherheit Deutschlands. Ein stärkeres Europa wird das Atlantische Bündnis stärken. Die Einsatzfähigkeit der deutschen Streitkräfte muss derjenigen unserer wichtigsten europäischen Partner entsprechen." (Alle Zitate aus: Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr. Bericht der Kommission an die Bundesregierung. Berlin, 23.5.2000). Die Beschwörungsformel im Vorwort des Kommissionspapiers hat es in sich: Die aggressive Landnahme der NATO in Richtung Osten, die in Russland nicht zu Unrecht als Einkreisungsstrategie empfunden wird, wird mittels der Formel von der "gemeinsamen Sicherheit" bemäntelt, NATO-Europa wird mit Europa gleichgesetzt, die aggressive Neuausrichtung deutscher Streitkräfte wird im Namen Europas und des Gleichzie-

hens mit den Bündnispartnern begründet, die Konkurrenzsituation zu den USA unter den Tisch der Stärkung des Bündnisses gekehrt.

Ähnlich "großzügig" geht es gleich im ersten Abschnitt des Berichts unter der Überschrift "Erneuerung von Grund auf" zu. Dort heißt es: "Zum ersten Mal in seiner Geschichte ist Deutschland (nicht die Bundesrepublik, A.N.) ringsum von Bündnis- und Integrationspartnern umgeben und keiner äußeren Gefährdung seines Territoriums durch Nachbarn ausgesetzt."

Die Mitglieder der Kommission

Dr. Richard von Weizsäcker, Vorsitzender der Kommission (Bundespräsident a.D., ehemaliger Wehrmachtsoffizier)
Peter-Heinrich Carstens, stellv. Vorsitzender der Kommission (General a.D., ehemaliger Chef des Stabes SHAPE)
Dr. Theo Sommer, stellvertretender Vorsitzender der Kommission (Herausgeber 'Die Zeit')
Prof. Dr. Christian Bernzen (Rechtsanwalt, Vizepräsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken)
Dr. Christoph Bertram (Direktor der Stiftung Wissenschaft u. Politik)
Dr. Eckhard Cordes (Vorstandsmitglied der DaimlerChrysler AG)
Manfred Eisele (Generalmajor a.D.)
Prof. Dr. Helga Haftendorn (Politikwissenschaftlerin, FU Berlin)
Helge Hansen (General a.D., ehemaliger NATO-Oberbefehlshaber Europa Mitte)
Agnes Hürland-Büning (Parlamentarische Staatssekretärin a.D.) / bis 20.1.2000, ließ ihr Amt dann ruhen wegen ihrer Verwicklung in den Kohlschen Spendensumpf und ihre bezahlten Dienste für die deutsche Rüstungsindustrie
Prof. Dr. Knut Ipsen (Staats- und Völkerrechtler, Ruhr-Universität Bochum, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes)
Dr. Walter Kromm (Oberfeldarzt d.R.)
Hermann Lutz (ehem. Bundesvors. der Polizeigewerkschaft)
Dr. Arno Mahlert (GF-Mitglied Verlagsgruppe Holtzbrinck)
Lothar de Maizière
Prof. Harald Müller (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung)
Dr. Jürgen Schmude (Evangelische Kirche)
Waltraud Schoppe (Bündnis 90/Die Grünen)
Prof. Dr. Richard Schröder (Evangelischer Theologe)
Prof. Dr. Peter Steinbach (Politologe, FU Berlin)

Eine schludrige Formulierung? Wissen die Kommissionsmitglieder nichts von den beiden Weltkriegen und ihren Ursachen? Unglaubliche Dummheit oder gar wissentlicher Geschichtsrevisionismus?

In den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 hatte es noch geheißen: "Deutschland liegt nicht mehr in unmittelbarer Reichweite eines zur strategischen Offensive und Landnahme befähigten Staates. Das deutsche Sicherheitsdilemma der Nachkriegszeit – der Widerspruch zwischen schützender nuklearer Abschreckung und der Gefahr, nukleares Schlachtfeld zu werden – hat sich aufgelöst. Deutschland ist nicht länger Frontstaat. Statt dessen ist es heute ausschließlich von Verbündeten und befreundeten Partnern umgeben."

Der Bezug auf die deutsche Geschichte nach 1945 ist nun weggelassen worden. Was ist von einer Studie zu halten, die so ins Thema einführt?

Die Weizsäcker-Kommission empfiehlt "eine Erneuerung der Bundeswehr von Grund auf." Ihr Ziel besteht in einer "bündniskonformen Bundeswehr, die mit einem umstrukturierten, nachhaltig verkleinerten Personalbestand grundlegend modernisiert werden muss." Darunter wird die Ausrichtung der Bundeswehr auf die "wahrscheinlichste Aufgabe" verstanden – und die heißt nach Überzeugung der Kommission internationale Interventionen.

"Mit der vorrangigen Ausrichtung der Bundeswehr auf Kriseneinsätze wird eine geografische Eingrenzung des künftigen Einsatzraums deutscher Soldaten schwierig. Die Fähigkeit, im kompletten Einsatzspektrum bis hin zu Konflikten mit hoher Intensität handeln zu können, muss künftig über große Entfernungen glaubhaft und dauerhaft sichergestellt werden. Diese Entwicklung markiert zugleich die Abkehr vom traditionellen Bild der Bundeswehr als Instrument eines rein auf territoriale Verteidigung orientierten Landes." Künftig wird die Bundeswehr nämlich als Instrument für etwas anderes benutzt werden: nicht für "territoriale Verteidigung", sondern für die "Verteidigung" deutscher Interessen außerhalb jeder geografischen Eingrenzung – und sei es in einem Angriffskrieg.

Ganz im Sinne deutscher Interessen drückt sich die Kommission auch darum, den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO – und den deutschen Anteil daran – beim wahren Namen zu nennen. Solche Kriege sollen künftig nicht unterbleiben, sondern lediglich mit höheren Weihen ausgestattet werden. "Der Kosovo-Einsatz im VN-Rahmen unterstreicht die Notwendigkeit, solche Unternehmen international zu legitimieren."

Um das zu erreichen, unterstützt die Kommission auch die Legitimierungsphilosophie der Kriegsbefürworter, die das Völkerrecht gerne in sein Gegenteil verkehren möchten. "Der NATO-Einsatz im Kosovo unter Beteiligung der Bundeswehr und die zu seiner Rechtfertigung geführte völkerrechtliche Debatte hat zum Aufbrechen traditioneller Rechtsinterpretationen und Denkweisen geführt."

Merke: Entspricht internationales Recht nicht deutschen Absichten und Interessen, muss es neu interpretiert werden und dazu kann ein Kriegseinsatz wertvolle Dienste leisten.

"Nach dem in Wandlung befindlichen, wie wohl noch umstrittenen Rechtsverständnis können Völkermord und ethnische Säuberungen Eingriffe in die Souveränität eines Staates und Verletzungen seiner territorialen Unversehrtheit rechtfertigen."

Im Klartext: Zwar haben praktisch alle Völkerrechtler den NATO-Krieg gegen Jugoslawien als rechtswidrig charakterisiert, weil sich aber die NATO-Regierungen und insbesondere die deutsche darum einen Teufel scheren und Recht nur insoweit anerkennen, als es eigenen Interessen dient, gilt dieses Recht hierzulande schon als "in Wandlung befindlich", wenn auch "noch umstritten". Den notwendigen "Beweis" des Völkermords liefert gegebenenfalls Rudolf Scharping per Pressekonferenz oder mittels Tagebuchaufzeichnung.

Der deutsche Außenminister hatte noch im Herbst vergangenen Jahres Missverständnisse ausgeräumt, es ginge beim deutschen Interventionismus um ein besonders inniges Verhältnis zu den Menschenrechten. In seiner Rede bei der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 24.11.99 in Berlin erklärte er: "Man erwartet von uns eine grundsätzliche Bereitschaft zum Engagement für den Frieden und zur Verhinderung von humanitären Katastrophen ... Es geht aber nicht nur um Werte, sondern auch um Interessen – und genau dies ist in den Debatten über Kosovo und Ost-Timor bisweilen missverstanden worden."

Und die Kommission folgt auf diesem Pfad. "Auch dann, wenn alle völkerrechtlichen Bedenken gegen derlei Einsätze ausgeräumt sein sollten, wird nicht jede eklatante Menschenrechtsverletzung dazu führen, dass andere Staaten sich militärisch einmischen. Jedem Eingreifen wird eine genaueste Abwägung vorausgehen müssen, ob deutsche und europäische Belange betroffen und die Ziele klar und erreichbar sind."

"Aus den Einsatzerfahrungen der vergangenen Jahre wie aus dem Vergleich mit unseren wichtigsten Partnern zieht die Kommission den Schluss, dass die Messgröße für die neue Bundeswehr die Fähigkeit zur gleichzeitigen und zeitlich unbefristeten Beteiligung an bis zu zwei Kriseneinsätzen sein sollte – und zwar mit Einsatzkräften in folgender Größenordnung:

- **Heer**: Zwei Einsatzkontingente in Brigadestärke mit den jeweils notwendigen Unterstützungs- und Führungselementen (insgesamt bis zu 16.000 Soldaten).
- **Luftwaffe**: Zwei Einsatzkontingente mit insgesamt 90 bis 100 Kampfflugzeugen, 10 Staffeln bodengebundener Luftverteidigung; ferner Luftbetankungs- sowie Lufttransportkomponenten.
- **Marine**: Zwei Einsatzkontingente aus Schiffen, U-Booten und Flugzeugen mit der Befähigung zur verbundenen Seekriegsführung.
- **Sanitätsdienst**: Zwei Einsatzkontingente mit mobiler Lazarett- und Verwundetentransportkapazität."

Um das zu gewährleisten soll die Strukturierung der Truppe nach Krisenreaktionskräften (KRK) und Hauptverteidigungskräften aufgehoben werden. Gleichzeitig sollen die KRK, jetzt Einsatzkräfte genannt, "von derzeit rund 60.000 Soldaten auf etwa 140.000 Soldaten verstärkt werden". Zusammen mit 100.000 Soldaten einer "militärischen Grundorganisation" ergäbe sich ein Gesamtstreitkräfteumfang von 240.000 Soldaten. Darin berücksichtigt sind auch 30.000 Wehrdienstleistende pro Jahr (Wehrdienstdauer 10 Monate).

Mögliche Krisenräume und Einsatzkriterien bei der Krisenbewältigung

"Für die Überlegung zur zukünftigen Stärke und Struktur der Bundeswehr, und dabei für die zu fordernde Fähigkeit zur Beteiligung an Einsätzen zur Krisenbewältigung, können – stichwortartig – folgende mögliche Krisenräume angeführt werden:

Balkan

Der Balkan wird auf längere Zeit Krisenraum bleiben und die Fortsetzung der jetzigen Einsätze erfordern. Diese Einsätze finden im Wesentlichen zu Land statt, sie sind personalintensiv und erfordern mit Masse den Einsatz von Landstreitkräften. Die geografische Lage erfordert für Versorgung, Kontingentwechsel und Materialergänzung Luft- und auch Seetransport. Wichtig bleiben weiterhin Aufklärung (strategisch und regional) sowie die Nachrichtenbeschaffung.

Randzonen und Nachbarn Russlands

Weitere potenzielle Krisenräume in Europa sind die Zonen zwischen Russland und einer Reihe von Nachbarländern (baltische Staaten, Ukraine, Moldawien, Schwarzmeerraum). Krisen in diesem Gürtel wären Krisen zu Land, die als Krisenbewältigungsmittel Luft- und Landstreitkräfte erfordern. Die Entfernungen (Luftlinie) in diese möglichen Krisenräume betragen ca. 2.000 bis 2.500 km.

Kaukasus

Ein weiterer Krisenherd ist der Kaukasusraum. Dass der jüngste Vernichtungskrieg Russlands von der Völkergemeinschaft tatenlos hingenommen wurde, lässt nicht den Rückschluss zu, dass die Völkergemeinschaft oder der Westen in weiteren Krisen in dieser strategischen Brückenzone nicht eingreifen würde.

Zu dem ethnischen, religiösen und historisch bedingten Konfliktpotentialen im Kaukasusraum kommt die Bedeutung als Transitland für strategische Öl-Pipelines. Der Kampf um die Ressource Öl, bei dem Russland in den letzten Jahren dramatische Rückschläge hinnehmen musste, kann krisenhaften Entwicklungen aus den genannten Gründen eine weit überregionale Dimension verleihen. Die Entfernung (Luftlinie) von Zentraleuropa beträgt ca. 4.500 km.

NATO-Grenze Osttürkei

Eine Krise kann sehr schnell das NATO-Mitgliedsland Türkei unmittelbar betreffen, nicht zuletzt durch seine Stellung bei den Öltransportwegen.

Dies ist ein Beispiel dafür, wie aus einem Krisenfall mit dem Einsatz von Krisenreaktionskräften auch ein Bündnisfall werden kann.

Die Entfernung von Zentraleuropa (Deutschland) aus beträgt (Luftlinie) ca. 4.000 km. Neben strategischer und operativer Aufklärung sowie Nachrichtenbeschaffung wäre zur Bewältigung einer Krise der Einsatz von Land- und Luftstreitkräften erforderlich. Ferner müssten Transportkapazitäten (Luft und See) beträchtlichen Ausmaßes zur Verfügung stehen.

Asiatische Nachfolgerepubliken

Ein weiterer möglicher Krisenraum sind die asiatischen Nachfolgerepubliken der Sowjetunion. Eine mögliche Konfliktursache ist wiederum das Ringen um die Ressource Öl, zum anderen die labilen politischen Verhältnisse (Nachfolgeregime) sowie damit zusammenhängend das von radikalen Strömungen im Islam ausgehende Konfliktpotenzial.

Ein wichtiges politisches Kriterium für potenzielle Krisen sowohl im Kaukasus als auch in diesem Raum wäre, dass sich auch hier Russland direkt betroffen fühlen würde. Durch die Interessenlage beim Öl könnte auch China tangiert sein.

Von Zentraleuropa aus beträgt die Entfernung ca. 6.500 km (Luftlinie).

Weitere mögliche Krisenzonen

Weitere mögliche Krisenräume an der Peripherie oder der erweiterten Peripherie Europas sind der Nahe Osten, die Golf-Region und der nordafrikanische Gürtel. Auch hier handelt es sich um Entfernungen von 2.000 bis 5.500 km Luftlinie.

Auf längere Sicht gesehen, kann Europa möglicherweise auch den latenten Krisen in Afrika nicht tatenlos gegenüberstehen, zumal einzelne europäische Länder sowie die USA schon bisher politisch engagiert waren.

Der Fall Osttimor hat gezeigt, dass auch in ganz anderen Regionen der Erde Krisen entstehen können, die die UNO zu einem Einsatz von Krisenkräften unterschiedlichen Auftrags veranlassen können. Aus der Verpflichtung zur Mitwirkung in der Völkergemeinschaft (UNO) heraus kann sich auch Deutschland zur Bereitstellung von Kräften veranlasst sehen, auch wenn deutsche oder europäische Interessen nicht unmittelbar tangiert sind."

(Wehrtechnischer Report: Zukunft Bundeswehr, April 2000)

In einem Minderheitenvotum treten die Kommissionsmitglieder Cordes, Hansen, Lutz, Müller, Schoppe und Steinbach für die Aussetzung der Wehrpflicht und den Übergang zu einer Freiwilligenarmee binnen vier bis sechs Jahren ein.

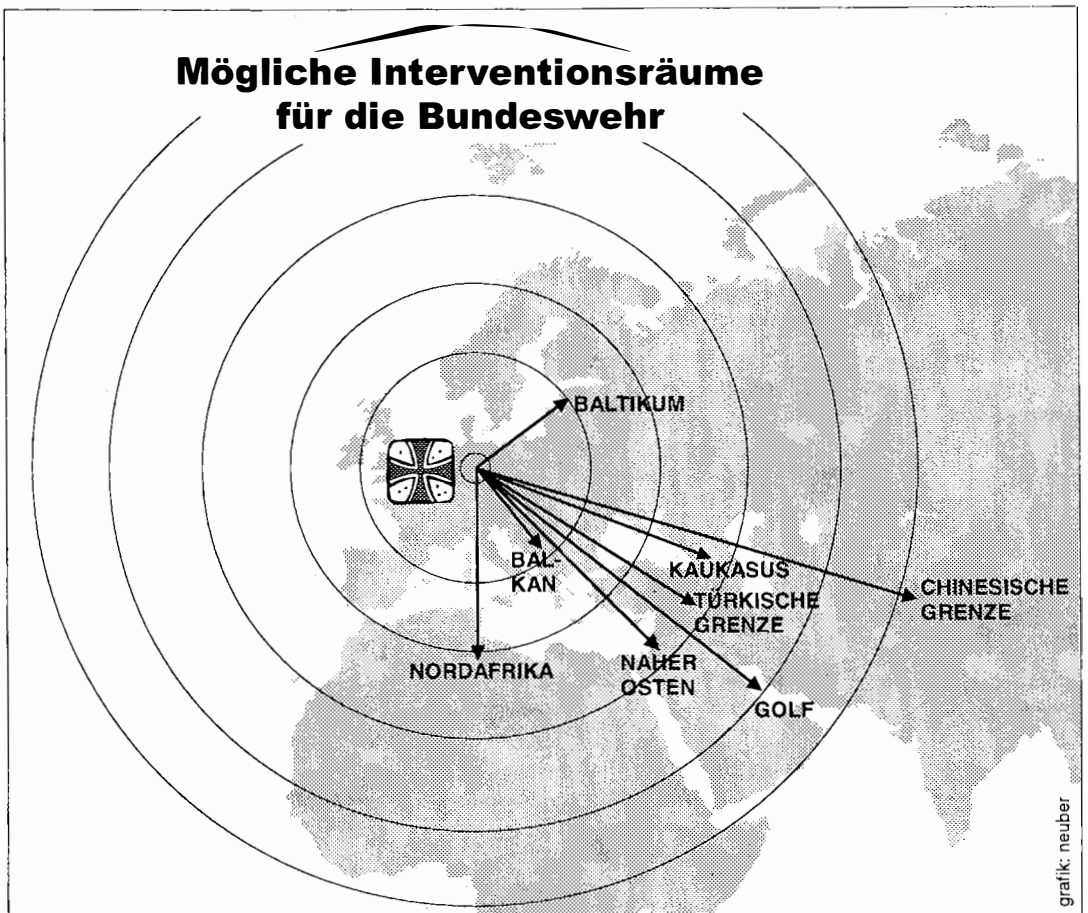
Die Bundeswehr soll sich künftig aufs Kriegführen ("militärische Kernaufgaben") konzentrieren und alles andere privaten Dienstleistern überlassen. Daraus ergibt sich ein Abbau der Zivilbeschäftigten um 80.000 Stellen. Der Sanitätsdienst soll auf die Versorgung der Verwundeten künftiger Kampfeinsätze ausgerichtet und eng mit dem zivilen Gesundheitswesen verzahnt werden.

Die Führungsstruktur soll gestrafft, insbesondere dem Generalinspekteur mehr Macht gegeben werden.

Die Ausrichtung auf militärische Interessenvertretung weltweit zieht den Bedarf nach neuen Waffen und neuer Ausrüstung nach sich. Auf der Prioritätenliste ganz oben sieht die Kommission die Notwendigkeit eigener Aufklärungssysteme, strategischer Luft- und Seetransportkapazitäten und von "Präzisionswaffen", die "aus der Distanz von See oder aus der Luft zur Wirkung gebracht" werden können.

Für die Kommission ist daher klar: Eine Armee mit weniger Personal, aber größerer Kampfkraft ist nicht mit Abrüstung und Einsparungen im Rüstungsetat zu verwechseln. Im Gegenteil: "Sparen kostet". Es "werden Mittel gebraucht, um Ausrüstung und Material auf modernen Stand zu bringen und diesen Standard kontinuierlich zu halten. Der Investitionsanteil muss dauerhaft erhöht werden. Gegenüber heute bedeutet das im Mittel jährlich 2 bis 3 Milliarden DM mehr."

Außerdem wird für einen zunehmend lebensgefährlichen Job in der Bundeswehr auch gutes Geld bezahlt werden müssen, damit "der notwendige Nachwuchs gewonnen werden kann".



Quelle: Zukunft Bundeswehr. Wehrtechnischer Report 2/2000 (Der Report-Verlag steht der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie nahe.)

Das Papier des Generalinspekteurs von Kirchbach

Politik wird nicht nur mit dem Scheckbuch, sondern auch mit Kampfhubschraubern und Lenkraketen gemacht. Jedenfalls im Verständnis des Generalinspekteurs.

"Die Gestaltungsmöglichkeiten unserer Außen- und Sicherheitspolitik sind jedoch auch abhängig von der Fähigkeit und Bereitschaft, eigene Beiträge zur Gemeinsamen Sicherheit zu leisten. Deutschland leistet seit Jahren erhebliche wirtschaftliche, finanzielle, administrative und ökologische Unterstützung zur regionalen Stabilisierung. In internationalen Sicherheitsorganisationen kann aber nur maßgeblichen Einfluss ausüben, wer auch substanzielle militärische Kräfte und Mittel zur Verfügung stellt. Leistungsfähige Streitkräfte bleiben deshalb ein unverzichtbares Element unseres Beitrags zur Gemeinsamen Sicherheit." (Alle Zitate nach: Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Streitkräfte, Generalinspekteur der Bundeswehr, Bonn, 23.5.00)

Kurz: Deutschland will maßgeblichen internationalen Einfluss und der kommt aus den Kanonenrohren leistungsfähiger Streitkräfte.

Im Kirchbach-Papier gibt es etliche Passagen, die für Interessierte das Geflecht zwischen deutschen, europäischen und NATO-Interessen erhellen. So zum Thema Spionage, im Amtsdeutsch Nachrichtengewinnung und Aufklärung genannt. "Nachrichtengewinnung und Aufklärung sind in Verbindung mit sicherer Kommunikation Voraussetzung für die Sicherstellung einer kontinuierlichen nationalen Führung. Das frühzeitige Gewinnen von Indikatoren krisenhafter Entwicklungen mit eigenen Mitteln und die Erstellung eines zutreffenden Lagebildes sind Voraussetzung für eine nationale Urteils-, Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit und für die Vertretung deutscher Interessen in internationalen Organisationen." (Unterstreichungen A.N.)

Wesentliche Mittel und Fähigkeiten werden national beschafft, erworben und erhalten. Alles weitere kann europäisch organisiert werden. "Fähigkeiten zur strategischen abbildenden Aufklärung sind zur Zeit national nicht und in Europa insgesamt unzureichend vorhanden. Vorrangig ist eine nationale Kernfähigkeit zur satellitengestützten Aufklärung zu schaffen ... Ein Gesamtsystem zur satellitengestützten Aufklärung mit komplementärer Sensorik ist national nicht realisierbar und daher in einem europäischen Verbund anzustreben."

Nationale Fähigkeiten können dann wieder in internationale Führungsansprüche umgemünzt werden. "Deutschland besitzt keine Mittel zur weiträumigen abbildenden operativen Aufklärung. Auch in der NATO und EU bestehen hier Defizite. Der Erwerb nationaler Fähigkeiten, die als Beitrag in die Bündnisse eingebracht werden können, ist Voraussetzung für die Übernahme von Verantwortung als Lead Nation".

Multinationalität ist dort angebracht, wo es nötig ist (vor allem aus Kostengründen), national wird dort gehandelt, wo es möglich ist. "Multinationalität erreicht ihre Grenzen allerdings dort, wo ... einseitige Abhängigkeiten die nationale Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit beeinträchtigen können."

Kirchbach schlägt einen Gesamtumfang der Bundeswehr von 290.000 Soldaten vor. Die Einsatzkräfte umfassen nach seinen Vorschlägen 157.000 Soldaten, 103.000 Soldaten sollen Daueraufgaben im Streitkräftebetrieb wahrnehmen, 30.000 Soldaten haben die Aufgabe "zur Vorbereitung der Landesverteidigung im Bündnisrahmen." Der Anteil der Berufs- und Zeitsoldaten soll 202.000, der der Wehrdienstleistenden ca. 85.000 betragen.

Scharpings Eckpfeiler

Während der Generalinspekteur und die Weizsäcker-Kommission im Auftrag Scharpings ihre Berichte erarbeiten, tagt bereits eine weitere Arbeitsgruppe unter dem Luftwaffen-General Harald Kujat, Scharpings künftigem Mann an der Spitze der Bundeswehr. Das in diesem Gremium ausgearbeitete Papier wird am 14.6.00 vom Bundeskabinett bestätigt. Es trägt den Titel "Die Bundeswehr sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf." Kurz: Scharpings Eckpfeiler.

Geschwätz von Gestern

Die Bundeswehr hat die Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung und kann darüber hinaus nur im Rahmen eines UNO- oder OSZE-Mandats für Friedensmissionen ... eingesetzt werden.

Die NATO ist und bleibt ein Verteidigungsbündnis. Das globale Gewaltmonopol zur Sicherung des Weltfriedens liegt ausschließlich bei den Vereinten Nationen.

(Programm der SPD zur Bundestagswahl 1998)

Mit dem Umbau der Bundeswehr zur Eingreiftruppe soll danach sowohl die "eigenständige europäische Handlungsfähigkeit im politischen und militärischen Krisenmanagement" gestärkt, als auch deutsche "Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung der internationalen Sicherheitsordnung" erweitert werden. (Das Eckpfeiler-Papier kann auf der Homepage der Bundeswehr – www.bundeswehr.de – nachgelesen und heruntergeladen werden. Alle Zitate entstammen dieser Quelle)

Dabei "bewegt sich der schnelle Bundeswehr-Kübelwagen rechtlich und legitimatorisch sogar auf schlüpfrigem Grund" (Christoph Schwennicke von der SZ in 'Soldat und Technik' 2/99). Deutsche Militärinterventionen sollen "vornehmlich auf Europa und seine Peripherie" begrenzt sein. Eine ziemlich vage Claimabsteckung, die für militärische Abenteuer jeglicher Art Tür und Tor öffnet.

Auffällig am gesamten Papier ist die Betonung nationaler Interessen (ähnlich wie bei Kirchbach), die offenbar immer weniger hinter europäischen Optionen verborgen werden. So wird die Größe und Stärke der Bundeswehr unter dem Aspekt "eigener Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung der internationalen Sicherheitsordnung" gesehen. "Deutsche Streitkräfte ... müssen qualitativ und quantitativ dem politischen Gestaltungsanspruch und Gewicht Deutschlands im Bündnis sowie in den regionalen und überregionalen Organisationen entsprechen."

Die Erfüllung von Aufgaben im NATO-Bündnis wird an die gleichzeitige "Sicherstellung nationaler Souveränitätsrechte" gekoppelt. Die Bundeswehr soll nicht nur Einsätze im Rahmen der NATO oder der EU erfolgreich durchführen können, sondern auch im nationalen Alleingang und "im Rahmen von ad-hoc-Koalitionen".

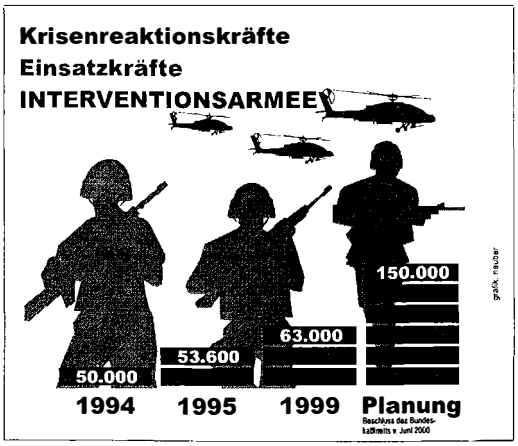
Hierbei folgt das Scharping-Papier fast wortgleich den Ausführungen des geschassten Generalinspekteurs. Dessen vorgeblicher "Konservatismus" passt offenbar gut ins neue, "moderne" Konzept der Bundeswehr.

Dazu sollen – nach den Schwierigkeiten mit multinationalen Projekten – eigene Spionagesatelliten beschafft werden. "Zur Verbesserung der nationalen politischen und militärischen Lagebeurteilung und in Ergänzung der Fähigkeiten des Bündnisses erhält die Bundeswehr eine eigene raumgestützte Aufklärungsfähigkeit."

"Erste Priorität" bei der Neuausrüstung der Bundeswehr hat "die Verbesserung der strategischen Verlegefähigkeit". "Zweite Priorität haben leistungsfähige, untereinander kompatible Kommunikations- und Führungsmittel".

"Der Umfang der schweren Waffensysteme und Plattformen für den Kampf gegen Land-, Luft- und Seestreitkräfte wird reduziert bei gleichzeitiger Verbesserung der Abstands- und Präzisionsfähigkeit."

Den Ausrüstungsbedarf der Bundeswehr sieht der "Alleinausstatter" der Bundeswehr nicht anders. In einem "Plädoyer für eine moderne Bundeswehr" führt DASA-Vorstandsmitglied Werner Heinzmann aus: "Künftige Streitkräfte benötigen globale Mobilität, schnelle Machtprojektion bzw. -präsenz, Luft- und Informationsüberlegenheit (u.a. Aufklärung), eine integrierte Systemarchitektur (C4ISR), die Plattformen intelligent vernetzt, das Potenzial zur präzisen, verlustminimalen Kampfführung auf Distanz sowie eine Architektur zur Abwehr ballistischer Flugkörper." (DaimlerChrysler Aerospace, Dokumente der Luft- und Raumfahrtindustrie, 3/2000)



Heinzmann liefert auch eine interessante Übersetzung der inzwischen üblich gewordenen Formel, die Bundeswehr müsse wieder "bündnisfähig" gemacht werden. "Wir müssen genau hinsehen, wenn Bündnispartner oder auch deutsche Parlamentarier der Bundeswehr eine Rolle als traditionelle Landmacht zuschreiben und eine beträchtliche Nachfrage an Bodentruppen zur Stabilisierung vor Ort diagnostizieren. Diese Missionen sind erfahrungsgemäß verlustreich und blutig, langwierig und teuer. Hier darf es keine Zwei-Klassengesellschaft im Bündnis geben, wo unsere Alliierten primär die abstandsorientierte Konfliktbewältigung aus der Luft betreiben, während wir mit Heerestruppen gleichzeitig oder anschließend über viele Jahre die aufwendige Friedenssicherung und Nachsorge realisieren." (ebenda)

Das Eckpfeiler-Papier legt einen Gesamtumfang der Bundeswehr von künftig 277.000 Soldaten fest. In den Einsatzkräften sollen 150.000 Männer und Frauen bereit stehen, um "eine große Operation mit bis zu 50.000 Soldaten aller Teilstreitkräfte über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr oder zwei mittlere Operationen mit jeweils bis zu 10.000 Soldaten über mehrere Jahre sowie jeweils parallel dazu mehrere kleine Operationen durchzuführen." Scharping plant mit 77.000 Wehrpflichtigen und 200.000 Berufs- und Zeitsoldaten.

Die Haltung der GRÜNEN

Die Position von Bündnis 90/Die Grünen ist absurd. Während die Partei sich mit ihrer Zustimmung zum Krieg gegen Jugoslawien und mit der Propaganda-Arbeit ihres Außenministers in diesem Krieg (die nicht einmal vor einer neuen Art von Auschwitz-Lüge zurückschreckte) das Etikett "NATO-Bündnis-treu" und die Bezeichnung "Die Olivgrünen" verdient hat, versucht sie gleichzeitig wieder Fühler in Richtung Friedensbewegung auszustrecken.

Diese Schizophrenie hat noch keine adäquate Sprachregelung gefunden. Man behilft sich teilweise durch Wortgeklingel und teilweise durch Weglassen der Fakten.

Auf der Homepage der Bundestagsfraktion ist folgende Erklärung zum beschleunigten Umbau der Bundeswehr zur Eingreiftruppe zu lesen (Stand 24.7.2000, Titel: "Bundeswehrreform): "Die Bundesregierung hat auf ihrer Kabinettssitzung vom 14.6.00 einen Beschluss zur Reform der Bundeswehr gefasst. Für uns als Grüne ist wichtig, dass die Reform der Bundeswehr in ein Konzept einer präventiv orientierten Außen- und Sicherheitspolitik eingebettet ist."

Die "Reform" ist, um es noch einmal zu sagen, ein Programm zur qualitativen Aufrüstung, zum Ausbau der Interventionstruppen, zur Verbesserung der Kriegsführungsfähigkeit der Bundeswehr. Was immer die Grünen unter einer "präventiven Außen- und Sicherheitspolitik" verstehen mögen, vorrangig beteiligt die Bundesregierung sich an einer Politik, die der NATO die Rolle des Weltsheriffs zubilligt, die die NATO bis an die Grenzen Russlands vorschiebt, die die Europäische Union zu einem Militärbündnis macht und die sich um zivile Konfliktlösung wenig bis gar nicht, um den militärischen Knüppel aber mit Vorrang kümmert.

Weiter im grünen Text: "Ein wesentliches Kriterium bei der Umsetzung der Reform ist die Einhaltung der mittelfristigen Finanzplanung, da auch die Bundeswehr ihren Solidarbeitrag zur Haushaltskonsolidierung tragen muss ... Die Wehrpflicht wird zwar noch nicht abgeschafft, aber die künftige Entwicklung wird zeigen, dass das Thema auf der Tagesordnung bleibt. Die Reform ist ein wichtiger Schritt für die Bundeswehr. Allerdings ist sie nach unseren Vorstellungen zum Teil zu zaghaft. Es ist zu befürchten, dass es in wenigen Jahren einer Nachsteuerung bedarf, nicht zuletzt weil die Finanzierung noch unklar ist."

Die grünen Texter wollen uns dreierlei weiß machen: Erstens, dass eine Verringerung der Zahl der einberufenen Wehrpflichtigen irgend etwas mit Entmilitarisierung zu tun hätte. Dabei geht es im Prozess des Bundeswehr-Um-

baus um eine Professionalisierung (mehr Berufs- und Zeitsoldaten, mehr sog. "Einsatzkräfte") für Kriegseinsätze. Zweitens, dass eine richtige, aber zu zaghafte Reform unbedingt mutiger weiter geführt werden muss (unter kräftiger grüner Anteilnahme). Dabei geht die sog. Reform genau in die falsche Richtung, nämlich in Richtung Militarisierung der Gesellschaft und der Außenbeziehungen. Diese "Reform" muss deshalb gestoppt, der Militarismus zurückgedrängt, die Bundeswehr qualitativ abgerüstet werden. Drittens wird ausgesagt, dass der Bundeswehr-Umbau dem Diktat der Finanzen folgt. Dabei geht es um "nationale, deutsche Interessen", um das Dabeisein bei Interventionen unter NATO- oder Euro-Flagge, um die Umsetzung eigener ökonomischer deutscher Macht in militärische Möglichkeiten, um die Sicherung strategischer Rohstoffinteressen. Diese Interessen sind es, die zum Konzept der Interventionsstreitmacht Bundeswehr führen. Erst danach kommt die Frage: Und wie soll es finanziert werden?

Geschwätz von Gestern

"Für die Zukunft sehe ich die erhebliche Gefahr, dass die Bundesregierung, Koalition und Generalität nach den Gesetzen der Salamitaktik Anlässe suchen und Anlässe schaffen werden, um die Barrieren abzuräumen, die es gegenüber der Außenpolitik des vereinigten Deutschlands noch gibt. Als Vehikel dienen dabei die Menschenrechts- und Humanitätsfragen."

Josef "Joschka" Fischer, Die Woche vom 30.12.94

Bündnis 90/Die Grünen haben kurz vor dem Jahrestag des Krieges gegen Jugoslawien in Karlsruhe einen Parteitag abgehalten, auf dem die Worte Jugoslawien und Kosovo überhaupt nicht erwähnt wurden. Bei einer Konferenz im Frühjahr 2000 in Berlin wurde das Verbrechen NATO-Krieg verharmlosend als möglicher Fehler bezeichnet. Nun möchte man offenbar die Diskussion um die künftige Bundeswehr auf ein falsches Gleis schieben.

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) warnte die Friedensbewegung und die kritische Friedensforschung in einer Erklärung davor, "in drei aufgestellte Fallen" zu laufen:

"1. Die Reduzierung der Bundeswehr ... ist keine Abrüstung, es ist aufgrund der Aufstockung der Einsatzkräfte (früher Krisenreaktionskräfte/KRK) eine qualitative Aufrüstung! Deshalb ist ein Begrüßen einer rein zahlenmäßigen bzw. quantitativen Abrüstung kontraproduktiv, es muss darum gehen, die Teile der Bundeswehr abzurüsten, mit denen Krieg geführt werden könnte.

2. Die isolierte Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht ist kontraproduktiv ... Das Ende der Wehrpflicht wäre endlich das Ende eines staatlichen Zwangsdienstes. Doch: Wenn nur die Wehrpflicht fallen würde, aber die Bundeswehr weiter qualitativ aufgerüstet wird, sprich wenn die Kriegsführungsfähigkeit weiter ausgebaut wird, dann ist dies zwar für die betroffenen Männer individuell zu begrüßen, doch friedenspolitisch ist dies ein enormer Rückschritt. Die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht muss deshalb immer in den Gesamtkontext gestellt werden, zentrales Ziel muss sein, die Bundeswehr strukturell angriffsunfähig zu machen. Die Frage der Wehrpflicht ist nicht die zentrale Frage der deutschen Militärpolitik, die zentrale Frage ist, ob eine Interventionsarmee gewünscht wird oder nicht, wir setzen uns für die Verhinderung einer solchen kriegsfähigen Armee ein.

3. Aus dieser obigen Feststellung wird von machen die Schlussfolgerung gezogen, dann müssten Friedenskräfte sich für den Erhalt der Wehrpflicht einsetzen, weil damit eine Interventionsarmee verhindert werden könnte. Auch diese Schlussfolgerung ist kurzsichtig. Auch bisher ging Wehrpflicht und der Ansatz einer Interventionsarmee zusammen." (http://www.imi-online.de)

Mit ihrem Fraktionsbeschluss vom 6.6.2000 "Die Bundeswehr reformieren" haben die Grünen noch einmal dokumentiert, dass sie in der Lage sind, weite Wege in kürzester Zeit zurückzulegen. Aus dem einstigen "Raus aus der NATO" wurde das Bekenntnis, "die Einbindung in das transatlantische Bündnis" sei "der feste Bezugspunkt deutscher Außen- und Sicherheitspolitik". Auch in diesem Dokument strotzt es nur so von Vernebelungsversuchen. So unterstützt die Fraktion (natürlich) die Militarisierung der Europäischen Union und versucht sie gleichzeitig als das glatte Gegenteil zu verkaufen: "Eine Bundeswehrreform, die in eine solche Entwicklung eingebettet wird, ist ein Beitrag zur Entmilitarisierung und Zivilisierung von Außenpolitik."

Die grüne Fraktion hält laut ihrem Beschluss vom 6. Juni "eine breite öffentliche und gesellschaftliche Diskussion für sinnvoll und notwendig, bevor Entscheidungen getroffen werden." Und die grünen Minister sorgen mit ihrer Unterstützung für Scharpings Eckpfeiler auf der Kabinettssitzung am 14. Juni dafür, dass diese Diskussion gar nicht erst in die Gänge kommt.

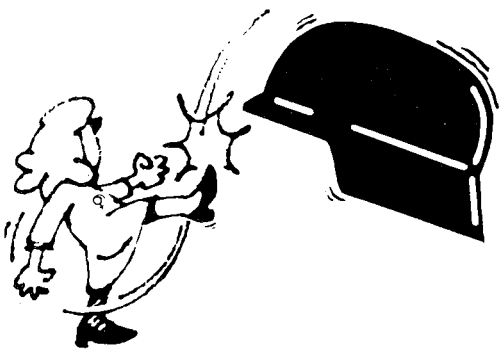
Der Fraktionsbeschluss schwadroniert von der "Zivilisierung, Entmilitarisierung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen" und erwähnt mit keinem Wort, die Zustimmung der Grünen zum Krieg gegen Jugoslawien, der alle diese Grundsätze, einschließlich des internationalen Rechts mit Füßen getreten hat.

In dem Papier werden weltweite Bundeswehreinsätze "an ein Mandat der Vereinten Nationen gebunden". Dabei haben gerade grüne Politiker, an der Selbstmandatierung der NATO im vergangenen Jahr mitgewirkt und das Recht der NATO propagiert, sich über den Sicherheitsrat hinwegzusetzen falls der UN-Sicherheitsrat "blockiert" ist (will heißen: wenn er nicht geschlossen die NATO-Politik mitträgt).

Am ehrlichsten, wenn auch praktisch deckungsgleich mit den anderen Bundeswehr-Umbaupapieren, klingt es, wenn die Fraktion zu der Schlussfolgerung kommt: "Bündnisverteidigung und Krisenmanagement erfordern die Umstrukturierung der Bundeswehr hin zu einer Armee, die angemessen ausgebildete und gut ausgestattete Kräfte notfalls schnell einsetzen kann. Führungsfähigkeit, Aufklärung, Mobilität, Fähigkeit zum multinationalen, aufgabenbezogenen Einsatz, eine einsatzgerechte Logistik und Sanitätsversorgung sind die modernen Anforderungen an eine solche Armee."

Die Fraktion macht sich für "Einsatzkräfte" in einem Umfang von 100.000 bis 120.000 Soldaten stark. Auch die weiteren "essentials" bewegen sich im Gleichschritt mit Scharping, Kirchbach und der Weizsäcker-Kommission, mit FDP und CDU/CSU. Sie lauten "Rationalisierung und Auslagerung von Aufgaben", Abbau der Zivilbeschäftigten, Erhöhung des Investitionsanteils (für Waffen und Ausrüstung) am Rüstungshaushalt auf 30 Prozent, Erhalt "rüstungswirtschaftlicher Kapazitäten in Deutschland und Europa".

Bei soviel Übereinstimmung könnte mancher die Grünen auch auf diesem Politikfeld für inzwischen überflüssig halten. Dass dem nicht so sein kann, beweisen die Grünen bei ihrem Einsatz für die Heranziehung von Frauen für den nächsten Kriegseinsatz. "Am 7.6.2000 hat das Bundeskabinett den hierfür nötigen Gesetzentwurf für Änderungen im Soldatengesetz verabschiedet. Dabei konnten wir unsere Vorstellungen weitgehend verwirklichen. Es ist kein Geheimnis, dass militärische Kreise Bedenken gegen den Einsatz von Frauen in Kampfeinheiten äußern. Vor allem der Einsatz von Frauen auf U-Booten und als Kampfschwimmerinnen ist umstritten. Eingewandt wird, Frauen hätten eine 'nichtkämpferische Natur'. Auch mit militärtaktischen Erwägungen versuchen einige, Frauen von Tätigkeiten auszuschließen. Deshalb war ursprünglich ein Verwendungsvorbehalt für Frauen in der Bundeswehr geplant. Der Verzicht auf einen solchen Verwendungsvorbehalt stellt sicher, dass Frauen und Männer in der Bundeswehr die gleichen Rechte und Pflichten haben. In der Praxis wird darauf zu achten sein, wie dies in der Bundeswehr umgesetzt wird. Insbesondere ist Teilzeitarbeit bei der Bundeswehr immer noch umstritten." (Bundeswehr öffnet sich für Frauen, Homepage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 24.7.00, alle Zitate sind nachzulesen unter http://www.gruene-fraktion.de)



Bei dieser "originellen" Anwendung einstmals pazifistischer und feministischer Ideale, wird man nicht lange auf die Forderung nach Quotierung der künftigen "Kollateralschadensbetroffenen" warten müssen.

Die grüne Wehrexpertin Angelika Beer hatte bereits im September 1999 ein Papier unter dem Titel "Weniger ist mehr! Überlegungen zu einer sicherheitspolitisch und technologisch orientierten Modernisierung der Bundeswehr" vorgelegt. Originalton Beer: "Für die Aufgaben der Bündnisverteidigung und des Krisenmanagements im multilateralen Verbund der NATO- oder EU-Staaten sind sehr ähnliche militärische Fähigkeiten erforderlich. Bündnisverteidigung und Krisenmanagement erfordern die Restrukturierung der Bundeswehr hin zu einer Armee, die angemessene, hervorragend ausgebildete und adäquat ausgestattete Kräfte von geringer Mobilisierungsabhängigkeit in Europa sowie seinen Rand- und Nachbargebieten zum Einsatz bringen kann. Erforderlich sind Kräfte, die durch hohe Mobilität, technische und operative Überlegenheit, Führbarkeit und flexible Einsatzmöglichkeiten im Kontext multinationaler und internationaler Einsätze gekennzeichnet sind."

Zwar finden sich in diesem Papier auch die (wohl für den innerparteilichen Konsens unvermeidlichen) grünen Einsprengsel: "Doch kommt es darauf an, auch vor einem kurz- und mittelfristigen Zeithorizont die Rolle des Militärs in der internationalen Politik, insbesondere wenn die Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist, zu reduzieren."

Aber am Ende bleibt doch die nackte "Interessenpolitik", wenn Beer formuliert: "Die Modernisierung der Bundeswehr ist sicherheitspolitisch notwendig, technisch möglich und haushaltspolitisch wünschenswert und sie ist in eine Konzeption präventiver Außen- und Sicherheitspolitik integrierbar. Sie ist längst überfällig. Sie stellt sicher, dass die Bundesrepublik künftig im transatlantischen wie im europäischen Kontext einen ihrem Gewicht und ihren Interessen angemessenen Beitrag zu den Gemeinschaftsaufgaben Bündnisverteidigung und Krisenmanagement leisten kann."

"Wenn wir nicht bereit sind, alle Instrumente, auch die militärischen, die zur Konfliktbearbeitung zur Verfügung stehen zu reformieren und entsprechend anzupassen, besteht die Gefahr, dass wir eine Chance eines deutschen Beitrags zum Wandel der internationalen Beziehungen verpassen."

(Das Beer-Papier kann beim Parteivorstand von Bündnis 90/Die Grünen bezogen werden)

CDU-Positionen

Am 21. März dieses Jahres präsentierte Angelika Merkel als ersten politischen Befreiungsschlag nach dem CDU-Spenden-Debakel ein Positionspapier ihrer Partei zur Militärpolitik. Darin tritt die CDU "für eine Verkleinerung des Umfangs der Bundeswehr und für eine Umrüstung ein, die es ermöglicht, sie über 'größere Distanzen' einzusetzen. Damit soll sie befähigt werden, am Rande des Bündnisgebietes der NATO eingesetzt zu werden, da ihr Einsatz zur Landesverteidigung in Deutschland keine 'realistische Planungsgrundlage' mehr sein könne." (FAZ, 22.3.2000).

Angela Merkel ganz in der Kontinuität deutscher Machtpolitik. Die 'Frankfurter Allgemeine' liefert uns weitere Informationen über die Pressekonferenz: "Die Bedeutung der Bundesrepublik hänge wesentlich davon ab, welche Handlungsfähigkeit sie in der Welt besitze. Dazu gehöre auch eine einsatzfähige Bundeswehr. Deutschlands militärische Handlungsfähigkeit habe Einfluss auf das politische Gewicht des Landes. Derzeit werde die Ausrüstung der Bundeswehr den außenpolitischen Ansprüchen nicht gerecht." (ebenda) Und die Zeitung 'Die Welt' ergänzt: "Verteidigungspolitik (!) sei auch deutsche Interessenpolitik, und diese Interessen sehe die CDU durch unscharfe Definitionen und zu geringe Verteidigungsausgaben gefährdet." (Die Welt, 22.3.00).

In ihrem Papier "Sicherheit 2010. Die Zukunft der Bundeswehr" sieht die Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion "eine insgesamt diffuse sicherheitspolitische Lage" und huldigt einem Rundum-Alarmismus, in dem Flüchtlings- und Ressourcenprobleme in "den Nachbarkontinenten Asien und Afrika" als Bedrohung für Deutschlands Sicherheit gesehen werden

und schnell zum Thema für die Bundeswehr werden, denn "Sicherheit muss künftig in einem erweiterten Rahmen gesehen werden." (Alle weiteren Zitate stammen aus dem genannten Papier vom 22.2.2000.)

Vor allem aber geht es für die CDU/CSU beim Umbau der Bundeswehr um den "Einfluss deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf die ... NATO und EU."

Zur Beteiligung an Militärinterventionen sollen "14 Kontingente zu je 5.000 Soldaten zur Verfügung stehen." Weitere 100.000 Soldaten des Heeres sollen sich als "Verfügungskräfte" bereit halten. Der Gesamtumfang der Bundeswehr soll bei 300.000 Soldaten liegen, davon 100.000 Wehrpflichtige.

Nach Auffassung der CDU darf die Bundeswehr "jedoch nicht zur 'Dienstleistungsagentur in Sachen Sicherheit' mit weltweiter Interventionsfunktion werden."

Die CDU gegen den Umbau der Bundeswehr zur Eingreiftruppe? Nein. Die Truppen um Angela Merkel wollen vor allem deutsche Interessen gewahrt sehen. Das Menschenrechtsgeklapper von SPD und Grünen ist ihnen nicht ganz geheuer. Vor allem wollen sie sicherstellen, dass amerikanische Begehrlichkeiten nach Hilfstruppen klein gehalten werden. Kriegsführungsfähigkeit ja, aber die "richtigen" Kriege müssen es sein.

Ein Spezifikum der CDU-Position besteht darin, dass die Christdemokraten partout darauf bestehen, neue Möglichkeiten für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu schaffen. Als Argumentationskrücke dafür muss auch hier der Begriff der "erweiterten Sicherheit" herhalten. "Aus unserer Sicht müssen die Zusammenhänge zwischen äußerer und innerer Sicherheit und deren Abhängigkeiten und Wirkungsmechanismen mehr in das Bewusstsein gerückt werden. Dies ergibt sich auch aus internationalen Erfahrungen und dem Verständnis der 'erweiterten Sicherheit' in der neuen NATO-Strategie. Deshalb könnte die Bundeswehr im Rahmen einer weiterentwickelten Interpretation der Amtshilfe im Sinne des Art. 35 GG dort hilfreich sein, wo sie für spezielle Aufgaben über entsprechend geschultes Personal und Material verfügt."

Scharpings Rüstungs-Prioritätenliste

Nach Scharpings Umbauprogramm soll die Kriegsführungsfähigkeit der Bundeswehr vor allem durch Investitionen in den Bereichen Kommunikation/Führung, Aufklärung (Spionage) und "Abstands- bzw. Präzisionswaffen" hergestellt werden. Die wesentlichen Programme laufen bereits.

Satellitenkommunikation

Im Frühjahr 1998 erteilte der Bundestag die Genehmigung zu Vorarbeiten für ein militärisches Kommunikations-Satellitenprogramm, an dem sich außer Deutschland auch Frankreich und Großbritannien beteiligen wollten. Noch im April hatte DASA-Chef Bischoff gejubelt: "Die deutsche Satellitenindustrie war bis dato weltweit die einzige, die noch keinen Auftrag für ein militärisches Programm erhalten hat. Die Entscheidung des Bewilligungsausschusses ist deshalb um so erfreulicher." (FlugRevue 4/98). Mitte August gaben dann die Briten ihren Ausstieg aus dem Programm "TriMilSat" bekannt. Offiziell hieß es dazu aus London, das geplante trilaterale Projekt sei, verglichen mit anderen Lösungen, zu teuer und nehme zu viel Zeit in Anspruch. Sowohl Großbritannien (Skynet) als auch Frankreich (Syracuse) unterhalten bereits eigene nationale Satelliten-Kommunikationssysteme, die aber ab dem Jahr 2005 aus Altersgründen ersetzt werden müssen.

Für die Bonner Strategen ging und geht es um ein Kommunikationssystem, das für alle militärischen Einsatzoperationen, insbesondere für Kampfeinsätze und Kommandoaktionen à la KSK (Kommando Spezialkräfte), "außerhalb der Zentralregion Europa" (WehrTechnik 8/95) uneingeschränkt verfügbar sein soll. Erreicht werden soll "die volle Führungsfähigkeit auch für umfassendere KRK-(Krisen-Reaktions-Kräfte, heute meist Einsatzkräfte genannt, A.N.) Einsätze außerhalb Mitteleuropas". (Soldat und Technik 2/97). Dabei werden auch die Bedingungen eines Atomkrieges einkalkuliert. "National und im Bereich der NATO werden für die militärischen SATCOM-Systeme Bedrohungsmodelle unter anderem hinsichtlich nuklearer Waffeneinwirkungen, Teilchenstrahlung und elektromagnetischer Störeinwirkungen aufgestellt, an denen sich die militärischen Forderungen ausrichten." (WT 8/95)

Bei den Bundeswehreinsätzen in Somalia (UNOSOM II) und in Bosnien wurde noch auf kommerzielle Satellitentechnik zurückgegriffen. Der Betrieb ziviler internationaler Fernmeldesatelliten zu militärischen Zwecken ist allerdings nur mit bestimmten Einschränkungen möglich. So verbieten die Statuten der Betreibergesellschaften z.B. die unmittelbare Steuerung von Waffensystemen. Die Organisationsgrundsätze des deutschen Satellitensystems DFS-Kopernikus (Telekom) erlauben maximal humanitäre Einsätze. Wenig begeistert ist man in Berlin auch von der Mitnutzung militärischer Satelliten der USA, Frankreichs oder Großbritanniens, weil die Herren den Verdacht haben, dass im Krisenfall dort zuerst nationale Bedürfnisse abgedeckt werden.

Der britische Ausstieg bei TriMilSat ist im Zusammenhang mit dem Gerangel um eine europäische Militärmacht und den Aufbau eines europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns zu sehen.

Als Ende 1997 die europäische Industrie aufgerufen wurde, Vorschläge für die Realisierung von TriMilSat zu machen, brachten die Deutschen sofort (rüstungs-)industriepolitische Interessen ins Spiel. Sie forderten eine "angemessene Beteiligung der deutschen Industrie bei den Definitionsarbeiten und Erhaltung von industriellen Kernkapazitäten auf militärischem SATCOM-Gebiet" (Soldat und Technik 7/98). Zwar war man an den Erfahrungen Frankreichs und Großbritanniens mit ihren Projekten Syracuse und Skynet interessiert, "aber auch eine nationale Lösung getragen durch die deutsche Industrie ... wäre möglich." (SuT 7/98)

Weil Führungsfähigkeit von Truppen weit außerhalb des eigenen Landes durch Satellitenkommunikation ebenso wie Weltraumspionagesysteme und die Verfügung über Massenvernichtungswaffen zu den Grundpfeilern militärischer Großmacht gehört und weil jede Regierung "ihre" nationale Industrie mit fetten Aufträgen in europäische Kooperationen und Zusammenschlüsse schicken will, ist die Konkurrenz auf diesem Gebiet größer als die wirtschaftlichen Vorteile einer europäischen Lösung.

TriMilSat hatte diesbezüglich seine Vorgeschichte. Seit November 1993 bemühten sich sieben europäische NATO-Länder (Großbritannien, Frankreich, Spanien, Belgien, Niederlande, Italien und Deutschland) um ein gemeinsa-

mes EuMilSat-System. Im Januar 1995 platzte das Vorhaben wegen der unvereinbaren Interessen und Anforderungen. Frankreich und Großbritannien hatten bereits 1994 parallel mit eigenen Studien für ein BiMilSat-System begonnen. 1995 beteiligten sich die Deutschen an den französischen Planungen mit dem Ziel, ein deutsch-französisches System (GeFSatCom) zu errichten. Das rief wiederum die Briten auf den Plan und führte zu TriMilSat.

Nach dem Ausstieg der Briten konnten sich offenbar auch Frankreich und Deutschland nicht über ein gemeinsames Projekt einig werden. Die deutsche Seite hatte ohnehin vorsichtshalber seit mehreren Jahren eigene Entwicklungen "aus verhandlungstaktischen Gründen" (WT 12/94) vorangetrieben. Eine Bundeswehrstudie "SATCOMBw" sollte "für den Fall, dass eine Kooperation nicht zustande kommt ... eine nationale Rückfallposition" (WT 8/95) bieten. Denn: "Auslandseinsätze der Bundeswehr sind ohne die Satellitenkommunikation nicht mehr denkbar." (Wehrtechnik 5/96)

Ende des Jahres 1999 erteilte die Bundeswehr der DASA den Auftrag über die Entwicklung und den Aufbau eines militärischen Satellitenkommunikationssystems. Die DASA hat sich auf ein deftiges militärisches und ziviles Satellitengeschäft eingestellt und entsprechend ihren Geschäftsbereich "Verteidigung und zivile Systeme (GBV)" neu organisiert. Der Bereich mit Sitz bei der DASA-Tochter Dornier in Friedrichshafen am Bodensee hat u.a. ein Joint Venture mit der kanadischen Nortel Networks gegründet, das unter dem Namen Nortel DASA firmiert.

Um kurzfristig die Kommunikation mit den Einsatzkräften der Bundeswehr sicherzustellen, fährt die Truppe mehrgleisig. Entsprechende Nutzungsverträge wurden mit der NATO, mit dem US-Hauptquartier in Europa (EUCOM) und mit Frankreich geschlossen. Mit Italien gibt es Verhandlungen.

Mittelfristig geht es aber um nationale Lösungen. In Scharpings Rüstungshaushalt 2000 ist die Satellitenkommunikation daher eines der wesentlichen Projekte im Bereich "Wehrtechnische Entwicklung und Erprobung". So konnte bei der Bilanzpressekonferenz der DASA im März 2000 in München deren Vorstandsvorsitzender Manfred Bischoff auch zufrieden auf die Auftragslage im Satellitengeschäft verweisen.

Satellitennavigation

Bischoff erwartet von der Bundesregierung im Übrigen, dass "rasch die politischen Erwartungen, insbesondere hinsichtlich der militärischen Nutzbarkeit" im Bereich Navigationssatelliten geklärt werden (Rede bei der DASA-Bilanzpressekonferenz am 8.3.2000, unter dem Titel "Die DASA ist dort, wo sie hingehört – in der Weltspitze"). Dabei geht es um das System "Galileo", ein Netz von Navigationssatelliten, das unter Federführung der deutschen, französischen, britischen und italienischen Raumfahrtindustrie aufgebaut werden soll, und das Unabhängigkeit vom amerikanischen GPS bringen soll. Das "Global Positioning System", bei Autofahrern bestens bekannt, ist in erster Linie für militärische Nutzungen ausgelegt. Die europäische Konkurrenz "Galileo" wird ein Riesengeschäft für die DASA werden. "In der vollen Ausbaustufe sollen 32 Satelliten im mittleren Orbit (ca. 19.000.000 Kilometer) und neun im geostationären Orbit Europa Autonomie und Souveränität im Verkehrs- und Transportwesen sowie in der Sicherheitspolitik verschaffen. Der erste Einsatz ist für 2005 zu erwarten, und im Jahr 2008 soll das System voll arbeiten. Die DASA wird daran maßgeblich mitwirken." (DASA-Magazin Aero-Space, 2/99)

Spionagesatelliten

Bereits im Mai 1994 hatte sich der Bundessicherheitsrat, ein geheim tagendes Gremium der Regierung, prinzipiell auf den Einstieg in die Entwicklung von Spionage-Satelliten verständigt. Damit wurde die offizielle Beschränkung auf die ausschließlich zivile Nutzung des Weltraums vom Tisch gefegt. In einem Bericht des europäischen Militärbündnisses WEU wurde schon 1984 darauf hingewiesen, dass "das Weltraumpotential ein zentraler Entscheidungsfaktor in der zukünftigen Kriegsführung sein wird." (Engels/Scheffran: Helios und Osiris – Westeuropas militärische Augen im All, Hrsg. Naturwissenschaftler-Initiative Verantwortung für den Frieden, Dortmund, o.J.)

Alles fest im Griff:
Alleinausstatter DaimlerChrysler

Scharpings Prioritäten	Produkt	Produzent
Verlegefähigkeit	Militär-Airbus A400M	DaimlerChrysler
Aufklärung, Spionage	Erdbeobachtungssatelliten	DaimlerChrysler
Kommunikation, Führung	MilSatCom, Galileo	DaimlerChrysler
Abstands-/Präzisionswaffen	Cruise missile: MAW Taurus	DaimlerChrysler

grafik: neuber

Die deutsch-französischen Gipfeltreffen vom Dezember 1995 und Februar 1996 beschlossen "die Entwicklung und den Betrieb eines allwetterfähigen Satellitensystems, das aus dem optischen Satelliten Helios II (Federführung Frankreich, deutsche Beteiligung 10 Prozent) und dem Radarsatelliten Horus (Federführung Deutschland, französische Beteiligung 40 Prozent), die ab 2002 bzw. 2005 betrieben werden sollen, einem gemeinsamen Bodenstellenelement und jeweils national betriebenen Bilddatenauswertungen bestehen soll." (Wehrtechnik 5/96). Das Projekt, das bereits im Vorfeld Unsummen verschlungen hatte, zielte auf militärische Autonomie von den USA. Diese deutsch-französische Lösung "ist im Gegensatz zu dem als Alternative untersuchten Kauf eines amerikanischen Satelliten die konsequente Umsetzung der mit erheblichen Forschungsmitteln (30 Milliarden DM) entwickelten technologischen Kompetenz der deutschen Raumfahrtindustrie. Allerdings zwingen technische, finanzielle und politische Gründe zur europäischen Kooperation. Die Satellitenaufklärung soll der Steigerung der nationalen, autonomen politischen Beurteilungs- und Entscheidungskompetenz für präventive Diplomatie, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und militärischer Planung dienen." (Wehrtechnik 5/96)

Die Gesamtkosten für Helios sollten 3,3 Milliarden DM (10 Prozent für Deutschland) und für Horus – andere Projektbezeichnung Osiris – 3,5 Milliarden DM (deutscher Anteil 2,1 Mrd. DM) betragen.

"Nach einem internen Papier der WEU könnte eine endgültige Konfiguration des Gesamt-Systems aus sechs Satelliten bestehen, zwei optischen (Helios) und zwei Radar-Satelliten (Osiris) sowie zwei geostationären Relais-Satelliten (DRS), die für die schnelle Bildübertragung benötigt werden. Die Kosten werden auf 12,4 Mrd. ECU (ca. 23 Mrd. DM) geschätzt." (Engels/Scheffran a.a.O.)

Dem Aberglauben, bei einem Satellitenaufklärungssystem handele es sich um ein eher ziviles, "präventives" und nicht in erster Linie militärisch-"reaktives" Element, trat die Naturwissenschaftler-Initiative bereits im schon zitierten Papier von Engels und Scheffran entgegen: Das "Satelliten-System ist ... weniger als passiv wirkendes Instrument der Informationsgewinnung zu verstehen, sondern als aktives Element zur Planung und Durchführung von militärischen Einsätzen. Bedeutung werden die Satelliten auch für die Rechtfertigung der Einsätze haben. Da das Material nicht öffentlich zugänglich ist, können Außenstehende nicht entscheiden, ob die präsentierten Bilder einseitig ausgewählt oder gar manipuliert wurden." Und weiter: "Wenn davon geredet wird, dass Europa zur Krisenüberwachung ein Auge im All braucht, dann bedeutet dies nicht, dass alle dadurch mehr relevante Informationen bekommen (in der enormen Informationsflut das Wesentliche zu erkennen ist ohnehin keine leichte Aufgabe). Insgesamt dürften die neuen Satelliten das Informationsmonopol in den Händen von Militärs und Nachrichtendiensten stärken und ihnen mehr Möglichkeit zur Informationsselektion eröffnen, zu Lasten der Öffentlichkeit."

Das ehrgeizige deutsch-französische Projekt wurde schließlich zu Grabe getragen, bevor es sich noch in den Orbit erheben konnte. Die deutsche Seite stieg 1997 mit finanziellen Argumenten aus, Frankreich betreibt inzwischen seinen Helios-Satelliten zusammen mit Spanien und Italien vom Satellitenzentrum der WEU in Torrejon (Spanien) aus. "Das ist aus finanziellen Gründen gescheitert und eine Wiederaufnahme ist im Moment auch nicht akut", erklärte Verteidigungsminister Scharping am 20.1.99 in einem Interview mit der 'Frankfurter Rundschau'. Auch das bisher immer beklagte Vorenthalten wichtiger Daten durch die USA spielte er jetzt herunter. "Wenn aber der Zustand einmal eintreten sollte, dass wir auf gefilterte Informationen Dritter angewiesen wären – was zur Zeit nicht der Fall ist –, wären wir nicht mehr frei in unseren Entscheidungen. Aktuell besteht kein Defizit. Die Zusammenarbeit mit den USA und in der NATO ist gut." Während des Krieges gegen Jugoslawien wurden dann wieder französische aber auch deutsche Klagen über mangelnde Informationsbereitschaft der USA laut. Scharping sah oft wie der schlecht informierte Presseoffizier der US-Army aus. Zudem beklagte sich der Chef der DaimlerChrysler Aerospace über mangelnde Weltraumaktivitäten der Bundesregierung. "Wenn Italien jetzt Deutschland als die europäische Nummer zwei in der Raumfahrt ablöst, dann wird es zunehmend schwierig werden, die hervorragende Position der deutschen Industrie – etwa im Bereich der Wissenschafts- und vor allem der Erderkundungssatelliten – zu behaupten." (Manfred Bischoff auf der DASA-Bilanzpressekonferenz, 8.3.2000 in München)

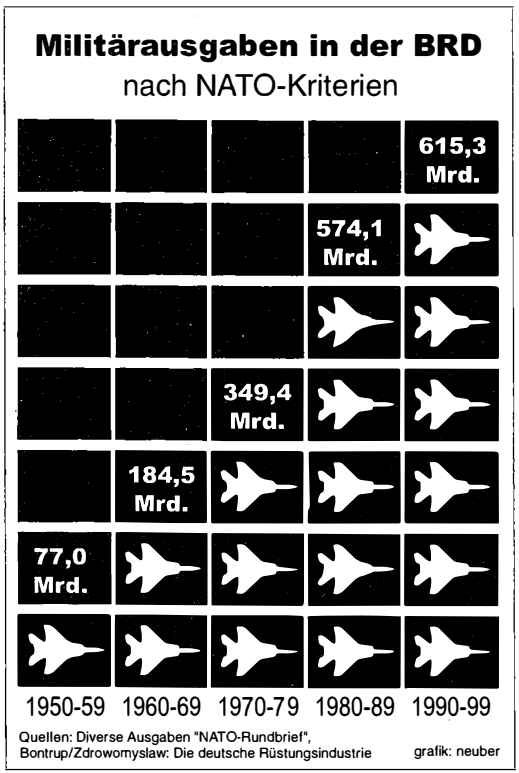
Anfang Juni gab das Scharping-Ministerium auf seiner Internet-Seite dann plötzlich bekannt, bis 2004 solle ein eigenständiges deutsches Satellitenaufklärungssystem in Dienst gestellt werden. Dazu sei ein Projektteam eingerichtet worden, das die Planungszeiten drastisch senken soll. Finanzmittel in Höhe von 700–800 Millionen DM seien bereits in den Haushalt eingestellt worden. Das System sei für weitere NATO-Länder offen. Notfalls würde Deutschland das System aber auch alleine betreiben.

Militär-Transporter

Bei den 75. deutsch-französischen Konsultationen – am 7. Juni dieses Jahres in Mainz – wurde es öffentlich bekannt gemacht: Berlin und Paris geben grünes Licht für den Bau eines neuen Militärtransporters. A400M heißt der Militär-Airbus, der beim neugegründeten europäischen Luftfahrt- und Rüstungsgiganten EADS für pralle Kassen sorgen soll. Scharping hat bereits einen Bedarf von 75 Maschinen angemeldet und Frankreich will 50 bestellen. Vor wenigen Wochen hatten die Briten bereits die Bestellung von 25 Transportern angemeldet. Der Militär-Airbus wird das Rückgrat europäischer Interventionstruppen bilden. Die 42 Meter lange Maschine kann 37 Tonnen Fracht, Truppen (120 voll ausgerüstete Fallschirmjäger) und militärisches Großgerät befördern, darunter den NATO-Hubschrauber NH90 oder den Kampfhubschrauber Tiger, das gepanzerter Truppentransportfahrzeug GTK oder fahrbare Geschütze. Die Reichweite ist für Interventions-Einsätze an der sogenannten "Peripherie" oder der "erweiterten Peripherie" Europas ausgelegt und beträgt maximal 10.000 Kilometer, mit 20 Tonnen Nutzlast 6.570 Kilometer (Angaben nach FliegerRevue 8/2000)

Das Airbus-Konsortium hat für diesen Großauftrag eigens eine Tochtergesellschaft, die Airbus Military Company, gegründet. An ihr sind neben Deutschland, Frankreich und Großbritannien auch Spanien, Italien, Belgien und die Türkei beteiligt. Airbus-Chef Humbert rechnet mit einem Verkauf von 288 Flugzeugen allein in den sieben beteiligten Staaten. Darüberhinaus geht es um weitere Exportmöglichkeiten von geschätzten 400 Exemplaren.

Mit der Entscheidung für die A400M ist auch ein jahrelanges Tauziehen um den lukrativen Auftrag zu Ende gegangen. Außer dem Militär-Airbus waren auch die russisch-ukrainische Antonow An-70 und die amerikanische C-130J des Rüstungsgiganten Lockheed Martin im Rennen. Obwohl die Antonow alle Wünsche der europäischen Generäle erfüllt, bereits fliegt (während die A400M bisher nur auf dem Reißbrett existiert) und obendrein mit 50 Millionen US-Dollar nur halb so viel kostet wie der Airbus-Militärtransporter, hatte von vornherein nur die A400M eine reale Chance. Schließlich geht es um das Hochpäppeln des europäischen Rüstungsriesen EADS, der den US-Konzernen die Weltherrschaft streitig machen soll. Die SPD/Grüne-Bundesregierung hatte sich bereits in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich zur Unterstützung der heimischen Luft- und Raumfahrtindustrie bekannt und einen eigenen Koordinator für diesen Industriezweig im Range eines parlamentarischen Staatsekretärs eingesetzt.



Verteidigungsminister Scharping signalisierte schon im vergangenen Jahr, dass er für strategische Rüstungsprojekte zusätzliches Geld braucht. "Aus dem jetzigen Budget könnte ich das Transportflugzeug nicht finanzieren." (Süddeutsche Zeitung 9./10.99). Konsequenterweise wurde in den Rüstungsetat des Jahres 2000 gleich ein entsprechender Vorbehalt eingebaut. Bei der "Finanzierung internationaler Kooperationsvorhaben wie des neuen Großraumflugzeugs (FTA = Future Transport Aircraft, damalige Projektbezeichnung des künftigen Transporters, A.N.) oder der raumgestützten Aufklärung (RGA = Spionagesatellit, A.N.), die ohne entsprechende zusätzliche Mittel nicht aus dem Einzelplan 14 (= Rüstungshaushalt, A.N.) finanziert werden können", solle "von Fall zu Fall auch über eine Lösung außerhalb des Verteidigungshaushalts entschieden werden." (Erläuterungen und Vergleiche zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts 2000, Verteidigungsministerium, 9.9.99) Scharpings neuer Generalinspekteur Kujat kam bei seinem ersten Interview mit dem 'Spiegel' nun prompt auf dieses Thema zurück. "Ich vertraue darauf, dass das Flugzeug außerhalb des Einzelplans 14, also des Etats der Bundeswehr, finanziert wird ... Der Minister hat mit dem Finanzminister schon bemerkenswerte Absprachen getroffen." (Spiegel, 17.7.2000)

Cruise missiles

Dass im Krieg gegen Jugoslawien nur die USA (und in geringer Stückzahl Großbritannien) über Marschflugkörper verfügten, hat deutsche Militärs und ihren Minister ganz besonders geschabt. Abhilfe soll künftig ein Mordwerkzeug schaffen, das unter dem nur Eingeweihten verständlichen Namen "Modulare Abstandswaffe Taurus" firmiert. Die MAW Taurus, die selbstredend unter dem DaimlerChrysler-Stern entwickelt wird, ist speziell für "Luftangriffskräfte" gedacht und soll ab 2001 zunächst unter die Tragflächen des Tornados und später des Eurofighters montiert werden. Sie soll "die Fähigkeit zur Zerstörung oder Lähmung von Schlüsselelementen des gegnerischen Kräftedispositivs besitzen. Wichtige Zielgruppen sind die strategischen Kraftquellen, verbunkerte ober- und unterirdische Gefechtsstände und Fernmeldezentren, taktisch wesentliche Einsatz- und Versorgungsstellungen gegnerischer Streitkräfte sowie deren gesamtes Luftkriegspotential. In der Regel handelt es sich dabei um stark verteidigte Ziele in der Tiefe des Raumes." (MAW Taurus, Report-Verlag 8/98. Auch die weiteren Zitate stammen aus dieser Broschüre) Das Einsatzkonzept für den Marschflugkörper sieht als Ziele, die bekämpft werden sollen, auch Brücken und Versorgungseinrichtungen vor.

Marschflugkörper sind die Waffe, die deutsche Generale so richtig heiß macht. Sie verschaffen der Luftwaffe "Präzisions- und Abstandsfähigkeit ... durch die eine hohe Wirksamkeit des Waffeneinsatzes bei geringer Gefährdung der eigenen Kräfte" sichergestellt werden kann. "Hierbei gilt, dass moderne Luftstreitkräfte einen Wettbewerbsvorteil für westliche Industrien gegenüber technologisch weniger entwickelten Ländern bieten. Der Erhalt und der Ausbau moderner Luftstreitkräfte erhöht somit den Handlungsspielraum der westlichen Welt." Und schließlich: "Offensive Luftstreitkräfte bringen im Rahmen eines Konfliktmanagements zerstörerische Gewalt gezielt zum Tragen. Sie ermöglichen und unterstreichen politische Handlungsfähigkeit und geben der Politik eine Option, ihren Absichten Nachdruck zu verleihen und sie durchzusetzen, ohne zwangsläufig und frühzeitig in möglicherweise riskante Bodenoperationen verwickelt zu werden."

Im Bundeswehrplan 97 waren für Forschung und Entwicklung dieser Waffe rund 310 Millionen DM und für die Beschaffung rund 3,9 Milliarden vorgesehen. Auch unter den neuen Herren Schröder, Scharping und Fischer wird die Entwicklung massiv vorangetrieben. Der nächste Kriegseinsatz kann also kommen.

Das Bündnis mit der Industrie

Am 15. Dezember 1999 haben Scharping und Schröder bei einem groß inszenierten Auftritt mit 33 Wirtschaftsvertretern eine als strategisch bezeichnete "Partnerschaft zwischen Bundesregierung und Wirtschaft zu Gunsten einer modernen Verteidigung" (Pressematerial des Bundesministeriums für Verteidigung, 15.3.2000) unterzeichnet. Diese "neue Art von Partnerschaft zwischen Bundeswehr und Industrie" soll der Bundeswehr die Möglichkeit geben, "die Fähigkeit der deutschen Industrie zur Innovation besser nutzen und damit ihre eigenen Möglichkeiten zur Steigerung von Investitionen verbessern zu können." (ebenda)

Im Rahmen von 14 Pilotprojekten wird diese Zusammenarbeit erprobt.

Solche Pilotprojekte sind beispielsweise:

- Die Schaffung eines flächendeckenden Kommunikations- und Datennetzes, das auch für internationale Einsätze der Bundeswehr tauglich ist.
- Gemeinsame Qualifizierung von Personal im Bereich Informationstechnologie.
- Effektiveres Management des Fuhrparks der Bundeswehr, der künftig auch auf dem Markt als Anbieter von Dienstleistungen auftreten soll.

Am Ende soll daraus dann eine Art Teilprivatisierung der Bundeswehr werden. "Die Bundeswehr wird damit in die Lage versetzt, sich auf ihre Kernfähigkeiten zu konzentrieren." (Pressematerial) Und die bestehen allemal im Führen von Kriegen. Oder wie es der ausgemusterte Chef des Heeresamtes, Generalmajor a.D. Jürgen Reichardt, formuliert hat: "Der Maßstab bleibt das Gefecht ... Alle anderen Fähigkeiten könnten nicht kombattante Organisationen auch erwerben, und sogar billiger ... Bedenklich wäre es, den Kampfauftrag gegenüber Hilfseinsätzen zu diskriminieren." (FAZ, 21.10.99)

Die Kooperation mit der Industrie soll gleichzeitig zu massiven Einspareffekten bei der Bundeswehr führen, wie auch zur Unterstützung der Industrie in ihrem Kampf gegen europäische und globale Konkurrenz. Das lässt sich nur bewerkstelligen, indem die Rationalisierungsgewinne aus dem Bundeswehrbetrieb direkt wieder in neue Beschaffungsvorhaben, in Waffen und Ausrüstung, investiert werden. Es soll also eine Umverteilung der Rüstungsausgaben erfolgen, bei der die Kampfkraft der Truppe im internationalen Einsatz gestärkt wird und gleichzeitig die Rüstungsindustrie kräftig absahnt.

Im Rahmenvertrag "Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr" liest sich das so:

Die Zusammenarbeit solle "die Investitionskraft von Wirtschaft und Streitkräften stärken und verstetigen." "Die deutsche Industrie besitzt weltweit anerkannte technologische Kapazitäten und Managementfähigkeiten. Sie gilt es, in einer Phase der europäischen Restrukturierung und der Globalisierung der Wirtschaft auch durch Unterstützung der Investitionsfähigkeit der Bundeswehr zu erhalten. Dies stärkt die Innovationskraft der Unternehmen, verbessert ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und sichert Arbeitsplätze sowie industrielle Kernkompetenz." Und Bundeskanzler Schröder erklärte auf der ersten Unterzeichnerkonferenz am 15.12.99 in Berlin: "Uns allen ist klar, dass diese neuen Aufgaben eine umfassende Modernisierung und Strukturreform erfordern. Gleichzeitig sind wir uns auch im Klaren darüber, welch hohe Bedeutung der Beschaffungsetat der Bundeswehr für die Industrie in Deutschland ... hat."

Der Industrie werden für ihre Dienste satte Rüstungsaufträge versprochen. "Angesichts der Aufgaben der Bundeswehr, die in einem veränderten sicherheitspolitischen Umfeld aus Landes- und Bündnisverteidigung, Krisenprävention, Krisenreaktion und Krisenbewältigung bestehen, wird die Ausrüstung der Bundeswehr, nach einem mehrjährigen Investitionsrückstau, grundlegend modernisiert." (Rahmenvertrag).

Künftig sollen neue Waffensysteme und Ausrüstung schneller entwickelt, beschafft und in Dienst gestellt werden. "Eine Schlüsselrolle auf dem Weg in die Zukunft der Bundeswehr übernimmt die neue Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (GEBB)." (Eckpfeiler-Papier). Diese privatwirtschaftlich als GmbH organisierte Agentur soll das Verteidigungsministerium "beratend und bewertend bei der Auswahl und der Ausgestaltung der Beschaffungs-, Betriebs-, Finanzierungs- und Zahlungsmodalitäten unterstützen". (Rahmenvertrag)

Wesentliche Kompetenzen sollen damit aus dem Verteidigungsministerium in eine Privatgesellschaft verlagert werden, deren Aufsichtsrat von einem Daimler-Benz-Mann geleitet wird. Helmut Werner war von 1987 bis 1997 in führenden Positionen beim mächtigsten deutschen Rüstungskonzern, zuletzt als Vorstandsvorsitzender der Mercedes Benz AG. Er sitzt außerdem in den Aufsichtsräten der Metallgesellschaft AG, von Alcatel, SKF, BASF und des Gerling-Konzerns. Als derzeitiger Aufsichtsratsvorsitzender der EXPO 2000 Hannover GmbH bringt er reiche Erfahrungen mit, wie man Millionenverluste dem Steuerzahler aufbürdet.

Die Versuche, Rüstungsgüter immer effizienter zu beschaffen, begleiten die Bundeswehr in ihrer gesamten Geschichte. Auch die Sorge der Militärs, dass die Interessen der Bundeswehr an optimaler Bewaffnung und Ausrüstung und die Interessen der Rüstungsindustrie an möglichst deftigen Profiten nicht zur Deckung gebracht werden könnten. Die Mitarbeiter des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) können davon ein Lied singen. So beschwerte sich der Vizepräsident für Wirtschaft der Beschaffungsbehörde in der Zeitschrift 'Soldat und Technik' (Nr. 2/2000) über die vielfältigen "Einflussinteressen" von Industrie, Militärs, Ministerialbürokratie und Parlamentsausschüssen. "Allein die Betrachtung der sehr unterschiedlichen und oft gegensätzlichen Zielrichtungen der Interessen und damit deren unterschiedliche Einwirkung auf die Vorhabenrealisierung macht ohne nähere Behandlung deutlich, dass Risiken und Reibungsverluste bei der Verwirklichung der Ausrüstungsplanung unvermeidbar sind. Diese können durchaus Größenordnungen annehmen, die Vorhaben an die Grenze des Scheiterns führen."

Besonders "die Industrie mit ihren Interessen in Bezug auf Rentabilität, Beschäftigung und Kernfähigkeit" stößt sich an Rüstungsaufträgen gesund. "Wenn man sich die Kostenentwicklung der Rüstungsvorhaben der letzten Jahre und die daraus resultierenden Konsequenzen für die Stabilität von Vorhaben ansieht, wird m.E. überdeutlich, dass Zeitbedarf und Kosten inakzeptabel sind." Der Mann weiß, wovon er redet.

Als "kostentreibende Effekte externer Einflussfaktoren" bezeichnet er die "bewusste Unterschätzung von Vorhabenkosten als Maßnahme zur Aufnahme in Planungen". Auf gut deutsch: Kosten werden im Vorfeld eines Waffenprojektes heruntergespielt, um leichter an den Auftrag zu kommen, explodieren dann aber "merkwürdigerweise" im Laufe der Realisierung. (Anschauungsmaterial in dieser Sache lieferte jüngst wieder der Eurofighter. Der Bundesrechnungshof hatte Alarm geschlagen, weil die DASA wieder einmal mehr Geld als vereinbart will. 23 Milliarden DM waren für 180 Eurofighter veranschlagt, sechs Milliarden mehr sollen es nun werden. Alles ganz normal, heißt es bei der DASA. Schließlich entspreche der ursprüngliche Preis den Gegebenheiten von 1996 und deshalb habe man im Beschaffungsvertrag ausdrücklich eine Preisvorbehaltsklausel eingebaut.) Und die Behörde ist bei der Kontrolle ziemlich hilflos. "Die Kostenschätzfähigkeit des BWB ist ... nur schwach vorhanden ... Wir sind dabei auf die Zusammenarbeit mit der Industrie angewiesen." Womit der Bock zum Gärtner gemacht wird.

Dazu kommt, dass die Monopolbildung im Rüstungsbereich – unter tätiger Mithilfe des Staates – so weit fortgeschritten ist, dass es praktisch nur noch einen Alleinausstatter pro Teilstreitkraft gibt. "Konkurrenzierung ist immer noch das beste Mittel, Risiken zu senken. Da der deutsche Markt in vielen Bereichen eine Konkurrenzierung nicht mehr zuläßt, muss gegebenenfalls europaweit oder auch weltweit ausgeschrieben werden. Ich bin mir bewusst, dass dieser Ansatz in Widerspruch zu Forderungen nach eigenständigen nationalen wehrtechnischen Fähigkeiten stehen kann."

Scharpings Linie bedeutet, dass er es mit den Kostentreibern hält und sie nun als Sparkommissare einsetzen will.

So stellt der Herr Vizedirektor denn auch resigniert fest: "Obwohl seit 20 Jahren und länger Aufforderungen erfolgen, die Vorhabenkosten den verfügbaren Ressourcen anzupassen und obwohl im Rahmen einer neuen Ausrüstungsphilosophie seit Anfang der 90er Jahre ein effizienteres Kostenmanagement und eine Reduktion der Zeit- und Kostenrisiken gefordert sind, weisen viele Großvorhaben dennoch weiterhin signifikante Kostensteigerungen auf ... All dies werden wir ... nicht völlig beseitigen können."

Interessanterweise gibt ausgerechnet die FAZ, sonst nicht gerade für eine kritische Position zur Privatisierung von Staatseigentum bekannt, ablehnenden Stimmen zu Scharpings Plänen immer wieder Raum in ihren Spalten. Am 5.7.2000 läßt sie den ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr (1986 bis 1991), Admiral a.D. Dieter Wellershoff vom Leder ziehen: "Die Übertragung von Bundeswehraufgaben an außenstehende Organisationen ist ein Armutszeugnis für die Politik insgesamt, die es nicht geschafft hat, den Sachverstand in Staatsdiensten vollständig zu nutzen. Es kann ja kein ernsthafter Zweifel bestehen, dass die Bundeswehroffiziere nach fachlichem Können und Erfahrung zu den Führungseliten in unserem Staat gehören. Was berechtigt eigentlich zu der Hoffnung, dass durch Übertragung von Unterstützungsaufgaben für die staatliche Daseinssicherung an private Unternehmen erstens diese Leistung zu allen Zeiten und unter allen Umständen erbracht wird und, zweitens, dass die beauftragten Firmen auf den Gewinn aus dieser Tätigkeit großzügig verzichten?"

In der gleichen Ausgabe bringt die FAZ eine Kritik des Bundesrechungshofes als Aufmacher auf Seite 1 unter der Überschrift "Der Rechnungshof kritisiert Scharpings Privatisierungspläne bei der Bundeswehr."

Eines der Scharpingschen Pilotprojekte ist das Gefechtsübungszentrum des Heeres in der Altmark in Sachsen-Anhalt. Der Bundesrechnungshof kritisiert, dass bei der Vergabe des Auftrags zur Errichtung des Übungszentrums an eine Gefechtsübungszentrum (GÜZ) System Management GmbH die "Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit" verletzt wurden. Es werde lediglich "die Wirtschaftlichkeit des Betreibermodells unterstellt, aber nicht nachgewiesen". Eine entsprechende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, die in der Sache Klarheit bringen sollte, wurde Ende 1999 ohne Ergebnis abgebrochen, weil Scharping das GÜZ bei seiner Propagandashow mit der Industrie am 12.12.99 als Pilotprojekt vorführen wollte.

Für Scharping ist die enge Kumpanei von Verteidigungsministerium und Rüstungsindustrie ein "Beitrag ... zum Ziel der Bundesregierung, den 'Modernen Staat' zu verwirklichen", wie es im Rahmenvertrag heißt. "Die Bundeswehr leistet damit einen erheblichen Beitrag für ein modernes und auch für ein zukunftsfähiges Deutschland" schwärmt er auf der Unterzeichnerkonferenz im vergangenen Dezember. Und Ron Sommer von der Deutschen Telekom lobte für die Wirtschaftsseite bei gleichem Anlass "ein völlig neues Verständnis von staatlichem Handeln ... Staat und Wirtschaft sind eben Partner, die ohne 'Wenn und Aber' aufeinander angewiesen sind. Sie müssen daher optimalerweise so zusammenarbeiten wie ein Betrieb, in dem zwei Zahnräder exakt ineinander greifen".

Dass es in der SPD-Führung offensichtlich nicht die allergeringsten Bedenken oder Berührungsängste bei der Kooperation mit der Rüstungsindustrie gibt, kann nur den verwundern, der die Politik von Scharpings Amtsvorgänger Helmut Schmidt nicht mehr erlebt oder nicht mehr in Erinnerung hat.

Eine der ersten Amtshandlungen von Schmidt war eine Führungsreform, die dem Generalinspekteur eine größere Machtfülle verschaffte, eine weitere die Einsetzung einer Wehrstrukturkommission unter Leitung des 'Zeit'-Herausgebers Theo Sommer (in der Weizsäcker-Kommission auch mit dabei) und eine dritte die Gründung des "Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreises" im Juni 1970. Der Arbeitskreis, eine Runde von Spitzenmilitärs, Rüstungsindustriellen und Bürokraten aus dem Verteidigungsministerium hatte die Aufgabe "einerseits die Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern stärker als bisher den sachlichen Anforderungen der Militärs anzupassen, andererseits aber auch, die Verwertung des Rüstungskapitals auf die Grundlage einer vorausschauenden Planung zu stellen und die Expansion des Militär-Industrie-Komplexes langfristig zu sichern." (Martin Kempe, SPD und Bundeswehr, Köln, 1973, Seite 255)

Im Frühjahr 1970 ernannte Schmidt den damaligen Vorstandsvorsitzenden der Thyssen-Röhrenwerke, E.W. Mommsen, zum Staatssekretär für "Wehrtechnik und Beschaffung". Der Mann, der nun Rüstungskoordinator unter einem Sozialdemokraten wurde, hatte seine Erfahrungen schon unter Hitlers Rüstungsminister Speer gesammelt, als er in der letzten Phase des Weltkrieges die gesamte eisenverarbeitende Industrie lenkte.

Mommsens Definition der Kungelei von Spitzenmilitärs und führenden Rüstungsbossen im Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis: "Die hässlichen Begriffe 'Lobbyist' und 'Bürokrat' werden dann allmählich durch den einheitlichen Begriff des 'Partners' ersetzt werden können." (Rede auf der wehrpolitischen Informationstagung der SPD-Bundestagsfraktion am 21.6.70 in Bremen. Hier zitiert nach: Engelhardt/Heise: Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus, Berlin, 1974, S. 85)

Schmidts Struktur- und Führungsreform und seine engere Zusammenarbeit mit den Rüstungsmonopolen fiel in eine Zeit, da Deutschland um größeren Einfluss innerhalb der neugegründeten Euro-Group der NATO kämpfte. Scharping übernimmt die alten Konzepte und aktualisiert sie für den Kampf Deutschlands um die Führungsposition innerhalb einer Europäischen Union, die – maßgeblich unter deutschem Einfluss – inzwischen auch zum Militärbündnis geworden ist.

Mehr Macht für die Generäle

"Die Stellung des Generalinspekteurs der Bundeswehr wird gestärkt", heißt es in Scharpings Eckpfeiler-Papier. "Er erhält zusätzliche Kompetenzen für die Streitkräfteplanung sowie für die Planung und Führung von Einsätzen." Genau das wurde auch von der Weizsäcker-Kommission als einer der Schwerpunkte des Bundeswehrumbaus formuliert. Sie empfiehlt, entgegen aller europäischen und Bündnisrhetorik, vor allem nationale Kompetenzen zu stärken. "Für den Einsatz im Verteidigungsfall waren die deutschen Verbände weitestgehend bestimmten alliierten Kommandobehörden dauerhaft zugeordnet ... Künftig wird die Einsatzführung deutscher Streitkräftekontingente im Einsatzgebiet multinationalen Kommandobehörden jeweils nur zeitlich begrenzt übertragen. Die nationale politische Kontrolle des Einsatzes gewinnt an Bedeutung. Die truppendienstliche Führung einschließlich der logistischen Versorgung verbleibt in nationaler Verantwortung, auch wenn für die Logistik künftig gemeinsame europäische Konzepte verwirklicht werden. Damit sind größere Anforderungen an die entsprechenden nationalen Führungsstrukturen verbunden." (Weizsäcker-Bericht)

Zur verbesserten Kriegsführungsfähigkeit trägt künftig ein "Einsatzführungskommando" bei, das Operationen der Bundeswehr im Ausland plant und leitet. Dieses Kommando kann gegebenenfalls auch unter der Flagge der EU/WEU als Einsatz-Hauptquartier fungieren.

Der Generalinspekteur erhält außerdem den Vorsitz in einem neu zu schaffenden "Rüstungsrat", der die Beschaffungswünsche der Teilstreitkräfte koordinieren soll.

Die Militärs können zufrieden sein. "Damit schafft sich Deutschland stillschweigend einen Mini-Generalstab mit Kommandofunktion an, auf welchen nach den Erfahrungen des ersten und zweiten Weltkrieges bewußt verzichtet worden war." (Bundes-where to? In: ami 6/2000)

Mit dieser Entscheidung tritt Scharping wiederum in die Fußstapfen seines Vorgängers Helmut Schmidt. Mit Erlass vom 6.4.1970 hatte der den Generalinspekteur zum obersten militärischen Berater des Ministers und der Regierung gemacht und ihm gleichzeitig die Verantwortung für die Bundeswehrplanung übertragen. Außerdem wurde der oberste Soldat zum Vorsitzenden eines "Militärischen Führungsrats", in dem die Inspekteure der Teilstreitkräfte versammelt waren und erhielt einen Führungsstab. Die Führungsstäbe der Teilstreitkräfte wurden in militärische Kommandostellen umgewandelt. Deren Mitarbeiter waren jetzt nicht mehr Referenten des Ministers, sondern Gehilfen der militärischen Führung. Die Zeitschrift 'Christ und Welt' kommentierte damals (31.10.69, zitiert nach: SPD und Bundeswehr, a.a.O): "Zu ausreichenden eigenen Entscheidungsbefugnissen kann der Truppe am ehesten ein Sozialdemokrat verhelfen, der seiner politischen Herkunft nach nicht im Verdacht steht, einen Staat im Staate zu schaffen."

Sparen kostet

Dass der Umbau der Bundeswehr auch bei ihrer zahlenmäßigen Verkleinerung keine Friedensdividende freisetzt, sondern im Gegenteil zusätzliches Geld kosten wird, darin sind sich Scharping, der alte und neue Generalinspekteur, die Weizsäcker-Kommission, CDU und CSU, SPD und FDP einig. Die Grünen reden zwar öffentlich davon, dass auch die Bundeswehr sparen muss, tragen aber Scharpings Kurs regelmäßig mit. Schließlich gibt es Hightech-Waffen nicht umsonst. Die Weizsäcker-Kommission hat dafür den prämierungsverdächtigen Satz "Sparen kostet" geprägt.

Bei Redaktionsschluss (31.7.2000) lagen die vollständigen Haushaltszahlen noch nicht vor. Im September wird sich der Bundestag in erster Lesung mit ihnen beschäftigen, im November folgt die Beratung in den Ausschüssen und im Dezember dann die zweite und dritte, abschließende Beratung im Parlament.

Bekannt und nachlesbar ist aber inzwischen, dass bei der Haushaltsaufstellung 2001 unter dem Punkt "Wesentliche Aufgaben" folgendes festgelegt wurde: "Das Ausgabenvolumen des Verteidigungshaushalts beträgt im Jahr 2001 46,8 Mrd. DM. Damit stehen über die im Finanzplan 1999 bis 2003 vorgesehenen 44,8 Milliarden DM zusätzlich 2 Mrd. DM zur Verfügung, die bisher im Einzelplan 60 für Einsätze in Südosteuropa enthalten waren. Zusätzlich können für Investitionen in die Modernisierung der Bundeswehr Mehreinnahmen aus der Veräußerung überschüssigen Materials sowie aus Grundstücksverkäufen, Vermietung und Verpachtung eingesetzt werden (bis zu 1 Mrd. DM im Jahr 2001 und bis zu 1,2 Mrd. DM im Jahr 2002)." (Bundesministerium der Finanzen, Haushaltsaufstellung 2001, Seite 12, 21.6.2000)

Zur Erläuterung:
Mit dem "Verteidigungs"haushalt 2000 (das ist der sog. Einzelplan 14) wurde die "mittelfristige Finanzplanung" für die Jahre bis 2003 beschlossen.

Mittelfristige Finanzplanung für den "Verteidigungs"etat	**2000: 45,3 Mrd. DM**
	2001: 44,8 Mrd. DM
	2002: 44,5 Mrd. DM
	2003: 43,7 Mrd. DM

Schon im Etat 2000 wurde dann kräftig getrickst. Scharping und seiner Truppe wurden nämlich zusätzlich 2 Mrd. DM für die Balkaneinsätze in Bosnien und im Kosovo genehmigt. Die wurden allerdings nicht im Rüstungshaushalt, sondern unter einem anderen Haushaltstitel (Einzelplan 60, Allgemeine Finanzverwaltung) gebucht. Um die

Sachlage weiter zu schönen, wurden die Kosten für die Interventionseinsätze der Bundeswehr, namentlich den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien, in den Erläuterungen des Scharping-Ministeriums zum Haushalt 2000 als Kosten "für die Beteiligung der Bundeswehr am Stabilitätspakt für Südosteuropa" bezeichnet. Von diesen 2 Mrd. DM gingen rund 700 Millionen direkt in den Kauf von Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen für die Eingreiftruppen.

Nachdem der Bundesrechnungshof diese Tricksereien gerügt hatte, werden für das Jahr 2001 wiederum 2 Milliarden für das Balkan-Abenteuer der Bundeswehr bereitgestellt, diesmal aber im "Verteidigungs"etat. Deshalb wird die Finanzplanung jetzt um diesen Betrag überschritten.

Bereits im Haushalt 2000 hatte Scharping aber verschiedene Hintertürchen (Haushaltsvorbehalte) eingebaut.

Zum Einen sollen Großvorhaben wie das künftige Transportflugzeug oder Spionagesatelliten möglicherweise zusätzlich zum Rüstungshaushalt finanziert werden. Hier soll jeweils "von Fall zu Fall" entschieden werden. Zum Zweiten kann Scharping nicht mehr benötigte Waffen und Ausrüstungsmaterialien verkaufen (und zwar in unbegrenzter Höhe). Die Gewinnen gehen je zur Hälfte in den "Verteidigungs"etat und den allgemeinen Haushalt.

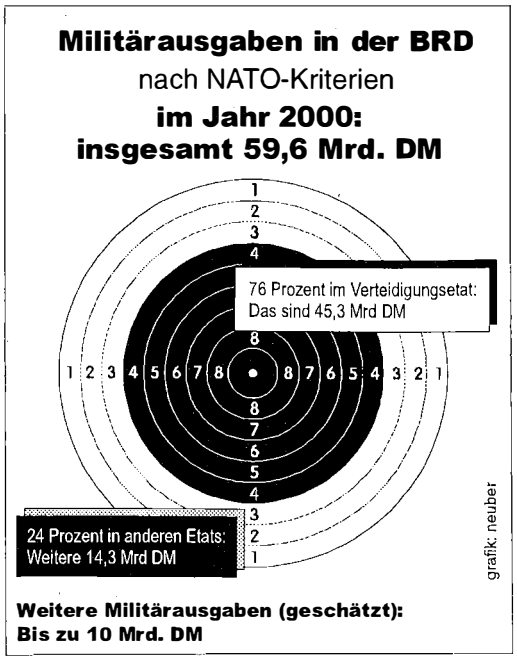
Wenn man Scharpings Haushalt 2000 nicht nach seiner Selbstdarstellung, sondern nach den von der NATO vorgegebenen einheitlichen Kriterien beurteilt, dann zeigt sich ein Gesamtumfang von 59,6 Mrd. DM. Im Vorjahr waren es noch 58,7 Milliarden gewesen.

Die Rüstungsausgaben nach NATO-Kriterien umfassen neben dem eigentlichen "Verteidigungs"etat (EPL 14) auch Mittel aus dem Einzelplan 33 (Versorgungsleistungen wie Militärruhegelder), Stationierungskosten für ausländische Streitkräfte (Einzelplan 35), Ausgaben für den Bundesgrenzschutz (Einzelplan 06 "Inneres"), die Militärhilfe für andere Staaten (EPL 05 "Auswärtiges Amt") und Mittel aus der allgemeinen Finanzverwaltung (EPL 60).

In einer Rede vor Wirtschaftsvertretern erklärte Scharping am 20. Juni dieses Jahres in Berlin: "Mit dem Bundesminister der Finanzen besteht Einvernehmen, dass alle Einsparungen an Betriebskosten und durch neue Beschaffungs- und Finanzierungsmethoden nicht an den Bundeshaushalt abgeführt, sondern vollständig für Investitionen in die Bundeswehr verwendet werden können." Und weiter noch: "Auch die Erlöse aus der neu gegründeten Agentur 'Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb' verbleiben zu 80 Prozent im Verteidigungsetat. Auch hierdurch erschließen wir uns zusätzliches Investitionspotenzial." (Homepage der Bundeswehr www.bundeswehr.de)

Das heißt, Scharping hat im nächsten Jahr 46,8 Mrd. aus dem Verteidigungsetat, plus Geld aus Waffenverkäufen, plus Einnahmen aus Grundstücksverkäufen, plus mögliche Sonderfinanzierungen für Großprojekte zur Verfügung. Rationalisierungsgewinne und outsourcing, Kürzungen bei Zivilpersonal und beim Wehrpflichtanteil der Bundeswehr sorgen dafür, dass das Geld genau dorthin fließt, wo es am brisantesten ist: in Richtung Waffen und Ausrüstung für die Kampftruppen.

CDU-Rüstungsexperte Breuer rechnet damit, dass beim Umbau der Bundeswehr "im Panzerbereich" 35 Prozent und im "Panzergrenadierbereich" 25 Prozent der Kapazitäten reduziert werden könnten. (Die Bundeswehr war im Kalten Krieg vor allem als riesige Panzerarmee aufgerüstet worden. Diese Waffen sind jetzt überflüssig.) Eine massive Versuchung für Scharping also, durch Panzerverkäufe seinen Etat aufzustocken. Selbst Außenminister Fischer hatte die Befürchtung geäußert, Deutschland könnte zum größten Panzerlieferanten der Welt werden. Er plädierte für Verschrottung. Darauf angesprochen, reagierte Scharping mit der Bemerkung: "Dumme Leute" würden altes Gerät "zum Schrotthändler fahren. Aber da sind die Preise nicht so gut." (Stuttg. Zeitung, 15.6.2000)



Im Rüstungshaushalt 2000 wurden die Mittel für "Wehrtechnische Entwicklung und Erprobung" bereits auf ein satellitengestütztes Kommunikationssystem (SATCOM), den neuen Transportpanzer (GTK), den Kampfhubschrauber TIGER, die Kampfdrohne TAIFUN, Lenkflugkörper (EUROFIGHTER-Bewaffnung) und einen eigenen Marschflugkörper ("Cruise Missile") MAW-TAURUS konzentriert. Alles Projekte, die zur Bewaffnung oder Führung der schnellen Eingreiftruppen dienen.

Bei den Ausgaben für Beschaffungen waren 1,3 Mrd. DM für den EUROFIGHTER und 300 Millionen DM für Kampfhubschrauber TIGER vorgesehen. Insgesamt wurden 6,93 Milliarden DM für Waffen und Gerät investiert.

Man kann also schon jetzt feststellen, dass der Haushalt 2001 ein Haushalt der qualitativen Aufrüstung, der verbesserten Kriegsführungsfähigkeit der Bundeswehr sein wird.

Immer wieder nutzen Scharping und seine Getreuen das "Spiel über Bande". Sie treiben auf NATO- und europäischer Ebene Rüstungsprogramme voran, die sie national als Außendruck verkaufen. So machte der neue Generalinspekteur Harald Kujat im 'Spiegel'-Interview deutlich:

"Die Bundesregierung insgesamt ist im vergangenen Jahr ganz bewusst politische Verpflichtungen in der NATO und der EU eingegangen. Die sind in unserem ureigenen deutschen Interesse. Wir müssen sie erfüllen, auch wenn es Geld kostet." (Spiegel, 17.7.2000)

Am Tag, an dem die Presse die Billigung von Scharpings Plänen durch das Bundeskabinett meldete, ging Rüstungs-Staatssekretär Kolbow von Luxemburg aus mit der Mitteilung an die Öffentlichkeit, für die künftige Euro-Eingreiftruppe müsse die Bundeswehr bereit sein, 20.000 von den geplanten 60.000 Soldaten zu stellen. "Die Ankündigung Kolbows, Deutschland müsse etwa ein Drittel der Krisenreaktionskräfte von bis zu 60.000 Mann übernehmen, hat zur Folge, dass insgesamt 150.000 Infanteristen, Fallschirmjäger und Spezialeinheiten der Bundeswehr auf diese Aufgabe vorbereitet werden müssen." Und das wird ebenfalls Geld kosten. "Nach den Worten Kolbows rechnet die Bundesregierung damit, etwa 15 bis 20 Prozent der Gesamtkosten zu übernehmen." Man darf gespannt sein, wo diese Kosten sich im Haushalt wiederfinden werden.

Außenminister Fischer hat sich jedenfalls schon im Frühjahr als Vertreter der Parole "Kanonen statt Butter" positioniert. In einem Interview mit der Financial Times Deutschland erklärte Fischer, ihr Sparkurs werde es der Bundesregierung ermöglichen, Prioritäten neu zu bestimmen. "Dazu gehört, dass Deutschland seiner Verantwortung in der Sicherheits- und Außenpolitik, aber auch in der Entwicklungshilfepolitik, gerecht wird. Wir müssen über alles reden." (Financial Times Deutschland, 23.2.00)

Prima Idee

"Die Sozialdemokratie fordert, dass diejenigen die Lasten des Reiches in erster Linie zu tragen haben, die nach ihrem Vermögen und Einkommen dieselben ohne Not tragen können und die in ihrem Klasseninteresse all die Einrichtungen schufen, die diese alles vernünftige Maß überschreitenden Ausgaben notwendig machen. Kapitalisten und Großgrundbesitzer zur Steuerzahlung an die Front! Das sei die Losung der Wähler.

Es gibt kein wirksameres Mittel, dem internationalen Wettrüsten und den damit ins Riesenhafte steigenden Ausgaben entgegenzuwirken, als dass die besitzenden Klassen zur Deckung dieser Ausgaben durch progressive Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern herangezogen werden."

Papier der SPD-Reichstagsfraktion aus dem Jahr 1911

Quelle: Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1907–1911. Hrsg. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, Berlin, 1911. Hier zitiert nach: Georg Benz, Bernt Engelmann, Detlef Hensche (Hrsg.) / Rüstung – Entrüstung – Abrüstung. SPD 1866–1982. Bornheim, 1982.

Militarisierung des Gesundheitswesens

Wie inzwischen bekannt, hat die Deutsche Krankenhausgesellschaft im April vergangenen Jahres – während des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien – einen Rahmenvertrag mit dem Verteidigungsministerium geschlossen. Die Bundeswehr wollte eigenes Personal an zivilen Kliniken weiterbilden lassen und in Übung halten und bot dafür überschüssiges Material der Reservelazarettgruppen an. Die Abkommen wurden in aller Heimlichkeit verhandelt und unterzeichnet, ohne Betriebs- und Personalräte, ohne die Gemeinderäte und ohne die Öffentlichkeit zu informieren.

Ruchbar wurde die Angelegenheit zuerst am Klinikum in Karlsruhe, einem Haus der medizinischen Maximalversorgung. Dort hatte der Chef des Bundeswehr-Sanitätsdienstes eine alte Freundschaft mit dem Geschäftsführer der Karlsruher Klinik aufgefrischt und war mit diesem über einen Vertrag handelseinig geworden.

Dem erst in diesem Stadium informierten Betriebsrat blieb die Spucke weg, angesichts des Vertragsinhaltes. Abgesehen von der politischen Brisanz war die Kooperation – von der Geschäftsleitung als personelle und materielle Unterstützung des Klinikums durch die Bundeswehr angepriesen – in Wahrheit so angelegt, dass alle Vorteile bei der Bundeswehr lagen. Es ging nicht nur um kostenlose Ausbildung von militärischem Sanitätspersonal, sondern auch um Nachwuchswerbung für die Truppe. Das Klinikum sollte Bewerber, die aufgrund des Stellenschlüssels nicht eingestellt werden konnten, auf den Job bei der Bundeswehr orientieren. Und es ging um die Abordnung von Klinikumspersonal an Bundeswehrkrankenhäuser. Die Bundeswehr wollte sogar Einfluss auf die Arbeitsverträge der Klinikumsbeschäftigten nehmen. Die sollten keine Möglichkeit haben, eine solche Abkommandierung abzulehnen.

Schnell wurde deutlich, was der Hintergrund für die Kooperationsbemühungen ist. Im Zuge des Umbaus der Bundeswehr zur Interventionsarmee muss auch ein leistungsfähiger Sanitätsdienst her, dessen Personal mit Verletzungen wie sie in Kampfeinsätzen entstehen umgehen kann. Aus einem Dienst, der jahrzehntelang Bundeswehrangehörige im Frieden medizinisch betreut hat, soll ein Sanitätsdienst für Kriegseinsätze werden. Dazu bedarf es der Qualifizierung des Personals. Diese Aufgabe sollen große und leistungsfähige zivile Kliniken übernehmen. Karlsruhe spielt dabei offenbar eine Vorreiterrolle. Hier ist ausdrücklich von der Unterstützung der sogenannten Krisenreaktionslazarette die Rede, die die Bundeswehr an ihren eigenen Krankenhäusern in Ulm und in Koblenz aufbaut.

Außerdem soll das zivile Gesundheitswesen die Lücken eines Sanitätsdienstes ausfüllen, der sich auf seine "Kernaufgabe" konzentriert – die Erhöhung der "Durchhaltefähigkeit" der Truppen im Interventionseinsatz. Im Scharpingschen Umbaupapier "Die Bundeswehr – sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf", das Mitte Juni vom Bundeskabinett gebilligt wurde, heißt es dazu: "Die Ausrüstung des Sanitätsdienstes wird für den Einsatz optimiert. Aus dieser Schwerpunktsetzung resultierende Lücken im Inland werden durch Abstützung auf das zivile Gesundheitssystem geschlossen."

Das am 23. Mai der Öffentlichkeit vorgelegte Papier der Weizsäcker-Kommission, macht detaillierte Vorschläge für die Neuausrichtung der Sanitätstruppe.

"Der Umfang dieses neuen Zentralen Sanitätsdienstes richtet sich im Wesentlichen nach den Erfordernissen, die sich aus den Einsatzoptionen der Streitkräfte <u>außerhalb Deutschlands</u> ergeben. Daraus folgt: Die medizinische Versorgung in Deutschland wird nur noch in dem Maße vom Sanitätsdienst selbst erbracht, wie es für die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte erforderlich ist oder unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten begründet werden kann." "Deshalb sollte der Sanitätsdienst, wo immer möglich und sinnvoll, auf vorhandene zivile Kapazitäten zurückgreifen

können. Daraus ergibt sich zwangsläufig auch die Notwendigkeit einer engeren Verzahnung mit dem zivilen Gesundheitswesen."

Die Bundeswehrkliniken sollen künftig nicht mehr in erster Linie für die Versorgung der Soldaten zuständig sein, sondern Militärärzte und Personal für den Kriegseinsatz im Ausland ausbilden und trainieren. "Hierfür sollten die heutigen acht Bundeswehrkrankenhäuser umgegliedert und zu fünf großen, überregionalen unfall- und rettungsmedizinisch ausgerichteten Kliniken der höchsten Versorgungsstufe zusammengeführt werden. Parallel hierzu ist die Zahl der Einsatzlazarette von derzeit zwei auf künftig vier zu erhöhen."

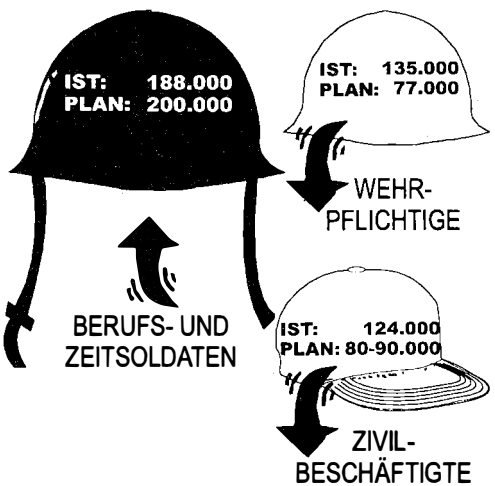
Wenn es gelingt, die zivilen Gesundheitseinrichtungen für die Pläne der Bundeswehr einzuspannen, dann rechnet diese sich aus, das eigene Personal von bislang 26.700 auf 24.000 Dienstposten herunterfahren zu können.

Auch ein Beitrag zu Scharpings Rationalisierungsprogramm und ein weiterer Schritt bei der Militarisierung der Gesellschaft, bei der Mobilmachung der Heimatfront.

Während im kommenden Jahr der Rüstungsetat (Einzelplan 14) um 3,2 Prozent erhöht werden soll, sinkt gleichzeitig der Etat des Gesundheitsministeriums um 4,6 Prozent. Deutlicher könnte die Bundesregierung nicht dokumentieren, wo sie die Prioritäten setzen will.

Professionalisierung und outsourcing

Die Bundeswehr soll sich künftig auf ihre Kernaufgabe (das Kriegführen) konzentrieren. Dazu sind Berufssoldaten besser geeignet als Wehrpflichtige. Servicebereiche werden privatisiert. Scharping verspricht sich davon mehr Geld für Waffen und Ausrüstung.



grafik: neuber

Quellen: Scharping-Papier "Die Bundeswehr sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf." (Im Juni 2000 vom Bundeskabinett gebilligt). "Wehrpflichtige-Ist" und "Zivilpersonal-Ist" nach Bericht der Weizsäcker-Kommission.

Die EU auf dem Weg zur Union für Militärinterventionen

Genau wie ihre Vorgänger, macht sich die Schröder-Fischer-Regierung für die Stärkung der "Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität" stark.

"Europa steht vor der Entscheidung, Weltmacht werden zu wollen. Nur als globaler Mitspieler wird es in der Lage sein, seine gesellschaftlichen Vorstellungen zu erhalten gegenüber dem auf anderen kulturellen Vorstellungen beruhenden Weg Ostasiens wie gegenüber dem weitgehend auf rechenbare Effizienz gerichteten Streben Amerikas. Das europäische Modell heißt Wettbewerb und soziale Verpflichtung. Die Identität Europas, die in dem Begriff 'Mensch und Markt' zusammengefasst werden könnte, ist eben nicht deckungsgleich mit dem Selbstverständnis Amerikas." (Egon Bahr: Deutsche Interessen – Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik, München, 1998)

So schön liest sich das allerdings nur in der sozialdemokratischen Ideologie. Europa muss Weltmacht werden, um seine sozialen Werte gegen dürres amerikanisches Profitstreben zu verteidigen? Und zur Weltmacht gehört nun einmal auch die militärische Komponente? Europäische Militärmacht im Kampf für soziale Gerechtigkeit? Nein. Das Modell einer Militärmacht Europa ist ein Konkurrent für die Weltmacht USA, eine Alternative ist es nicht.

Dabei verbinden die europäischen Führungsmächte durchaus unterschiedliche Interessen mit den Formeln von der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der europäischen Verteidigungsidentität. Während Frankreich autonome europäische Militärstrukturen (separat) anstrebt, tritt London für eine europäische Militär-Komponente innerhalb der NATO ein, die mit US-Rücksprache auch für europäische Zwecke genutzt werden kann (separierbar). Deutschland dagegen versucht seine eigene Position maximal zu stärken, indem man es vermeidet, sich zu früh "zwischen Paris und Washington entscheiden" zu müssen. Noch fehlen Deutschland wesentliche Insignien und Mittel einer nicht nur ökonomischen Großmacht. Sichtbarer Ausdruck sind die bisher erfolglosen Bemühungen um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

Noch wichtiger dürfte in dieser Beziehung die Frage des Zugriffs und der Verfügungsgewalt über Atomwaffen sein. Entgegen der landläufigen Sicht, wonach die Bundesrepublik für alle Zeit auf Produktion und Besitz von Atomwaffen verzichtet habe, weist Matthias Küntzel in einer umfangreichen Studie auf die Lücken dieses Verzichts hin, der zudem niemals freiwillig geleistet wurde: "Der Nuklearverzicht für Gesamtdeutschland ist ebensowenig wasserdicht wie die bisherigen Verzichtserklärungen der BRD." (Matthias Küntzel: Bonn und die Bombe, Frankfurt/New York, 1992)

Deutschland hat diesen Verzicht in der Vergangenheit stets mit Vorbehalt geleistet und sich insbesondere die Option eines Zugriffs auf Atomwaffen im europäischen Rahmen offen gehalten. Zudem wurde der Atomwaffensperrvertrag hierzulande stets als ein Vertrag unter Ungleichen, als Makel und nicht als Gewinn für die deutsche Politik diskutiert. Folgerichtig war die Aufnahme des Atomwaffenverzichts in den Zwei-plus-Vier-Vertrag auf deutscher Seite umstritten. Die Aufnahme des Adjektives "immerwährend" in den Vertragstext musste sogar gestri-

chen werden (Küntzel, S. 281). Trotz des Drängens der DDR-Delegation wurde der Verzicht auf ABC-Waffen bei den Verhandlungen über den DDR-Anschluss nicht in das Grundgesetz aufgenommen. In den letzten Jahren drangen immer wieder Meldungen an die Öffentlichkeit, die deutsche "Zweideutigkeiten" in der Atompolitik deutlich machen.

Deutschland hat von Anfang an, die Militarisierung der Europäischen Union unterstützt und nach Kräften vorangetrieben. Bereits mit dem Vertrag von Maastricht 1992 hatte sich die EU die Möglichkeit geschaffen, das Militärbündnis Westeuropäische Union (WEU) mit Kriseneinsätzen zu beauftragen.

Im Frühjahr 1996 beschlossen die Außenminister der EU bei ihrem Treffen in Berlin, die sogenannte Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) weiter auszubauen und Möglichkeiten für die Nutzung von NATO-Mitteln für WEU-Einsätze zu schaffen.

Auf dem EU-Gipfel am 16./17.6.1997 in Amsterdam wurde dann von der "Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik" gesprochen, "die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, und so die Identität und Unabhängigkeit Europas" stärken soll (Amsterdamer Vertrag, Artikel 1). Diese "Verteidigungs"politik sollte das gesamte Spektrum der sogenannten "Petersberg"-Aufgaben umfassen, also: "humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen." (Vertrag von Amsterdam, Titel V, Artikel J. 7) Die WEU wurde weiter an die EU gekoppelt. "Die Westeuropäische Union (WEU) ist integraler Bestandteil der Entwicklung der Union; sie eröffnet der Union den Zugang zu einer operativen Kapazität".

Während sich bei den Regierungskonferenzen zur Revision des Maastrichter-Vertrags 1996 und 1997 erweiterte militärische Befugnisse der EU, wie sie vor allem von Deutschland und Frankreich gefordert wurden, gegen britischen Widerstand nicht durchsetzen ließen, vollzog die Blair-Regierung im Vorfeld des EU-Sondergipfels von Pörtschach (Österreich) im Oktober 1998 eine Kehrtwende.

Am 4. Dezember 1998 trafen sich die Regierungschefs von Frankreich und Großbritannien in St. Malo. Blair und Chirac machten sich zum Vorreiter der Militarisierung der EU, indem sie forderten, die Europäische Union müsse

Bonn, Berlin und die Bombe

Am 12.7.1994 legte das Verteidigungsministerium die "Konzeptionelle Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr" vor. Darin wird die Neustrukturierung der Bundeswehr in Hauptverteidigungs- und Krisenreaktionskräfte festgeschrieben. Festgelegt ist weiter, dass in der Bundeswehr "schnell einsetzbare und verlegefähige Kräfte vorgehalten werden", u.a. "in der Luftwaffe sechs fliegende Staffeln für Luftangriff, Luftverteidigung, Aufklärung und nukleare Teilhabe". "Im Klartext heißt dies: Es ist Inhalt der aktuellen Bundeswehrplanung, dass im Rahmen der deutschen militärischen Krisenreaktionskräfte u.a. schnell einsetzbare und verlegefähige fliegende Staffeln der Bundesluftwaffe mit Tornado-Flugzeugen vorgehalten werden, die in einem militärischen Konflikt gegebenenfalls als nukleare Trägersysteme Verwendung finden sollen." (Frankfurter Rundschau, 29.1.1996)

1995 schwieg die Bundesregierung zu französischen Atomtests. Stattdessen freute man sich in Bonn über das Angebot von Jacques Chirac, "dass die französische Atomwaffe bald der europäischen Verteidigung dienen wird." (Die Woche, 1.9.95). Im gleichen Jahr reiste der CDU-Abgeordnete Friedbert Pflüger ("abrüstungspolitischer" Sprecher seiner Fraktion) durch Frankreich und besichtigte militärische Atomanlagen. Er bekam den Eindruck, dass die Franzosen zwar von der Europäisierung ihrer Atomwaffen reden, "gedacht wird aber vorrangig an die Deutschen." (Die Woche, 1.9.95)

Ebenfalls 1995 verhinderte die deutsche Delegation auf der Atomwaffensperrvertragskonferenz einen Beschluss, der die Benutzung von hochangereichertem, waffentauglichem Uran (HEU) in Forschungsreaktoren unterbinden sollte. 1996 begann der Bau von Garching II, einem Atomreaktor, der trotz internationaler Proteste mit waffentauglichem Uran betrieben werden soll.

Am 6. Mai 1996 ließen die beiden CDU-Abgeordneten Pflüger und Lamers eine Erklärung verbreiten, in der es heißt: "Als hochindustrieller Staat, der jederzeit technisch in der Lage ist, diese Waffensysteme zu entwickeln, nimmt sie eine wichtige Mittlerrolle zwischen den Atomwaffen- und Nicht-Kernwaffenstaaten ein." (Junge Welt, 29.5.96) Matthias Küntzel bemerkt dazu: "Die Aussage, dass die BRD jederzeit Atomwaffen entwickeln kann, ist für sich genommen keine Neuigkeit. Als öffentliche Stellungnahme des außenpolitischen und abrüstungspolitischen Sprechers der CDU-Bundestagsfraktion wirft sie jedoch erstens die Frage nach den strategischen Motiven einer Atomenergiepolitik auf, die auf die Verwendung atombombenfähiger Stoffe (Stichwort: Garching) insistiert. Sie ist zweitens im Hinblick auf ihre außenpolitische Funktion zu untersuchen. Und sie berührt drittens die Frage, auf welchen innenpolitischen Boden ein derartiges Bekenntnis derzeit fällt." (Junge Welt, 29.5.96)

Am 7. April 1997 berichtet der Spiegel über die Behinderung von Kontrollen der Internationalen Atomenergie-Organisation. "Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) wirft der EU-Kommission und der europäischen Atombehörde Euratom vor, die Kontrollen der IAEO gegen die Weiterverbreitung von kernwaffenfähigem Material zu behindern. Probleme gebe es vor allem in Deutschland. Der stellvertretende IAEO-Generaldirektor Bruno Pellaud berichtet in einem geheimen Memorandum für die Leitung der UNO-Kontrollbehörde in Wien, dass die zuständigen EU-Beamten mit Unterstützung der Regierungen der betroffenen Länder den UNO-Kontrolleuren seit langem den Zugang zu den wichtigen Anlagen der europäischen Atomwirtschaft verweigern ... Auf hartnäckigen Widerstand träfen die IAEO-Prüfer vor allem in Deutschland."

Im Mai 2000 taucht die "Nukleare Teilhabe" der Bundeswehr wieder auf – und zwar im Papier des seinerzeitigen Generalinspekteurs von Kirchbach. Im Kapitel 3 "Die neuen Streitkräfte – ein Modell" wird den Einsatzkräften der Luftwaffe folgendes "Fähigkeitsprofil" zugeschrieben: "Projektion von Luftmacht, Lufttransport sowie bewaffneter Such- und Rettungsdienst (CSAR), Nukleare Teilhabe, die Fähigkeit zur Sicherstellung der nationalen Lufthoheit und Aufgaben im Rahmen der integrierten Luftverteidigung werden überwiegend durch Einsatzkräfte erfüllt." (Kirchbach-Papier, S. 35) Und das Profil für die sogenannten "Reaktionskräfte" sieht dort so aus: "Zwei Einsatzkontingente zur verbundenen Luftkriegführung in ausgewogener Zusammensetzung von Luftangriffskräften (zugleich nukleare Teilhabe), SEAD-Kräften, Luftaufklärungskräften ..." Und auch im Kapitel 4 "Aufgabenwahrnehmung im Wandel" kommt Kirchbach nochmals auf das Thema zurück. "Das Aufgabenspektrum der Luftwaffe umfasst Aufgaben in den Bereichen Führung, Aufklärung, Luftverteidigung, Luftangriff und Einsatzunterstützung (einschließlich Lufttransport). Im Rahmen der für die Wahrnehmung dieser Aufgaben verfügbaren Kräfte, Mittel und Strukturen nimmt die Luftwaffe ständige Aufgaben (z.B. Luftraumüberwachung, Air Policing, Sicherstellung der Nuklearen Teilhabe, etc.) wahr." (S. 47)

"über eine autonome Handlungsfähigkeit verfügen, die sich auf glaubwürdige militärische Kräfte stützt, mit der Möglichkeit, sie einzusetzen, und mit der Bereitschaft, dies zu tun, um auf internationale Krisen zu reagieren." (Frankreich-Info, Französische Botschaft in Bonn, Nr. 93, 8.12.98). Frankreich und Großbritannien forderten für die EU Aufklärungssatelliten und Mittel zur Strategieplanung. "Europa braucht verstärkte bewaffnete Kräfte, die in der Lage sind, schnell auf neue Gefahren zu reagieren, und die sich auf eine starke und wettbewerbsfähige industrielle und technologische Grundlage stützen." Die beiden Regierungschefs verlangten, dass "Europa sich in den internationalen Angelegenheiten Gehör verschaffen" muss und dann vereinbarten die beiden klassischen Kolonialmächte eine "Stärkung der Zusammenarbeit in Afrika" und drohten dem geschundenen Kontinent an, "dort weiterhin voll und ganz engagiert zu bleiben."

Das erste Halbjahr 1999 stand im Zeichen einer deutschen Doppelpräsidentschaft in der EU und WEU. Auf der alljährlichen Konferenz für Sicherheitspolitik im Februar 1999 in München beschwor Joschka Fischer noch das Bündnis mit den USA. Gleichzeitig aber erklärte er: "Die EU muss die Fähigkeit auch für ein eigenes Krisenmanagement entwickeln, wann immer aus europäischer Sicht ein Handlungsbedarf besteht. Das muss letztlich auch eine militärische Komponente beinhalten ... Wir werden uns in unserer Doppelpräsidentschaft in EU und WEU mit Nachdruck darum bemühen, die Diskussion in der Substanz voranzutreiben. Ein wichtiger Punkt ist die Herstellung europäischer Handlungsfähigkeit unter dem Dach der EU. Ich habe bereits vorgeschlagen, dem zukünftigen Hohen Vertreter für die GASP auch die Funktion des WEU-Generalsekretärs zu übertragen." (Pressereferat des Auswärtigen Amts, Bonn, 6.2.99)

Unter der deutschen Präsidentschaft tagte im Januar 1999 die Western European Armaments Groups (WEAG). Die 13 Mitgliedsstaaten (außer den 10 WEU-Vollmitgliedern noch die Türkei, Norwegen und Dänemark) diskutierten über die Entwicklung einer europäischen Rüstungsagentur und die Neuordnung der europäischen Rüstungsindustrie.

Am 10. und 11. Mai trafen sich die Regierungschefs und Außenminister in Bremen zur WEU-Ministerratstagung. Eine Bilanz ergab, dass die WEU umfangreichere Militäreinsätze nur unter Rückgriff auf NATO-Kapazitäten durchhalten kann. Defizite werden vor allem bei Aufklärungssatelliten, beim Transport von Truppen und Waffen sowie bei Kommunikation und Führung gesehen.

Am 3. und 4. Juni 1999 verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs in Köln, die Rüstungsanstrengungen auf diesen drei Gebieten zu verstärken. Sie bekräftigten die Absicht der EU, zu eigenständigen Militäreinsätzen. Die Zusammenarbeit der europäischen Rüstungsindustrien sollte gefördert und die WEU bis Ende des Jahres 2000 in die Europäische Union eingegliedert werden. Die EU wäre damit ein Militärbündnis. Der amtierende NATO-Generalsekretär Solana, der sich als Scharfmacher im Krieg gegen Jugoslawien bewährt hatte, wurde als Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, kurz Mr. GASP, benannt. Am Rand des Gipfels vereinbarten die am Eurokorps beteiligten Nationen, die Truppe in eine europäische Krisenreaktionstruppe umzuwandeln. Das Eurokorps wurde bereits am 5.11.1993 offiziell in Dienst gestellt und ist seit Ende 1995 einsatzbereit. Es umfasst 55.000 Soldaten aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und Spanien. Kohl und Mitterand, die bei ihrem Treffen in La Rochelle die Initiative zur Aufstellung dieser Einheit ergriffen, sahen das Korps schon seinerzeit als "Kern einer europäischen Verteidigungsidentität".

Im Vorfeld des Kölner Gipfels griffen Frankreich und Großbritannien einen Vorschlag der ehemaligen EU-Kommissarin Emma Bonino auf, "ähnlich wie bei der Währungsunion auch bei der Verteidigungspolitik klare Zielvorgaben zu formulieren und Konvergenzkriterien zu entwickeln." (Matthias Dembinski: Amerika und Europa oder vielmehr Amerika oder Europa, in ami 11/99)

Die Gegensätze zwischen den USA und den Europäern wurden indes immer offener ausgetragen. Am 7. Oktober 1999 hielt der stellvertretende US-Außenminister Strobe Talbott bei einer Konferenz über die Zukunft der NATO in London eine Rede, in der er die Europäer abmahnte. "Die Vereinigten Staaten sind für die ESVI (Europäische Sicherheits- und Verteidigungsinitiative, A.N.)." Aber: "Wir möchten keine ESVI, die erst innerhalb der NATO entsteht, dann aber der NATO entwächst und sich schließlich der NATO entfremdet, denn das würde zu einer ESVI führen, die anfänglich ein Duplikat der NATO wäre, aber mit der Zeit mit der NATO konkurrieren könnte." (Rede am Royal Institute of International Affairs in London: Americas Stake in a Strong Europe, Homepage der US-Botschaft).

Die USA treten zwar in Worten für eine stärkere europäische Verantwortung ein, verstehen darunter aber vor allem die Übernahme von höheren Lasten durch die Europäer. Gleichzeitig versuchen sie ihre militärische Dominanz zu festigen. Indem sie sich der Doppelung von Kommandostrukturen widersetzen, arbeiten sie gleichzeitig am Erhalt der US-dominierten NATO-Strukturen. Außerdem widersetzen sie sich der Bildung eines "european caucus", eines europäischen Gremiums, in dem die Euro-Fraktion in der NATO ihre Interessen abstimmt, bevor sie im NATO-Rat mit den USA verhandelt.

Der EU-Gipfel von Helsinki (10. und 11.12.99) traf konkrete Festlegungen über eine EU-Interventionstruppe. "Bis zum Jahr 2003 sollen rund 50.000 bis 60.000 Soldaten, ausgerüstet mit hoch modernem Material, innerhalb von sechzig Tagen mobilisiert werden können, um bei Konflikten selbst in peripheren Gebieten auf diesem Globus rasch nach dem Rechten sehen zu können." (Handelsblatt 10./11.12.99) Die Truppe soll dort ein Jahr durchhalten können, unabhängig von den USA und der NATO. "Der Führungsanspruch der USA und die NATO werden aber nicht in Frage gestellt", meldet süffisant die Zeitschrift 'Soldat und Technik' (Nr. 2/2000).

Bei dieser Euro-Eingreiftruppe geht es nicht um ein stehendes Heer, sondern um Einheiten aus den EU-Staaten, die kurzfristig mobilisiert und verlegt werden können.

Was das konkret bedeutet, erläutert Lothar Rühl in der FAZ vom 28.12.99: "50.000 bis 60.000 Soldaten zur Krisenbeherrschung im Einsatz erfordern eine ebenso große Reserve in Bereitstellung zur Ablösung nach vier bis sechs Monaten, also wenigstens 120.000 Mann als Verfügungstruppe, dazu die geeigneten Transportmittel und eine bewegliche Logistik zur nachhaltigen Unterstützung aus der Luft und über See. Dazu müssen die EU-Partner für ihr geplantes Krisenreaktionskorps gemeinsame Mate-

rialdepots und eine zentrale Logistiksteuerung, gemeinsame Haushaltsmittel und Transportkapazitäten mit technischer Arbeitsteilung aufbauen ... Die jüngsten EU-Verabredungen über strategische Aufklärung und strategischen Lufttransport (an dem es gleichfalls mangelt) benötigen für ihre Verwirklichung Finanzmittel in zweistelliger Euro-Milliarden-Höhe, wenn neue, moderne Systeme beschafft ... werden sollen. Moderne Informations- und Kommunikationstechnik müsste gemeinsam beschafft werden. Dasselbe gilt für moderne zielsuchende Munition und Abstandswaffen, an denen es im Kosovo-Krieg den europäischen Kampffliegern am meisten fehlte, von Marschflugkörpern nicht zu reden."

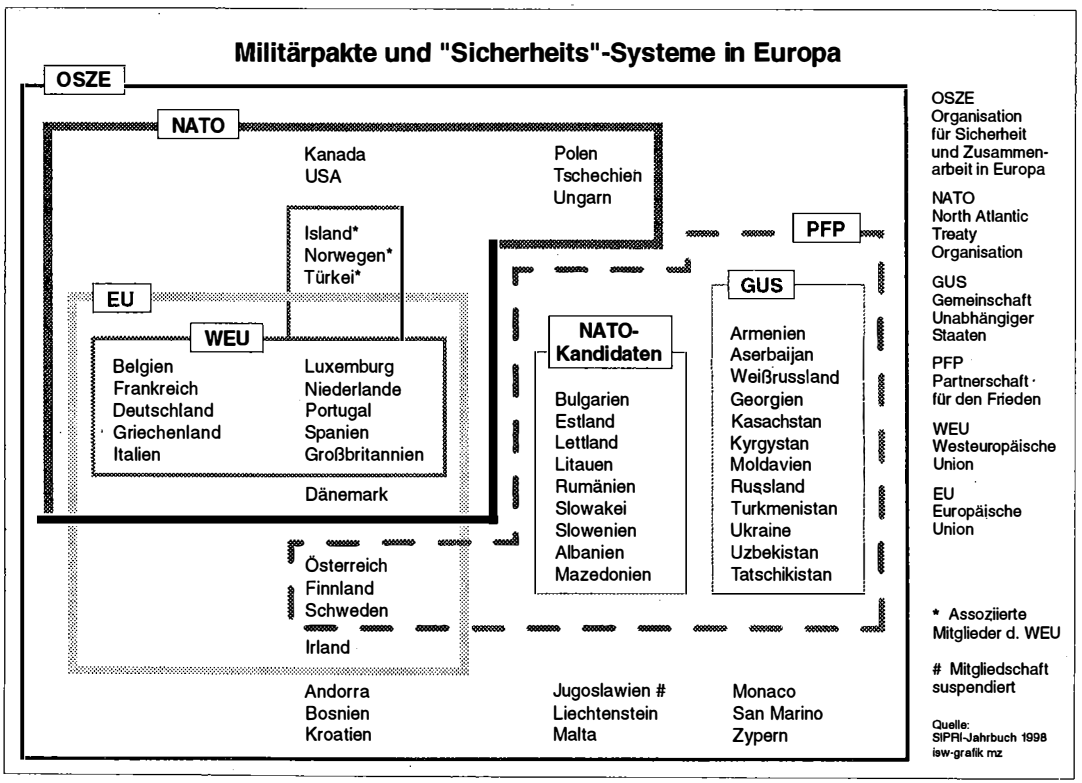
Um die Militärunion weiter voranzutreiben, wurden drei Gremien geschaffen: Ein "ständiger Ausschuss für politische und Sicherheitsfragen" (APS) in Brüssel, der "im Falle einer militärischen Krisenbewältigungsoperation" die "politische Kontrolle und strategische Leitung der Operation wahrnehmen" wird, ein "Militärausschuss" (MA), zusammengesetzt aus den Stabschefs der Mitgliedsstaaten, und ein "Militärstab" (MS), bestehend aus hohen Militärs, die den EU-Instanzen in Brüssel ständig "militärisches Fachwissen und militärische Unterstützung bereitstellen" und sich mit "der Frühwarnung, der Lagebeurteilung und der strategischen Planung" befassen. (Georg Polikeit: "Groß-Europa" wird weiter ausgebaut, Unsere Zeit, 24.12.99)

In Helsinki wurde außerdem eine vorläufige Kompromissformel für das Verhältnis von EU und NATO gefunden. Im Abschlussdokument heißt es: "Der Europäische Rat unterstreicht seine Entschlossenheit, die Union in die Lage zu versetzen, autonom Beschlüsse zu fassen und in den Fällen, in denen die NATO als Ganzes nicht einbezogen ist, als Reaktion auf internationale Krisen EU-geführte militärische Operationen einzuleiten und durchzuführen." (FR-Dokumentation, 24.7.2000)

Vom 17. bis 23. Februar 2000 fand faktisch die erste Übung einer europäischen Militärintervention unter Nutzung von NATO-Mitteln statt. Sie trug die Bezeichnung "CMX/CRISEX 2000 (Crisis Management Exercise)". Und im April übernahm das Eurokorps die Führung über die 45.000 KFOR-Soldaten im Kosovo.

US-Verteidigungsminister Cohen zeigte den Europäern im Frühjahr in einem Zeitungsinterview noch einmal deutlich die amerikanische Toleranzgrenze auf. "Nur eine der NATO klar untergeordnete europäische Komponente findet die Zustimmung der USA" warnte er. Eine "total separate", unabhängige, autonome europäische Militärorganisation würde das transatlantische Band sprengen. (zitiert nach Soldat und Technik 3/2000).

Am 19. und 20. Juni 2000 tagte der Europäische Rat in der portugiesischen Stadt Feira. Unter der portugiesischen Präsidentschaft wurde das Problem der Beteiligung sogenannter Drittländer an EU-Militäraktionen bearbeitet.



Darunter werden die europäischen Staaten verstanden, die Mitglied der NATO, nicht aber der EU sind. "Die Europäische Union wird Drittländer ermutigen, zusätzliche Beiträge zu leisten. Damit diese Länder zur Verbesserung der europäischen militärischen Fähigkeiten beitragen können, wird der nächste Vorsitz (seit dem 1.7.2000 Frankreich, A.N.) geeignete Maßnahmen hinsichtlich der Beitragskonferenz treffen. Bei diesen Maßnahmen wird den Fähigkeiten der sechs europäischen NATO-Mitglieder, die nicht der EU angehören, Rechnung getragen. Die bereits erfolgten Beitragsangebote der Türkei, Polens, der Tschechischen Republik und Norwegens werden begrüßt." (Bericht des Vorsitzes über die Stärkung der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik).

Der EU geht es dabei darum, ihre "Beschlussfassungsautonomie" zu wahren. Die USA versuchen u.a. über diese Länder Einfluss auf die Militärpolitik in Europa zu nehmen und eine ernstzunehmende Konkurrenz zu torpedieren. So versuchte der treue Knappe der USA, die Türkei, zwei Tage nach dem Gipfel von Helsinki von den EU-Ländern die Zusicherung zu erhalten, dass die Türkei als NATO-Land volle Mitbestimmung bei militärischen Entscheidungen der EU erhalten sollte. Und die Türkei erhielt dabei Rückendeckung der NATO-Führungsmacht.

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Frühjahr 2000 trat US-Verteidigungsminister Cohen noch schärfer als gewohnt auf. Nach einer Abstrafung der Europäer wegen angeblich ungenügendem Engagements im Krieg gegen Jugoslawien stellte er Bedingungen im Hinblick auf europäische Militärambitionen. "Ich würde gerne kurz auf die ESVI eingehen, denn dafür (im Gegensatz zu Kriegen unter US-Kommando, A.N.) engagieren sich die Europäer stark, und offen gesagt, stehen auch wir in den Vereinigten Staaten dem positiv gegenüber und wollen die ESVI unterstützen, wenn sie genau das tut, was Generalsekretär Robertson vorhin sagte – nämlich drei Dinge beachten: Unteilbarkeit – es darf keine Trennung der Verbindung zwischen NATO und ESVI geben. Verbesserungen – Fähigkeiten, die wir heute nicht haben, müssen aufgebaut werden (das heißt: erst mehr Lasten in der NATO übernehmen, dann könnt ihr euch um die EU-Militarisierung kümmern, A.N.). Einbindung – alle NATO-Länder, die nicht Teil der EU sind, müssen Zugang zum Planungs- und Vorbereitungsteil haben, sonst wird es Widerstände gegen die umfassende Zusammenarbeit zwischen NATO und ESVI geben. Dies sind die entscheidenden Bestandteile, und wenn sie beachtet werden, wird es keine Probleme geben." (Europäische Sicherheit Nr. 3/2000) Der Gipfel von Feira legte daher auch Vorschläge für die Abstimmung mit der NATO vor, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Dabei geht es natürlich nicht zuletzt um verlässliche Regelungen, die der EU den Zugriff "auf Mittel und Fähigkeiten der NATO" garantieren.

Das Drittländer-Problem beschäftigte auch die Außen- und Kriegsminister der WEU-Staaten. Bei ihrem Treffen in Porto beschlossen sie, die WEU nicht vollständig aufzulösen. Sie wird zwar, wie angekündigt, bis zum Jahresende in die EU integriert, aber nur hinsichtlich ihrer Fähigkeiten und Kompetenzen zur Militärintervention. Die Beistandspflicht im Falle eines Angriffs (Artikel 5) wird nicht auf die Europäische Union übertragen. Ein Zugeständnis an die EU-Länder, die weder der WEU als Vollmitglied, noch der NATO angehören.

Die EU übernahm von der WEU gleichzeitig die Kontrollmission in Albanien und die Minenräumaktion in Kroatien.

Auf eine zusätzliche Dimension der "Drittländer"-Frage verweist Georg Polikeit in einer Analyse des Gipfels von Feira (Die EU auf dem Marsch zum Superstaat und zur globalen Militärmacht, Unsere Zeit, 14.7.2000). Auch bei den Verhandlungen mit den derzeitigen EU-Beitrittskandidaten spielt die Frage ihres militärischen Beitrags eine Rolle. Die Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Litauen, Lettland und Estland sollen in europäische Militärstrukturen eingebunden werden. "Im Ergebnis dieser Drittländer-Einbeziehung könnten also alle ost- und südosteuropäischen Staaten bis unmittelbar an die Grenzen Russlands und der anderen Nachfolgestaaten der UdSSR, im Süden der Ex-UdSSR in Richtung Kaukasus, in die Militärstruktur der EU eingebunden und damit zugleich zum militärischen Operations- und Aufmarschgebiet für den EU-Generalstab werden. Dabei wird deutlich, dass es bei der EU-'Osterweiterung' keineswegs nur um die 'ökonomische Integration' dieser Länder in den 'gemeinsamen europäischen Markt' geht. Ziel ist die Ausweitung des politischen und militärischen Machtbereichs der imperialistischen EU-Konstruktion weit über ihre bisherigen Grenzen hinaus nach Osten – und dort liegt dann wahrscheinlich auch der Hauptschwerpunkt künftiger militärischer 'Einsatzszenarien." (Polikeit, UZ, 14.7.00)

Für Juni 2001 ist eine gemeinsame Planübung von WEU und NATO in den Niederlanden vorgesehen. Sie soll die Zusammenarbeit verbessern und Verfahren testen, wie die Europäer mittels des CJTF-Konzeptes aus NATO-Mitteln ein operatives Hauptquartier aufbauen und betreiben können.

Angesichts der bisherigen Entwicklung bei der Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Militärpolitik zog die Europaabgeordnete der Grünen Elisabeth Schroedter Ende vergangenen Jahres folgende Bilanz: "Die EU ... wird durch die Verbindung von wirtschaftlicher Stärke und militärischer Macht zur weltweiten Bedrohung." (Die Militarisierung der EU, in: ami 11/99)

Europäisierung der Rüstungsindustrie

Am 12. Mai dieses Jahres fand sich auf der Titelseite der sonst eher nüchternen Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein dreispaltiger, eingerahmter Artikel unter der Überschrift "Fast ein Verrat". Der Rahmen schmückte auch die Fortsetzung auf Seite 2, die diesmal gleich sechs Spalten und fast die halbe Seite einnahm. Was war so entscheidendes passiert, wer hatte wen oder was verraten? Die spanische Staatsfirma Santa Bárbara, ein Panzerhersteller, wurde nicht an die deutschen Panzermonopolisten Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall verkauft, sondern an deren amerikanische Konkurrenz General Dynamics. Die Spanier bauen den deutschen Kampfpanzer Leopard in Lizenz, die Amerikaner das Konkurrenzgerät Abrams. Nun wird befürchtet, die Amerikaner könnten sich in den Besitz deutschen Know-hows bringen und in den europäischen Kampfpanzermarkt einbrechen. Und der Bau von Kampfpanzern ist nicht irgendein Rüstungsbereich, sondern eines der Felder, das in Vereinbarungen zwischen deutscher Regierung und deutscher Rüstungs-

industrie als strategisch definiert wurde. Das heißt, dass Staat und Industrie alles tun werden, um diesen Rüstungssektor unter deutscher Hegemonie zu halten.

Entsprechend groß viel der Einsatz aus. "Bundeskanzler Schröder schrieb einen Brief an den spanischen Ministerpräsidenten Aznar und sprach auch telefonisch mit ihm, doch ohne Erfolg." (FAZ vom 12.5.00, die weiteren Zitate stammen aus derselben Quelle)

> "Die Felder der wehrtechnischen Schlüsseltechnologien und industriellen Mindestkapazitäten sind gemeinsam zwischen Bundeswehr und Industrie definiert ... (u.a. Panzerbau, Drohnen, Militärflugzeuge, Flugkörper, Marineschiffbau, Informationstechnik)
>
> (Soldat und Technik, Nr. 10/99)

Für die FAZ ist der Verkauf "ein Verrat, wenn schon nicht an Europa, so doch zumindest an der vereinbarten europäischen Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie." Und für diesen Verrat wird der spanische Ministerpräsident und auch gleich noch sein Wirtschaftsminister in Haftung genommen. "Aznar und Rato sind demnach für das verantwortlich, was europäische Diplomaten in Madrid 'eine antieuropäische Aktion' nennen." Ein Krauss-Maffei-Sprecher befürchtet: "General Dynamics hat doch Santa Bárbara nur gekauft, um sich in Europa einrichten zu können." Der Präsident des Förderkreises Deutsches Heer, ein General, ist besorgt. "Europäische Rüstungskreise" werden zitiert, die "das Ziel Washingtons" darin sehen, "langfristig die europäische Panzerindustrie zu zerstören". Und die Spanier werden verdächtigt, ihr Land könnte sich nicht mehr "an ein stark deutsch-französisch bestimmtes Europa gebunden" fühlen. "Eine solche Hypothese ließe sich mit einer auffallenden, manchmal sogar aggressiven Kritik in spanischen Regierungskreisen an Deutschland belegen." Alles in allem beinahe eine Kriegserklärung. Man sieht, der Einsatz ist hoch. Geht es doch schlicht um die Neuordnung der europäischen Rüstungsindustrie und um den Weltrüstungsmarkt.

"»Partner« dreschen aufeinander ein" überschrieb die Frankfurter Rundschau am 7. Dezember 1998 ihren Bericht über eine Aufsichtsratssitzung des europäischen Airbus-Konsortiums. Was war passiert? Die Airbus-Partner Daimler-Chrysler-Aerospace (DASA) und die französische Aerospatiale konnten sich nicht über Grundsätze zur Umwandlung des Flugzeugherstellers in eine Aktiengesellschaft einigen. Ein DASA-Sprecher behauptete anschließend, die Franzosen wollten in der künftigen AG einen Stimmen- und Kapitalanteil von 50 Prozent. Ein Sprecher der französischen Seite bestritt, dass dieses Thema überhaupt diskutiert wurde, vielmehr hätte man die DASA aufgefordert, zu Gerüchten Stellung zu nehmen, DASA und British Aerospace wollten miteinander fusionieren. Die Aufregung bei den sonst so coolen Herren der erfolgsverwöhnten Branche kam nicht von ungefähr.

Es ging nicht nur um Airbus. Es ging um viel mehr. Nämlich um die Neuordnung der europäischen Industrien im Bereich Luft- und Raumfahrt plus Rüstungselektronik. Und darüber hinaus um die Neuverteilung der Machtverhältnisse im europäischen Rüstungssektor.

Eine neuzubildende Airbus-Aktiengesellschaft sollte der Kern eines europäischen Luftfahrt- und Rüstungskonzerns werden, der die entsprechenden Kapazitäten Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Spaniens, Italiens und Schwedens in sich aufsaugt und künftig den US-Konzernen den Weltmarkt streitig macht.

Im Dezember 1997 beauftragten die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands ihre nationalen Industrien, sich zu einem europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern zusammenzuschließen. Im März 1998 verfassten die vier Airbus-Partner DASA, Aerospatiale (Frankreich), Casa (Spanien) und die British Aerospace einen gemeinsamen Bericht an ihre Regierungen, wonach sie von Anfang an nicht nur den militärischen Flugzeugbau, sondern alle Sparten ihres Geschäftes – Verkehrs- und Militärflugzeuge, Zivil- und Militärhubschrauber, Lenkwaffen und Raumfahrtausrüstung – zu einem Euro-Konzern, einer European Aerospace and Defence Company (EADC) zusammenfassen wollten (inzwischen wurde daraus die EADS, European Aeronautic Defence and Space Company).

Damit begann der Kampf um die Kommandohöhen des neuen Eurorüstungskonzerns. Die drei Hauptakteure und Konkurrenten waren und sind Frankreich, Großbritannien und Deutschland. Die British Aerospace startete als das umsatzstärkste der drei Unternehmen in das Rennen. Die Briten verfügen außerdem über traditionelle Sonderbeziehungen zu den USA, verkaufen einen Großteil ihrer Rüstungsgüter auf dem dortigen Markt und nicht in Europa. Frankreichs Industrie konnte als Staatsbetrieb jahrelang aus dem Vollen schöpfen. Die DASA hat den mächtigen Daimler-Chrysler-Konzern und die Deutsche Bank (nach dem Kauf von Bankers Trust die größte Bank der Welt mit einer Bilanzsumme von 1,5 Billionen Mark) im Rücken und ist der finanzstärkste der Drei.

Eine erste Runde wurde beim Treffen der Verteidigungsminister im Juli 1998 ausgefochten. Es ging um die Organisationsform des künftigen Konzerns und damit um die Machtverteilung. Nach Aussagen des französischen Verteidigungsministers Richard waren der eigentliche Streitpunkt die Deutschen. Die FAZ zitiert ihn in ihrer Ausgabe vom 9.7.98 mit den Worten: "In diesen Verhandlungen zu dritt ist es nicht selbstverständlich, den Deutschen die Führung einer Industriesparte zu geben. Andererseits ist es aus der Sicht der Deutschen aber auch nicht selbstverständlich zu akzeptieren, dass alle Sparten von Franzosen oder Briten geleitet werden."

Was unter dem harmlosen Titel "Europäisierung der Luft- und Raumfahrtindustrie" läuft, ist ein knallhartes Hauen und Stechen, bei dem sich die Rüstungsindustrien der großen Drei (D, F, GB) die in Europa vorhandenen Rüstungskapazitäten unterordnen. "Europa" ist keine Alternative zur nationalen Politik der Konversionsverweigerung, der forcierten Aufrüstung von weltweit interventionsfähigen Truppen, von verstärkten Bemühungen um Rüstungsexport, von der Militarisierung der Außenpolitik, sondern ihre Potenzierung. Europa bildet den Rahmen für den Kampf der Rüstungsmultis um einen größeren Markt, mehr Absatz und Gewinn, mehr Macht und Einfluss.

Die Rüstungsindustrien sind in höchstem Maße politische Industrien. Politisch bewusst ins Leben gerufen, im politischen Interesse am Leben erhalten, je nach Bedarf aus- oder abgebaut. Eng mit der militärischen und politischen

Führung verflochten, an den Staat als Auftraggeber gebunden. Schon im Frieden sind Größe, Struktur und Bewaffnung der Armee ein Mittel der Interessenpolitik. Gleiches gilt für die Rüstungsindustrie.

Weil es nicht um "Europäisierung" geht, sondern um die Unterwerfung Europas unter die jeweiligen Rüstungsinteressen, kommt in jedem Land vor der Europäisierung ein anderer Prozess: der der sogenannten "nationalen Konsolidierung". Die besten Chancen auf eine europäische Vormachtstellung hat der mächtigste, finanzstärkste Konzern mit den besten ökonomischen und politischen Verbindungen.

Es werden also nationale Superrüstungskonzerne gebildet, die den Kampf um europäische Hegemonie aufnehmen. In Deutschland ist praktisch die gesamte Luft- und Raumfahrtindustrie, dazu die Lenkwaffenproduktion und Elektronik unter dem Dach der DaimlerChrysler-Aerospace (DASA) konzentriert.

In Frankreich und in Großbritannien werden v.a. von Mitte 1998 bis Mitte des Folgejahres die entsprechenden Industrien um Aerospatiale bzw. British Aerospace herum konzentriert. Ähnliche Prozesse laufen im Panzerbau und in der Marineindustrie ab. Salopp gesagt: jeder Teilstreitkraft ihren Alleinausstatter.

Bei der Bildung dieser Superrüstungskonzerne in Deutschland muss man bedenken, dass es sich ursprünglich um Firmen handelte, die miteinander in Fehde, in Konkurrenz lagen. Um diese Konkurrenz zu überwinden, greift der Staat ein, durch gezielte Auftragsvergabe, durch politische Vorgaben, Subventionen, kartellrechtliche Auflagen oder Sondergenehmigungen. Er zwingt die widerstrebenden Interessen notfalls unter ein Dach, das er auch noch selber bestimmt.

> "Deutsche Mitsprache bei der Gestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der EU und der Sicherheitspolitik des Bündnisses wie deutsche Mitsprache im Rahmen der europäischen und transatlantischen Rüstungszusammenarbeit setzen voraus, dass Deutschland auch Rüstungsfähigkeiten einbringen kann. Wer nur die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen wehrtechnischen Industrie im Auge hat, übersieht diese politisch-strategische Funktion."
>
> (Ludolf von Wartenberg, Bundesverband der Deutschen Industrie, BDI, In: Soldat und Technik 6/2000)

Die Rüstungsdinos, die so geschaffen werden, machen den letzten Rest von Konkurrenz hinfällig. Wenn es national nur einen Hersteller eines Großwaffensystems gibt, dann gibt es auch keinen nationalen Wettbewerb. Gegen den internationalen Markt aber wird die eigene Industrie mit dem Hinweis auf nationale Interessen abgeschirmt. Auch bei europäischen Kooperationsprojekten haben in der Regel politisch-strategische Interessen (Auslastung der "eigenen" Industrie) den Vorrang vor rein ökonomischen und Kostengesichtspunkten. Der Staat begibt sich damit aber freiwillig in Gefangenschaft, unterwirft sich dem Preisdiktat der Rüstungsmonopole. Begründet wird das mit der Hinweis, nationale Rüstungskapazitäten und die Fähigkeit zur Systemführerschaft in strategischen Bereichen müssten auch und gerade unter den Bedingungen der Europäisierung aufrechterhalten werden. Wer deutschen Generalen und deutschen Rüstungskapitänen zuhört, muss zu dem Schluss kommen, dass es nicht um die Europäisierung der deutschen Rüstungsindustrie, sondern um die "Germanisierung" der europäischen geht.

Die Konzernherren wollen sich in jedem Fall ihre nationale Basis erhalten und die politische Führung sieht die nationale Rüstungsbasis als zweites Standbein (neben der Armee) für die Realisierung außenpolitischer Ambitionen. "Bei der Sicherung der wirtschaftlichen, technologischen und sicherheitspolitischen Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland ist die Luft- und Raumfahrtindustrie ein strategischer Partner des Staates", heißt es in den Thesen des Bundesverbandes der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, die die Zeitschrift 'Europäische Sicherheit' in ihrer Ausgabe vom Mai 2000 veröffentlicht.

"Europäische Integration bedeutet jedoch gerade in der Luft- und Raumfahrtindustrie nicht das Ende nationaler Verantwortung und nationaler Politik" erklärt auch der DaimlerChrysler- und EADS-Vorständler Rainer Hertrich (Soldat und Technik 6/2000). "Es geht dabei um Fragen der Technologieförderung, der Auftragserteilung und der Exportpolitik." (ebenda)

Von besonderem Interesse sind die "KRK-Technologien", also jene Fähigkeiten, die Militärs heute für unverzichtbar halten, um Militärinterventionen mit maximalem Erfolg und minimalen eigenen Verlusten durchführen zu können. Stichworte dazu sind: Elektronisierung, Miniaturisierung, Modularisierung, Informationstechnologie, Satellitenkommunikation und -aufklärung.

Im Marineschiffbau gibt es gegenwärtig in Deutschland noch drei Großwerften, von denen zwei (Blohm und Voss, Nordseewerke) zum Thyssenkonzern und eine (HDW) bislang zu Preussag gehörte. Im vergangenen Jahr wurde, unter maßgeblicher Beteiligung der Westdeutschen Landesbank, HDW an die Deutsche Babcock AG verkauft. Alle drei profitieren von einem Großauftrag der Bundeswehr zum Bau neuer Fregatten des Typs F124. Am 1.12.99 lief das erste Schiff, die "Sachsen", bei Blohm und Voss in Hamburg von Stapel. Das Schwesterschiff "Hamburg" wird bei HDW in Kiel, die "Hessen" bei den Thyssen Nordseewerken in Emden gebaut. Die ursprünglich eingeplanten Kosten von satten 3,6 Mrd. DM wurden zwischenzeitlich auf 4,2 Mrd. aufgestockt. "Doch damit sind wir ja noch nicht am Ende. Denn, um das Gesamtsystem Fregatte 124 funktions- und zukunftsfähig zu gestalten, müsse moderne Munition noch eingeführt und beschafft werden", stellte eine Vertreterin des Haushaltsausschusses beim Stapellauf der "Sachsen" fest.

Bundesregierung und Industrie haben vertraglich die Option auf ein viertes Schiff festgelegt. Die Fregatten sollen die "Eingreifkräfte" verstärken, und da spielt Geld bekanntlich keine Rolle. Der Bundeswehrplan 1997 veranschlagte für das Gesamtprojekt bereits 479 Millionen DM für Forschung und Entwicklung und 6,4 Milliarden für die Beschaffung dieser schwimmenden Waffenträger, die gegen Flugzeuge, Schiffe und U-Boote eingesetzt werden können.

Dass nicht nur die Luft- und Raumfahrtindustrie, sondern auch der Marineschiffbau in Deutschland als strategischer Bereich gilt, hat handfeste (militär-)politische Gründe. "Der hoheitsfreie Raum der See erlaubt schon bei ersten Anzeichen krisenhafter Entwicklungen den Einsatz von Seestreitkräften ... Während die Stationierung von Bodentruppen auf fremdem Territorium oft erheblicher diplomati-

scher und logistischer Vorbereitung bedarf, kann die Präsenz von Marineeinheiten vor einer Küste, sichtbar oder unsichtbar, schnell auf und wieder abgebaut werden ... Seestreitkräfte sind aufgrund ihrer Einsatzbereitschaft schnell verfügbar, sie sind mobil und durchhaltefähig. Dies erlaubt eine frühzeitige, vor allem auch ausdauernde Stationierung im Einsatzraum ohne die vorherige Zustimmung fremder Staaten." (Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Helmut Wieczorek, SPD, Wehrtechnik 4/98).

Die Bundesregierung drängt indes auf einen Zusammenschluss der drei Großwerften. Ohnehin sind die drei besonders beim Export in engster Kooperation miteinander. "Die deutsche Schiffbauindustrie steht in der weltweiten Schiffbauproduktion auf Platz 3 der führenden Schiffbaunationen. Technisch beansprucht sie eine Führungsrolle ... Die technische Führungsrolle ... zeigt sich insbesondere im Marinesektor mit dem erfolgreichen Export von U-Booten, Fregatten, Korvetten, Schnell- und Patrouillenbooten" (Wehrtechnik 3/99). Für den Export von U-Booten haben HDW und die Thyssen Nordseewerke eigens das German Submarine Consortium (GSC) gegründet und für den Export von Überwasser-Kriegsschiffen gibt es das German Frigate Consortium (GFC), das aus Blohm und Voss, HDW und Thyssen Rheinstahl Technik besteht. Neben den drei großen bestehen noch drei mittlere Werften: Abeking und Rasmussen (A+R) in Lemwerder, die Lürssen-Werft (FLW) in Bremen und die Peene-Werft (PW) in Wolgast. Die Bedeutung des Traditionsunternehmens Lürssen für den deutschen Kriegswaffenexport lässt sich beispielsweise an der Tatsache ablesen, dass Firmenchef Friedrich Lürssen Ende letzten Jahres vom indonesischen Regime in Würdigung seiner "Verdienste" eigens zum Honorarkonsul ernannt wurde.

Obwohl die "nationale Konsolidierung" noch nicht abgeschlossen ist, richten die deutschen Marineaussstatter ihren Blick auf die europäischen Gewässer. "Was die DASA vorexerziert hat, nämlich den Zusammenschluss der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie, hat die deutsche Werft Howaldtswerke Deutsche Werft AG in Kiel, zumindest vorerst in einem wichtigen Teilbereich mit dem Zusammenschluss mit der schwedischen Werft Kockums nachgemacht. Das Ergebnis: Die Werftengruppe hat sich zur führenden U-Bootwerft Europas – zumindest im konventionellen U-Bootbau – gemausert." (Wehrtechnik 4/99).

Im Bereich der Panzerindustrie spielt das Projekt GTK = Gepanzertes Transportkraftfahrzeug die Rolle des nationalen Konzentrationskatalysators. Dabei geht es um die Ausmusterung von 3.000 Kettenfahrzeugen vom amerikanischen Typ "M 113" und ihre Ersetzung durch ein europäisches Modell. Das Gesamtvolumen des Bundeswehrauftrags soll sich nach Angaben des Bundesrechnungshofes auf "mehr als 8,3 Mrd. DM" belaufen. Zusätzlich zum Bundeswehrkontingent sollen "einige tausend weitere Exemplare" von Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden geordert werden. Die Exportchancen werden als glänzend eingeschätzt, weil in den nächsten Jahren von 80.000 weltweit eingesetzten "M 113" mindestens 20.000 ersetzt werden müssen.

"Die Bundesregierung misst dem Vorhaben GTK/VBM (französische Projektbezeichnung, A.N.) eine besondere Rolle auf dem Weg zu einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und speziell einer europäischen Rüstungspolitik bei. Es soll eines der ersten Vorhaben werden, die von der deutsch/französischen Rüstungsagentur (Vorstufe zur Europäischen Rüstungsagentur) geführt werden" schrieb die Zeitschrift 'Wehrtechnik' im Juni 1996.

Über die Verteilung des Kuchens kam es innerhalb der deutschen Panzerindustrie zum Streit.

Bis vor wenigen Jahren gab es in diesem Kernbereich der deutschen Rüstung noch fünf Betriebe, die als sogenannte Systemfirmen gelten konnten: Kraus-Maffei (München), KUKA (Augsburg), MaK (Kiel), Thyssen Henschel (Kassel) und Wegmann (Kassel).

Zwischen 1990 und 1995 erwarb der Mannesmann-Konzern rund 97 Prozent der Krauss-Maffei-Anteile. Zum 1. Januar 1997 wurden Henschel und KUKA unter dem Dach der IWKA vereinigt. Anfang Dezember 1997 kündigten Krauss-Maffei und Wegmann die Zusammenführung ihrer Rüstungsbereiche an. Blieben also nur noch drei: Krauss-Maffei Wegmann (Mannesmann), MaK (Rheinmetall) und KUKA-Henschel (IWKA).

Um den Auftrag für das Gepanzerte Transport-Kraftfahrzeug bewarben sich schließlich nur noch zwei Konkurrenten: KUKA-Henschel gegen Krauss-Maffei Wegmann plus MaK. Beide Konsortien hatten sich mit britischen bzw. französischen Firmen verbündet.

Im Februar 1998 entschied man sich im Verteidigungsministerium für Krauss-Maffei, das bereits bei Kampfpanzern mit dem "Leopard" dick im Geschäft ist. Die Entscheidung wurde zwar technisch begründet, aber es ist offensichtlich, dass das Verteidigungsministerium einen Monopolisten im Panzerbau wünscht, der europäische Leitfunktionen übernehmen soll.

Ende 1999 strich die IWKA dann resigniert die Segel und verkaufte ihre Rüstungssparte an Rheinmetall. "Was unsere Trennung von der Wehrtechnik anbelangt", erläuterte IWKA-Vorstandsvorsitzender Fahr bei einer Pressekonferenz am 26.11.99 in Karlsruhe, "so steht hier der nachdrückliche Wunsch der Bundeswehr beziehungsweise der Bundesrepublik Deutschland im Vordergrund, die Konzentration der heerestechnischen Industrie in Deutschland weiter voranzubringen."

Für Rheinmetall war das der dritte Fischzug innerhalb weniger Monate im Rüstungsbereich. Im September 1999 kaufte man die schweizer Oerlikon Contraves AG, einen Kanonen- und Lenkwaffenhersteller. Und im Oktober wurde die niederländische Eurometall übernommen, die mittel- und großkalibrige Munition herstellt. Der Rüstungsbereich von Rheinmetall "bildet nun mit einem Umsatz von rund 3,8 Mrd. DM und 11.500 Mitarbeitern eine – auch im europäischen Maßstab – wettbewerbsstarke Einheit zur Sicherung der nationalen und internationalen wehrtechnischen Kernkompetenzen", wie es in einer Presseinformation (28.10.99) des Konzerns selbstbewusst heißt.

Die Produktion von leichten und mittleren Panzern ist in Deutschland nun also bei Rheinmetall konzentriert. Mit den schweren Brocken gibt es Probleme. Nach der Übernahme von Mannesmann durch die britische Vodafone wurde der Mannesmann-Anteil am Leopard-Hersteller Krauss-Maffei (49 Prozent) für zunächst drei Jahre bei Siemens-Bosch geparkt. Danach muss ein Käufer gefunden sein. Die Angst geht jetzt bei Militärs und Politikern um, dass die us-amerikanische Konkurrenz General Dynamics nach dem Kauf von Santa Bárbara (Spanien) auch

Krauss-Maffei unter seine Kontrolle bringen könnte. Und eine "transatlantische Lösung" wäre ganz und gar nicht "im Sinne der europäischen Politik" (FAZ 12.5.00).

Der am weitesten fortgeschrittene Bereich bei der nationalen Konzentration und der Europäisierung ist die Luft- und Raumfahrtindustrie. Hier sollen die Konzentrationsprozesse der letzten Jahre in Form einer Chronologie dargestellt werden.

Die Europäisierung der LRI – eine Chronologie

7.5.1997

Die DASA und die französische Rüstungsgruppe Matra-Lagardere schließen eine Vereinbarung über die strategische Zusammenarbeit auf den Gebieten Raumfahrt, Lenkwaffen und Verteidigungselektronik. Am gleichen Tag gibt Lagardere ein Angebot zum Kauf des zur Privatisierung vorgesehenen staatlichen französischen Rüstungskonzerns Thomson-CSF ab. Zweiter Bieter ist Alcatel/Dassault. In der Raumfahrt entsteht mit der Zusammenarbeit DASA-Lagardere das größte europäische Unternehmen.

Die DASA versucht, neben ihrer Lenkwaffentochter LFK auch den zweiten deutschen Hersteller Diehl einzuverleiben. Der spielt die nationale Karte und spricht von einem Ausverkauf deutscher Technologie ins Ausland. Bischoff stellt klar, dass die DASA in der europäischen Zusammenarbeit als "Sachwalter der deutschen Standortinteressen" (Welt 9.5.98) auftritt und entsprechenden industriellen Einfluss nehmen könne. Die DASA erklärt, dass sie auch zu weiterer Kooperation mit Alcatel bereit ist.

13.10.1997

Die französische Regierung durchkreuzt das Manöver von DASA-Lagardere. Sie will die französische Rüstungsindustrie zunächst national konzentrieren und dann mit gestärkter Machtposition in europäische Vereinbarungen gehen. Der mehrheitlich staatliche Rüstungskonzern Thomson-CSF soll deshalb an ein Konsortium angebunden werden, zu dem die Privatunternehmen Alcatel und Dassault sowie der staatliche Luft- und Raumfahrtkonzern Aerospatiale gehören. Die Verbindung soll Militär- und Zivilgeschäft zusammenführen (Alcatel ist ein überwiegend zivil tätiger Telekommunikationskonzern) und Thomson-CSF längerfristig vor einer feindlichen Übernahme bewahren, so die französische Regierung. Ein DASA-Sprecher erklärt, auf diese rein französische Lösung werde eine "deutsche Antwort" erfolgen. Es geht um den Kauf der Rüstungselektronik von Siemens. Es bewerben sich Thomson-CSF und die DASA im Bündnis mit British Aerospace. DASA-Vorstandsvorsitzender Bischoff kritisierte die "franko-französische Lösung" und äußerte Unverständnis für eine nationale Führungsrolle "wie sie einige immer noch anstreben" (FAZ 16.10.97). "Es sei nun entscheidend, dass die vom Siemens-Konzern zum Verkauf ausgeschriebene Sparte Rüstungselektronik an das Bieterkonsortium DASA und British Aerospace gehe und nicht etwa auch noch an Thomson verkauft werde ... Auf die Frage, ob für Siemens nicht entscheidend sein müsse, wer von beiden Bietern den höheren Preis bezahle, sagte er, der Siemens-Konzern sei nicht nur seinen Aktionären verantwortlich, sondern trage auch eine Gesamtverantwortung für die deutsche Volkswirtschaft." (FAZ 16.10.97) Den Franzosen wurde gedroht, möglicherweise DASA und British Aerospace (BAe) zu einer gemeinsamen Holding zu fusionieren und an die Börse zu gehen.

25.10.1997

Die FAZ macht eine immer stärkere Blockbildung in der europäischen Rüstungsindustrie aus. "Allmählich zeichnet sich die Bildung zweier großer Wehrtechnik-Konglomerate ab: Einerseits der in Frankreich angesiedelte Block mit den Gesellschaften Aerospatiale, Thomson-CSF, Alcatel-Alsthom und Dassault, andererseits ein noch etwas undeutliches Gebilde mit einem Kern aus dem deutschen Anbieter Daimler-Benz Aerospace (DASA) und dem britischen Konkurrenten British Aerospace." (FAZ 25.10.97)

29.10.1997

Siemens verkauft seine Rüstungselektronik mit 1,2 Mrd. DM Jahresumsatz und 3.800 Mitarbeitern an die Bietergemeinschaft DASA-British Aerospace. Siemens bestreitet, unter politischem Druck gehandelt zu haben. Mit dem Siemens-Deal und der Zusammenarbeit DASA–BAe ist ein europäisches Systemhaus für Rüstungselektronik im Entstehen, zu dem auch STN Atlas Elektronik hinzugezählt wird, an der BAe 49% besitzt. Der Druck auf den Lenkwaffenhersteller Bodenseewerk Gerätetechnik, der mehrheitlich zu Diehl und minderheitlich zur französischen Matra-Lagardere-Gruppe gehört, wird erhöht.

9.12.1997

Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands fordern ihre nationalen Industrien auf, einen Zeitplan für die Gründung eines europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns aufzustellen.

28.3.1998

In einem Bericht an ihre Regierungen erklären die vier Airbus-Partner Aerospatiale, British Aerospace, DASA und Casa (Spanien) ihre Absicht, alle ihre Sparten – Verkehrs- und Militärflugzeuge, Hubschrauber, Lenkwaffen, Raumfahrtausrüstung – zu einer European Aerospace and Defence Company (EADC) zusammenzulegen. Sie fordern vor einem konkreten Zeitplan aber Festlegungen der Regierungen über Beschaffung militärischen Geräts, gemeinsame Förderpolitik und einheitliche Exportregelungen sowie zu Steuerfragen. Rechtsform, Sitz des Unternehmens oder Kapitalisierung seien noch nicht geklärt. (FAZ, 28.3.98). Aufgebaut werden soll aber auf den Verabredungen zur Umwandlung des Airbus-Verbundes in eine Kapitalgesellschaft. Darin halten Aerospatiale und DASA je 37,9%, BAe 20% und Casa 4,2%. Integriert werden sollen auch Finmeccanica (I), Saab (Schweden), Dassault und Matra/Lagardere (F). (FR 28.3.98)

7.5.1998

Daimler-Benz und Chrysler vereinbaren den Zusammenschluss der beiden Konzerne. "Die Spitzen der beiden Unternehmen vereinbarten ... zwar eine gleichberechtigte Fusion. Doch die bisherigen Anteilseigner von Daimler-Benz werden 57% der Aktien an der neuen Daimler-Chrysler AG halten, die bisherigen Chrysler-Aktionäre

43%." (HB 8./9.5.98). Die Deutsche Bank, bisher mit 21,8% größter Anteilseigner von Daimler-Benz, wird auch weiter der größte Aktienbesitzer von Daimler-Chrysler sein (etwa 12–13%). Nach Bekanntwerden der Fusionspläne stiegen ihre Kurse an den Börsen. Die britische Financial Times wertet den Deal so: "Obwohl alles als ein Zusammenschluss, als eine Fusion von Gleichen verkauft wird, stellt der Aktien-Deal, wie er ... verkündet wurde, nichts anderes als den Erwerb von Chrysler durch Daimler für 38 Mrd. US-Dollar dar." (Winfried Wolf in 'Junge Welt', 15.5.98)

Spekulationen über einen Verkauf der DASA werden mehrfach zurückgewiesen. Im Gegenteil: das Rüstungs- und Luftfahrtgeschäft könne nun von einer verstärkten Basis aus weiter betrieben werden. Der Name Chrysler könnte sogar erleichterten Zugang zu amerikanischen Luftfahrtgeschäften verschaffen.

18.5.1998

Um die Stellung von Aerospatiale in den Verhandlungen zur Umwandlung des Airbus-Konsortiums zu stärken, hat der französische Staat seinen 45,8-Prozent-Anteil an Dassault auf Aerospatiale übertragen. (HB 18.5.98)

7.11.1998

Der französische Verteidigungsminister teilt der Öffentlichkeit mit, es seien nun alle Bedingungen erfüllt, dass Aerospatiale noch 1999 mit DASA und BAe zu einem europäischen Konzern für Luft- und Raumfahrt und Verteidigung verschmelzen könne. Das wird von der Presse als Ankündigung für die völlige Privatisierung von Aerospatiale gewertet.

17.11.1998

Die Süddeutsche Zeitung berichtet von einem vertraulichen Gutachten, das die sechs großen europäischen Luft- und Raumfahrtunternehmen ihren Regierungen vorgelegt haben. "Danach ist die ganz große Lösung auf einen Schlag keinesfalls durchführbar. Der Zusammenschluss der sechs führenden nationalen Konzerne zur European Aerospace and Defence Company (EADC) müsse in mehreren Schritten erfolgen ... Die großen Drei, die deutsche Daimler-Tochter DASA, die französische Aerospatiale und British Aerospace möchten zunächst nur unter sich fusionieren."

7.12.1998

"»Partner« dreschen aufeinander ein" überschrieb die Frankfurter Rundschau am 7. Dezember ihren Bericht über die jüngste Aufsichtsratssitzung des europäischen Airbus-Konsortiums. Was war passiert? Die Airbus-Partner Daimler-Chrysler-Aerospace (DASA) und die französische Aerospatiale konnten sich nicht über Grundsätze zur Umwandlung des Flugzeugherstellers in eine Aktiengesellschaft einigen. Ein DASA-Sprecher behauptete hinterher, die Franzosen wollten in der künftigen AG einen Stimmen- und Kapitalanteil von 50 Prozent, was ihn zu dem Ausruf verleitete: "Damit nimmt Frankreich Airbus als Geisel." Ein Sprecher der französischen Seite bestritt, dass dieses Thema überhaupt diskutiert wurde, vielmehr hätte man die DASA aufgefordert, zu Gerüchten Stellung zu nehmen, DASA und British Aerospace wollten miteinander fusionieren.

9.12.1998

Aerospatiale verlangt von den deutschen und britischen Konzernherren eine Klarstellung über andauernde Gerüchte über eine Fusion von DASA und British Aerospace. (SZ 9.12.98)

13.12.1998

Britische Zeitungen, namentlich die Financial Times und die Sunday Times, berichten über Absichten des britischen Elektronikkonzerns GEC mit der BAe zu fusionieren oder an einer Dreierfusion DASA-BAe-GEC teilzunehmen. Der GEC-Konzern ist in der Rüstung über seine Tochtergesellschaft Marconi Electronic Systems engagiert. (FAZ 14.12.98)

22.12.1998

Nicht einmal die FAZ blickt noch durch. Sie schreibt: "DASA mit British Aerospace, British Aerospace mit GEC, oder alle drei gemeinsam? Oder nur die GEC-Tochtergesellschaft Marconi mit British Aerospace oder erstere mit letzterer und dazu noch die DASA? Die seit Monaten kursierenden Gerüchte über eine bevorstehende Großfusion im Rüstungsgeschäft haben sich in den letzten Tagen nicht nur gehäuft, sie werden auch immer verwirrender."

Eins scheint immerhin klar: "Eine Dreierlösung aus DASA, British Aerospace und GEC gilt weder bei der DASA noch bei der Bundesregierung als favorisierte Lösung, weil der deutsche Anteil darin recht klein ausfiele."

Januar 1999

Der schwedische Flugzeughersteller Saab wird künftig nur noch Militärflugzeuge produzieren und sein Zivilgeschäft einstellen (Soldat und Technik 1/99). Seit dem Vorjahr ist British Aerospace mit 35 Prozent bei den Schweden beteiligt. (Handelsblatt 24.2.99)

14.1.1999

Die nationale Konsolidierung der französischen Luft- und Raumfahrtindustrie schreitet voran. Noch im ersten Halbjahr 1999 soll Aerospatiale mit der Lagardere-Tochter Matra Hautes Technologies fusionieren (SZ, 14.1.99). Auch die britische General Electric Company (GEC) macht wieder Schlagzeilen. Sie soll nach französischen Zeitungsberichten angeblich mit dem bisherigen französischen Staatskonzern Thomson-CSF fusionieren. Bei Thomson-CSF hat Frankreich seine Militärelektronik konzentriert. (FAZ 14.1.99)

18.1.1999

Auch in Großbritannien wird zuerst national fusioniert, bevor man sich ins europäische Kampfgetümmel stürzt. British Aerospace bestätigt offiziell, dass man den Rüstungsbereich von GEC übernehmen will (SZ, 19.1.99). Die GEC-Tochter Marconi Electronic Systems ist Großbritanniens zweitgrößter Rüstungskonzern und mischt mit bei Kriegsschiffen, Torpedos, Raketen, Radar- und Laseranlagen, Sonarsystemen für U-Boote, Infrarot-Sichtgeräten und Computern. Die aus der Fusion entstehende New British Aerospace ist der drittgrößte Konzern der Branche weltweit nach Boeing und Lockheed Martin (beide USA). Geschätzter Umsatz 35 Mrd. DM, 100.000 Beschäftigte. Die

Mehr als eine linke Tageszeitung

Verlag 8. Mai, Karl-Liebknecht-Str. 32, 10178 Berlin Tel: 030/536355-0

www.jungewelt.de

Die neue AKP ist da.

Schwerpunktthema:

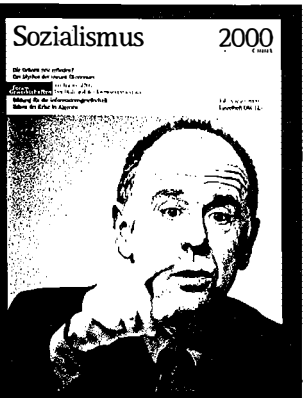
Nutzung von Informationstechnologien

Eine Homepage hat fast jede Stadt, aber die immensen Möglichkeiten von online-Kommunikation werden nicht annähernd ausgeschöpft. Dies - und wie es besser geht - zeigt die aktuelle Ausgabe der Fachzeitschrift Alternative Kommunalpolitik (Heft 4/2000).

Einzelheft 12,50 DM plus Versand, Jahresabo (6 Hefte) 75 DM.

Alternative Kommunal Politik

Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568
AKP-Redaktion@t-online.de, www.gruene.de/akp-redaktion



Joachim Bischoff/Richard Detje: Das Kartell der Beweglichkeit und der soziale Widerstand; Daniel Kreutz: Der rot-grüne Koalitionsvertrag in NRW; Ulrich Cremer: Bundeswehr-Reform; Johannes Steffen: Rot-Grün verkauft die Rente für ein Linsengericht; Karl Mai: Hausvater Eichel.

Joachim Bischoff: Der Mythos von der »Neuen Ökonomie«; Klaus Dräger: e-Europe: Überholen ohne einzuholen? Die neue, alte EU-Strategie für die »Informationsgesellschaft«

Bernd Riexinger: Bilanz der Tarifrunde 2000; Michael Wendl: Streikangst und Tarifpleite – Der Abschluss im öffentlichen Dienst; Werner Sauerborn: Das Politische an der Standortfrage – Der Sitz von ver.di; Gerd Graw: Die VW-Formel – 5000x5000; Michael Ebenau: Es bleibt hoher Diskussionsbedarf. Zum Bericht der Kommission Rechtsextremismus des DGB; Heinz Bierbaum/ Fulvio Perini: Forum Soziales Europa; Günter Bachmann: 35-Stunden-Woche in Frankreich – Top oder Flop? Sabine Kebir: Politische Bilanz der Krise in Algerien; Rolf Sieber: Die USA bringen China in die WTO; Theodor Bergmann: Der MIK der USA

Supplement: Karl Georg Zinn, Gewinner und Verlierer der Globalisierung?

Einzelheft: DM 12,-; Abo: DM 120,-
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 HH
Fax 040/280 505 68
e-mail: artikel@sozialismus.de

»Die neue WELTBÜHNE heißt OSSIETZKY« (»Neue Akzente«)

»Der Name ist Programm«
(»Israel Nachrichten«, Tel Aviv)

»Exellent gemacht«
(Prof. Dr. Thomas Kuczynski, Berlin)

»Die einzige Zeitung, die ich von der ersten bis zur letzten Seite lese«
(Dr. Heinrich Hannover, Bremen)

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

In OSSIETZKY schrieben bisher u.a.: Matthias Biskupek, Wolfgang Bittner, Emil Carlebach, Daniela Dahn, Anne Dessau, Rolf Gössner, Bernd C. Hesslein, Walter Kaufmann, Dietrich Kittner, Arno Klönne, Heinz Knobloch, Monika Köhler, Otto Köhler, Reinhard Kühnl, Lothar Kusche, Katja Leyrer, Norman Paech, Kurt Pätzold, Günther Schwarberg, Hans See, Eckart Spoo, Eike Stedefeldt, Peter Turrini, Jean Villain, Daniela Ziegler, Gerhard Zwerenz.

VERLAG OSSIETZKY

Zweiwochenschrift »OSSIETZKY«
Jahresabo zu DM 100,- (Ausland DM 160,-)
Halbjahresabo zu DM 55,-

Bestelladresse: **Verlag Ossietzky GmbH**
Vordere Schöneworth 21 · 30167 Hannover

www.kalaschnikow.de

Die neue **Herbst-Ausgabe** ist **jetzt** am Kiosk und im Bahnhofsbuchhandel in Österreich und Deutschland für **nur 10 Mark** (das Blatt ist 120 A4-Seiten stark) erhältlich.
Kauf Dir das größte Politmagazin

Zum Inhalt:
Berichte u. Kommentare über die PDS, die FDP und die Grünen nach ihren Parteitagen / das PDS-Ausschlußverfahren gegen Bransner / Feminismus aktuell ...! oder? / Auslandsreportagen über Japan (KPJ), Rußland (Putin und der Putinismus), die faschistische Gefahr in Italien und Schwarzweiß in der Geschichte der USA (Mumia Abu-Jamal) / Neue Munition zum Kalaschnikow–Gegenstandpunkt-Disput / Sozialismus-Debatte (Teil 3) / Pierre Bourdieu im Exklusiv-Interview und mit diversen Beiträgen zur Charta 2000 sowie zu Raison d'Agir / großer Feuilleton-Teil (mit Sport) u.v.a.m.

Über 100.000 Leserinnen und Leser surfen jeden Monat über unsere täglich neu erscheinende Onlinezeitung. Danke!

spw
Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft

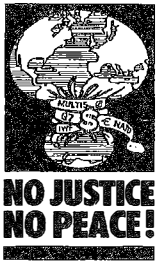
SPW, das Forum für die sozialdemokratische Linke steht für die Entwicklung einer konsequenten Reformpolitik und leistet Beiträge zur Formierung der SPD-Linken. SPW verbindet die Diskussionen innerhalb der Sozialdemokratie mit der Herausbildung eines parteiübergreifenden linken Diskurses.

Dafür steht SPW:
- Reformprojekte für den sozial-ökologischen Umbau
- Theoretische Impulse für die politische Praxis
- Verständigung in der sozialdemokratischen Linken
- „Crossover" radikalreformerischer Kräfte aus dem Umfeld von SPD, Grünen und PDS

Die Erfahrungen mit mehr als einem Jahr rot-grüner Bundesregierung zeigen deutlich: Rot-grüne Minister sind keine Garantie für eine soziale und ökologische Reformpolitik. Ohne eine kritische und durchsetzungsfähige Linke wird aus dem Regierungswechsel von 1998 kein Politikwechsel.

Bestellung von kostenlosen Probeheften und weitere Informationen bei:
spw-Verlag • Fresienstr. 26 • 44 289 Dortmund
Tel. 02 31 – 40 24 10 • Fax 02 31 – 40 24 16
http://www.spw.de • Email:verlag@spw.de

Publikationen des isw – Institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl)



isw-report (erscheint vierteljährlich)

..... report 12: **Mit Energie ins Treibhaus.** Technische Lösbarkeit u. polit-ökonom. Interessen (Juni 92), DM 5,- + Versand
..... report 17: **Krieg der Konzerne**, Thesen zur Weltmarktstrategie des Kapitals (Sept. 1993), DM 5,- + Versand
..... report 19: **Alternativen zum Neoliberalismus**, Referate des 3. isw-forum (April 1994), DM 5,- + Versand
..... report 20: **Sackgasse Neoliberalismus**, Arbeitslose, Arme, Staatsschulden (August 1994), DM 5,- + Versand
..... report 21: **Markt – Umweltschutz – Energiesteuer** (Oktober 1994), DM 5,- + Versand
..... report 22: **MedienMultis und MultiMedia** (Januar 1995), DM 5,- + Versand
..... report 23: **Kerneuropa – Keim zur Weltmacht** (April 1995), DM 5,- + Versand
..... report 24: **Arbeit ohne Zukunft?** - Referate des 4. isw-forums (Juli 1995), DM 5,- + Versand
..... report 26: **Cash – Crash, Casino-Kapitalismus** (Januar 1996), DM 5,- + Versand
..... report 27: **Neue Arbeitswelten** - Lean Management, Lean Production (April 1996), DM 5,- + Versand
..... report 28: **Grenzen des Sozialstaats oder: Grenzen des Systems?** 5. isw-forum (Juli 1996), DM 5,- + Versand
..... report 29: **EURO-Strategien des Kapitals** (Oktober 1996), DM 5,- + Versand
..... report 31: **Deutsche Macht-Allianz** - Geld u. Macht der Deutschen Bank u. Allianz-Versicherung (April 97), DM 5,- + Vers.
..... report 32: **Macht und Herrschaft in der Marktwirtschaft** - Einkommensverteilung u. Kapitalkonzentration (Juli 1997), DM 5,- + Vers.
..... report 33: **150 Jahre Geschäfte des Siemens-Konzerns** Geschäfte in finsteren Zeiten - Siemens-Welt heute (Okt. 97), DM 6,- + Vers.
..... report 34: **Globalisierung und Multis** - Beiträge vom isw-seminar "Globalisierung u. transnationale Konzerne" (Januar 1998), DM 5,- + Versand
..... report 35: **Bilanz neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik** (Mai 1998), DM 5,- + Versand
..... report 36: **Süd-Globalisierung** – Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft (August 1998), DM 5,- + Versand
..... report 37/38: **Weltwirtschaftskrise?!** (November 1998) 48 Seiten, DM 8,- + Versand
..... report 39: **Alternative Wirtschaftspolitik an der Jahrtausendwende** – Referate des 7. isw-forums (Februar 1999), DM 5,- + Versand
..... report 40: **Welt-Sheriff NATO** – Weltwirtschaftsordnung und neue NATO-Doktrin (Juni 1999), DM 6,- + Versand
..... report 41: **Atomwirtschaft – wohin?** Polit. Ökonomie der Stromwirtschaft u. Interessen am Atomstrom (November 1999), DM 6,- + Versand
..... report 42: **Verbrechen Wirtschaft** – der Kapitalismus als höchstes Stadium organisierter Kriminalität (erscheint Ende März 2000), DM 6,- + Versand
..... report 43: **Kapitalismus im XXI. Jahrhundert** – Doku 8. isw-forum, Beiträge aus Cuba, China, USA, BRD und Japan (Juni 2000), DM 5,- + Versand
..... report 44: **Armee für alle Fälle** – Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee (August 2000) in Zusammenarbeit mit IMI e.V., DM 5,- + Versand

isw-spezial

..... Nr. 11: **Die Krise in Rußland** (November 1998) DM 4,- – erweiterte Fassung des Rußland-Teils aus report 37/38
..... Nr. 12: **Kriegsverbrechen der NATO in Jugoslawien** – Dokumentation mit Fotos (Ende März 2000) DM 5,- + Versand

isw-wirtschaftsinfo

..... Nr. 27: **Tiger, Drachen, Finanzale und die Hyänen des IWF** - Wirtschaftskrise in Südostasien und die Weltwirtschaft (Januar 1998), DM 5,- + Versand
..... Nr. 29: **Bilanz '99** – Fakten & Argumente zur wirtschaftlichen Situation (März 2000), DM 5,- + Versand
..... Nr. 30: **Der Angriff auf die soziale Rente.** Behauptungen und Tatsachen ... zur rot-grünen Rentenpolitik (Juli 2000), DM 4,- + Versand
..... Nr. 31: Thema: **Kapitalgedeckte Rente** (erscheint ca. Ende September2000) ca. 5,- DM + Versand

isw-grafikdienst

..... Nr. 5: **Arbeits-Los** (April 1998), DM 10,- + Versand
..... Nr. 6: **NATO, Rüstung, Krieg** (August 1999), DM 9,- + Versand
..... Nr. 7: **Reichtum und Kapitalmacht in Deutschland** (Dezember 1999), DM 9,- + Versand
..... Nr. 8: **Aktien-Rausch** – Cash – Crash – Börsenfieber (erscheint Mitteyd September 2000), DM 10,- + Versand

Ich bestelle die oben angekreuzten Titel

Name

Anschrift

Unterschrift

Ich abonniere isw-report und wirtschaftsinfo

ab report ..... des lfd. Jahres zum Jahresabo-Preis von 30,- DM
(Abo außerhalb der BRD: 36,- DM)
isw-spezial und der grafikdienst sind nicht im Abo enthalten.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen bei isw e.V. widerrufen.
Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich abonniere den isw-grafikdienst

Am Ende eines Kalenderjahres erhalte ich eine Rechnung über die im Laufe des Jahres erhaltenen gd, zzgl. Versandpausch.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Unterschrift

Ich möchte Förderer(in) des isw e.V. werden.

Ich unterstütze die Arbeit ab ..... (Monat/Jahr) mit einer monatlichen Spende von ..... DM (mind. 10,- DM monatl.) und erhalte alle Publikationen des isw e.V.

- ❑ ich möchte als Förderer/in den **grafikdienst** erhalten.
- ❑ ich zahle nach Rechnungstellung
- ❑ ich zahle per Dauerauftrag
- ❑ bitte buchen Sie den Förderbeitrag von meinem Konto ab

Einzugsermächtigung

Konto-Nr. BLZ

Bank

Die Abbuchung soll erfolgen: o vierteljährl. o halbjährl. o jährl.

Datum, Unterschrift

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Bitte senden an:
isw – institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München,
fon: 089/ 130041, fax: 1689415, isw_muenchen@t-online.de

HECHINGERSTR. 203, 72072 TÜBINGEN, TEL+FAX 07071/49154, E-MAIL: IMI@IMI-ONLINE.DE, http://www.imi-online.de